

Adalbertus

zeitschrift für ostmitteleuropäische begegnung

herausgegeben von

adalbertus-werke e.v.

bildungswerk der danziger katholiken

adalbertus-jugend

katholische jugend aus danziger familien

forum



INHALT

Gerhard Nitschke PAX EUROPAEICA	Seite 2
Pfarrer Paul Magino Geistliches Wort – unterwegs zum Leben	Seite 2
Gerhard Nitschke EUROPAS WANDEL IM OST-WEST-SPANNUNGSFELD 57. Gementreffen, 30. 7. bis 4. 8. 2003	Seite 4
Eberhard Lilienthal Die „Wiedergeburt“ Europas Zum Referat von Professor Dr. Dr. h. c. Udo Arnold	Seite 7
Georg Domansky Die sozio-kulturelle Situation im Osten und Westen Europas heute Zum Referat von Dr. Jaroslav Sonka	Seite 9
Wolfgang Nitschke Die „Auferstehung“ der Baltischen Staaten – aus dem Joch der Knechtschaft zu neuen Perspektiven	Seite 10
Adalbert Ordowski Die Versöhnungsprozesse des 20. Jahrhunderts in Ostmitteleuropa als Beitrag zum Frieden Zeitzeugengespräch	Seite 12
Gerhard Nitschke Gefahr für Europa? Das Konfliktpotential in der Russischen Föderation Einführungsreferat und Gesprächsforum	Seite 16
Bischof Franjo Komarica Die Situation in Bosnien und Herzegowina	Seite 20
Viola Nitschke-Wobbe Wertewandel in Ost- und Westeuropa – Chancen für ein fruchtbares Miteinander? Impulsreferate und Gesprächsforum	Seite 22
Tom Wernek, Benedict Thiesen, Adalbert Ordowski Jugendprogramm	Seite 24
Ingrid Henseler, Luisa Frings Kinderprogramm	Seite 26
Bischof Franjo Komarica Gott in Europa? Festvortrag in der Festlichen Stunde	Seite 27
Brigitte Ordowski Besichtigungsfahrt für die ausländischen Gäste	Seite 31
Zum Gedenken / Glückwünsche / Veranstaltungen	Seite 31, 32

IMPRESSUM

Herausgeber:

adalbertus-werk e.v. und adalbertus-jugend
Martinstraße 47–55, 40223 Düsseldorf.

Redaktion:

Gerhard Nitschke (verantw.), V. Nitschke-Wobbe
Am Gentenberg 1, 40489 Düsseldorf
Tel. (02 11) 40 04 40, Fax (02 11) 40 78 74
E-Mail: g.nitschke@adalbertuswerk.de
Internet: www.adalbertuswerk.de

Gestaltung und Herstellung:

Willi Wilczek MediaService
An der Vehlingshecke 35, 40221 Düsseldorf
Tel. (02 11) 15 30 31, Fax (02 11) 15 30 77
E-Mail: w.wilczek@t-online.de

Fotos: H. Derow, K. Loderer, G. Nitschke, T. Pinzka
Die Zeitschrift erscheint viermal im Jahr.

Für Mitglieder ist der Bezugspreis im
Mitgliedsbeitrag enthalten.
Für Nichtmitglieder wird eine Spende in Höhe
von 15,- Euro je Jahr erbeten.

Konto: Postbank Essen (BLZ 360 100 43)
Konto-Nr. 1519 66-435

Wenn Sie, liebe Leserinnen und Leser unserer Zeitschrift, diese Ausgabe in Händen halten, liegen die Tage der Euphorie über das historische Ereignis, das sich am 1. Mai vor den Augen Europas und großer Teile der übrigen Welt vollzog, schon wieder eine Weile zurück. Doch werden die Bilder, die Millionen von Menschen in jener Nacht am Fernsehen sahen, bei diesen noch lange in Erinnerung bleiben – ähnlich wie es in der Nacht des Mauerfalls am 9. November 1989 war. Und ebenso wie damals werden vor allem die Menschen, die in den zehn neuen EU-Ländern, in ihren Hauptstädten, an ihren Gren-

Mitwirken des gleichen Pfarrers nach dem 13. Dezember 1981 ein außerordentlich mutiger historischer Beitrag zur Befreiung Europas vom Joch des Kommunismus geleistet wurde.

Es muss jedoch auch konzediert werden, dass nicht allenthalben nur Freude herrscht, dass es echte Sorgen und Ängste gab und gibt in Hinblick auf die gemeinsame europäische Zukunft. Wir haben in den letzten drei Jahren bei den Gementreffen all diese Fragen diskutiert, angefangen bei der Minderheiten-Problematik, über die wirtschaftlichen Sorgen bis hin zu den sich aus den historischen Ost-West-Spannungen erge-

PAX EUROPAEICA

zen, das Ereignis der Erweiterung unmittelbar miterlebten und mitgefeiert haben, es als einen der wichtigsten Tage ihres Lebens werten.

Janusz Reiter, der ehemalige erste Botschafter Polens nach der „Wende“ in Deutschland, sagte am 2. Mai in einem Interview in Dublin, dass für seine Eltern das entscheidendste politische Datum ihres Lebens der 1. September 1939 gewesen sei, für ihn und seine Generation war es bisher der 13. Dezember 1981 – die Verhängung des Krieges in Polen – dazu komme nun der 1. Mai 2004, von dem er hoffe, dass es für seine Kinder und deren Erinnerungen das wichtigste Datum ihres Lebens werde.

Nach diesen Aussagen eines prominenten Polen erschüttert es umso mehr, dass im gleichen Land vor wenigen Wochen in der Danziger St. Brigittenkirche unter Einbeziehung religiöser Bezüge die Gestaltung des Heiligen Grabes in der Karwoche zur politischen Agitation gegen Europa missbraucht wurde. Das ist umso unverständlicher, da im Umkreis dieser Kirche unter

benden Konsequenzen. Diese Ausgabe des *adalbertusforums* berichtet ausführlich über die Ergebnisse des 57. Gementreffens 2003, bei dem wir in einem letzten großen Schritt versucht haben, uns auf den zu erwartenden Wandel Europas vorzubereiten.

Bei allem Verständnis für die Sorge vor den Imponderabilien, die mit diesem Schritt in eine ungewisse Zukunft verbunden sein könnten, konnte man sich dennoch in den letzten Wochen vor dem Ereignis nur immer wieder wundern, wie beckmesserisch vor allem in den Medien darüber diskutiert wurde, vor allem in den großen Talkshows. Hier wurde oft „klein-klein“ alles an Negativa zusammengetragen, was sich zum Schüren der Ängste einzelner Menschen erdenken lässt und zugleich alles an nationalen Egoismen beschworen, was als Ballast der letzten beiden Jahrhunderte auf uns gekommen ist.

Dem „rebellischen“ Deutsch-Franzosen Daniel Cohn-Bendit blieb es in einer dieser Runden vorbehalten, sehr energisch darauf hinzuweisen, dass man dabei sei, alles zu



zerreden und darüber das Wichtigste an diesem Ereignis zu vergessen, nämlich die Tatsache, dass mit dieser nun vollzogenen Vereinigung von 25 Staaten in einer großen europäischen Gemeinschaft eine Garantie für den Frieden in Europa geschaffen worden sei. Zweimal sei im letzten Jahrhundert der Krieg von Europa aus in die Welt getragen worden mit ungeheuren Folgen für die Menschheit, nun könne es als ausgeschlossen gelten, dass je in Europa ein neuer Krieg untereinander ausbrechen noch von Europa ausgehen könne.

Hier liegt ohne Zweifel das Epochale an diesem 1. Mai 2004, seiner Vorgeschichte und seiner zukünftigen Bedeutung: die Schaffung einer PAX EUROPAEICA, ähnlich wie es einst zur Zeit um Christi Geburt – von Kaiser Augustus programmatisch verkündet – die PAX ROMANA gegeben hat. Diese PAX EUROPAEICA, die von Irland im Westen bis nach Estland und Zypern im Osten wirksam wird, ist umso bedeutsamer, als sie acht jener Länder mit einschließt, die noch bis vor 15 Jahren Jahrzehnte lang unter der aufgezwungenen PAX SOWJETICA gelitten haben.

Doch sollten wir nicht annehmen, dass dieses weltgeschichtliche Ereignis am Beginn des dritten Jahrtausends nun ein singuläres und statisches ist, ein abgeschlossenes Ergebnis politischen Bemühens, das Sicherheit für die kommenden Jahrhunderte verheißt und garantiert, ohne dass uns weitere Aufgaben gestellt sind, deren Erfüllung von uns Bereitschaft und Dynamik verlangen wird. Das Geschenk der PAX EUROPAEICA bedingt auch, diesen Frieden in Gemeinsamkeit mit allen europäischen Ländern zu gestalten.

Beim kommenden 58. Gementreffen wollen wir uns solchen Aufgaben stellen. Unter dem Leitwort: EUROPA NACH DER OSTERWEITERUNG: EINHEIT IN VIELFALT – AUSTAUSCH DER GABEN wollen wir versuchen,

mit Toleranz und Neugier aufeinander zuzugehen, Vorurteile zu erkennen und abzubauen, den Reichtum der anderen in Sprache und Kultur zu erkennen und mit Achtung als Gabe anzunehmen, und vor allem die unterschiedlichen Formen der Begegnung mit Gott in den verschiedenen Konfessionen zu respektieren und als Bereicherung für unsere Religiosität zu werten. Hierzu schenke uns Gott erneut Kraft und Segen!

Gerhard Nitschke
1. Vorsitzender des Adalbertus-Werkes e.V.

ZUM TITELBILD

Der ökumenische Wortgottesdienst am Samstagabend beim Gementreffen 2003 stand unter dem Thema „WEGE“. Inmitten des Burghofs waren die Stühle der Mitwirkenden in Kreuzesform angeordnet, dessen Mittelpunkt auf der Titelseite abgebildet ist: ein Hügel aus Sand, geschmückt mit Blumen, umrankt von Kerzen und keramischen Buchstaben und Symbolen, die am Schluss unter den Teilnehmern verteilt wurden.

unterwegs zum Leben

Geistliches Wort

Pfarrer Paul Magino

Menschsein heißt unterwegs sein auf der Wanderschaft des Lebens, zwischen Gewissheit und Ungewissheit. Das ist die Erfahrung durch die ganze Menschheitsgeschichte.

Das ist auch die Erfahrung der Jünger und Jüngerinnen Jesu. Mit ihm waren sie unterwegs von Herausforderung zu Herausforderung. Ihm sind sie nachgefolgt. Und dann der Schock des Karfreitags. Wie ein Verbrecher ist er gekreuzigt, alles scheint aus zu sein. Gelähmt verschließen und verschanzten sie sich in Jerusalem. Es lohnt nicht mehr die Türen zu öffnen, unter den Menschen zu sein; alle Hoffnung ist erstorben, am Kreuz zunichte gemacht.

Zwei von ihnen trauen sich heraus, sie wollen weg von diesem so erfahrungsgetränkten Ort in ein kleines Dorf, aus der Stadt aufs Land, Abstand gewinnen. Ein wenig scheinen sie mir wie Pilger zu sein. Sie verlassen die gewohnte Umgebung, sie reden über ihr Leben, sie suchen ein Ziel, um innezuhalten. Da begegnet ihnen ein Unbekannter, noch einer also ist unterwegs. Er ist für sie ein Hörer. Ihm können sie ihr Leid klagen, ihr Unverständnis, ihre Unsicherheit aussprechen und so selber klarer werden. Noch ist ihnen nicht gesagt worden: Geht hinaus in alle Welt und verkündet das Evangelium. Und doch tun die beiden es schon. Sie erzählen von ihren Hoffnungen, ihrem Glauben, ihren Erfahrungen mit Jesus. Sie verkünden in all ihrer Enttäuschung auch das froh machende von Jesus.

Sie sind wie die zahlreichen Boten, die sich aufgemacht aus fremden Ländern in unsere Lande, um die Botschaft vom Reich Gottes weiterzusagen. Mönche aus Irland und Schottland waren es, ein heiliger Adalbert war es, der losgezogen ist, zahllose Missionare, die ausgezogen sind, um Christus in die Welt zu den Menschen zu tragen. Sie mussten den angestammten Platz verlassen, hinausgehen, aufbrechen, um Menschen zu erreichen, aufzubrechen für das Neue.

Wir stehen in dieser österlichen Zeit zwischen dem Fest der Auferstehung Jesu Christi und dem Pfingsttag, dem Fest der Herabkunft des Heiligen Geistes. Auch wir sind Menschen unterwegs. Erzählen wir einander von diesem Jesus aus Nazareth, von dem Reich Gottes unter den Menschen? Wagen wir es, Menschen anzusprechen auf ihren Glauben, das Fundament ihres Lebens?

In diesen Tagen ist Europa größer geworden. Was bisher Stückwerk war, ist zu einem Ganzen geworden. Ost und West sind weiter zusammen gewachsen. Gegenseitig haben wir uns auf dem Weg viel zu erzählen. Miteinander haben wir die gemeinsamen oft verschütteten Quellen freizulegen, unser Fundament zu festigen. Der christliche Glaube verbindet uns über alles Trennende, über alle geschichtlich gewordenen und gewachsenen Verwerfungen hinaus. In ihm Europa weiterzubauen, heißt, Jesu Ruf zur Nachfolge ernst zu nehmen.

Die Jünger auf dem Weg nach Emmaus erahnen wohl, dass da ein besonderer Mitwanderer bei ihnen ist. Sie wollen mit ihm zusammenbleiben, er soll sie nicht verlassen, sie laden ein. Der Abend, die Dunkelheit kommt wieder, da ist es gut beieinander zu bleiben, sich gegenseitig zu stärken. Die Sorgen sind ihnen ja noch nicht ge-



Christus mit den beiden Jüngern in Emmaus beim Brotbrechen. Hochaltar der ehem. Zisterzienser-Klosterkirche in Neuzelle, 18. Jh.

nommen, noch sehen sie keinen neuen Sinn in ihrem Leben, noch sind sie planlos, wohin es gehen soll. Ihre Bitte um das Bleiben dieses Fremdlings wird zur großen Chance für die Beiden. Waren ihre Augen vorher noch verschlossen durch die Angst und Enttäuschung über den Tod Jesu, so gehen sie ihnen jetzt auf. Im Brechen des Brotes erkennen sie Jesus als den Auferstandenen. Da kann es weitergehen. Sie haben die Kraft aufzubrechen, noch in derselben Stunde. Sie wissen, Jerusalem ist ihr Ort, die neue Herausforderung. Was tot schien, lebt, was hoffnungslos geworden, ist voll von Leben. Er ist wieder bei ihnen.

Was diese Geschichte deutlich macht: Das Reden über Geschehenes, das Weitererzählen, das aus sich Herauslassen ermöglicht Neues. Auch Fremde helfen, neu Fuß zu fassen. Und manches Mal zeigt sich ein Fremder als ein Altvertrauter. Gegenseitiges Deuten von Geschehenem hilft verstehen.

Wir machen das mit unserer Geschichte, der oft schmerzvollen. Wir erkennen im Fremden den Nächsten. Wir wachsen zusammen.

Einer ist mit uns unterwegs wie mit den Jüngern von Emmaus. „Herr, bleibe bei uns.“

EUROPAS WANDEL IM OST-WEST-SPANNUNGSFELD

57. GEMENTREFFEN VOM 30. JULI BIS 4. AUGUST 2003



Nachdem 2001 beim 55. Treffen die Minderheiten-Problematik im Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung, 2002 beim 56. dann die damit verbundenen Hoffnungen, Ängste und Aufgaben – sowohl in den Kandidaten- als auch in den Anrainer-Staaten – die Thematik bestimmt hatten, sollte es Aufgabe des 57. Gementreffens sein, die aus dem Prozess des Wandels im bestehenden Ost-West-Spannungsfeld sich ergebenden Fakten zu erhellen und Konsequenzen und Perspektiven für den weiteren gemeinsamen Weg in Europa deutlich zu machen.

Durch den II. Weltkrieg und seine Folgen erfuhr Europa große strukturelle Veränderungen, wurde politisch, geistig, kulturell und wirtschaftlich geteilt und in zwei unterschiedliche sich in zunehmender Spannung gegenüberstehende Hemisphären eingebunden. Die „Wende“ von 1989/90 sowie die nun 2004 erfolgende EU-Osterweiterung haben einen ungeahnten Wandel eingeleitet, der sich jedoch auf dem Hintergrund des Ost-West-Spannungsfeldes vollzieht, das im 20. Jahrhundert aufgebaut wurde und dessen Auswirkungen noch allenthalben spürbar sind.

So sollten in den Vorträgen und Gesprächsforen sowohl die historische Einordnung der „Wiedergeburt“ Europas und die derzeitige sozio-kulturelle Situation in Europa zur Sprache kommen, als auch die Bedeutung der „Auferstehung“ der Baltischen Staaten und der Stellenwert der erfolgreichen Versöhnungsprozesse zwischen Vertreibern und Vertriebenen in Ostmitteleuropa als Beitrag für den Frieden hinterfragt werden, ebenso aber auch die Gefahr, die von der teilweise desolaten Lage östlich der neuen EU-Grenze ausgehen könnte. Eine zentrale Rolle sollte auch die Diskussion über den Wertewandel in Ost und West haben, wie vor allem auch die Frage nach Gott im künftigen Europa.

Es waren erneut fast 200 Teilnehmer, die

vom 30. Juli bis 4. August 2003 auf der alten Wasserburg Gemen im Münsterland zusammenkamen. Aus dem heutigen Danzig waren wieder über 50 angereist und aus Litauen eine Gruppe von fünf Jugendlichen mit ihrem Betreuer. Hinzu kamen Referenten aus neun Ländern: aus allen drei Baltischen Staaten, aus Polen, Ungarn, Tschechien, Belgien und Deutschland, sowie – besonders herzlich begrüßt und während der Tagung ein spiritueller Mittelpunkt – Bischof Dr. Franjo Komarica aus Bosnien-Herzegovina.

Am Beginn standen am Donnerstagvormittag zwei grundlegende Vorträge mit bewusst unterschiedlicher Intention: Zunächst sprach der Historiker Prof. Dr. Dr.h.c. Udo Arnold, Universität Bonn – der kurzfristig für den im April 2003 verstorbenen Prof. Dr. Dr.h.c. Ferdinand Seibt eingesprungen war – zum Thema *Die „Wiedergeburt“ Europas*. Der Referent warnte davor, die „Wiedergeburt“ Europas auf irgendein „Abbild“ Europas zu irgendeinem Zeit-

punkt der Geschichte zu beziehen. Es gehe um den Menschen als soziales Wesen in einem künftigen Europa, da greife jeder Abbildversuch zu kurz. Aus den Mosaiksteinen der Vergangenheit müsse ein neues Bild für die Gegenwart und Zukunft Europas gestaltet werden.

Der Soziologe hatte das zweite Wort: „*Die sozio-kulturelle Situation im Osten und Westen Europas heute*“ war das Thema des zweiten Vortrags von Dr. Jaroslav Sonka, Leiter der Europäischen Akademie Berlin. Er verdeutlichte insbesondere die Probleme des Transformationsprozesses nach 1989, die sich vor allem aus den unterschiedlichen Denkweisen in Ost und West vor der Wende ergaben. Die Realität zwang die Bürger in den sozialistischen Staaten zum Leben in einer mehrschichtigen inneren Landschaft, äußere Aktivität war nur im Rahmen einer vorgegebenen Ideologie möglich, die private Szene war davon meist weitgehend abgekoppelt und gab inneren Halt zur Wahrung der Identität. Nun ist die offene Auseinandersetzung mit der Pluralität der Meinungen notwendig und mancher im Osten sieht die mühsam bewahrte Identität dadurch gefährdet.

Eine Analyse auch dieser Fragen brachte am Donnerstagnachmittag ein Gesprächsforum mit exzellenten Vertretern der drei baltischen Länder zum Thema: *Die „Auferstehung“ der Baltischen Staaten – aus dem Joch der Knechtschaft zu neuen Perspektiven*. Unter der Gesprächsleitung von Wolfgang Nitschke M.A., Journalist aus München, berichteten und diskutierten aus **Litauen** Prof. Dr. Alvydas Nikzentaitis, Wilna, Leiter des Historischen Instituts, aus **Lettland** Dr. Ainars Dimants, Riga, Präsident der Europa-Bewegung Lettlands, aus **Estland** Mati Sirkel, Tallinn, Vorsitzender des Verbandes der estnischen Schriftsteller. Aus den Beiträgen wurde sowohl die Ähnlichkeit der unmittelbaren Ausgangsposition in den drei Ländern für den Eintritt in die EU aufgrund der jüngsten Geschichte unter sowjetischen Herrschaft deutlich, als auch die gewichtigen Unterschiede aus der



Gruppe der polnischen Gäste aus Danzig.

jeweiligen Jahrhunderte langen sprachlichen und kulturellen Entwicklung.

Wandel in Europa bedeutete in den letzten Jahrzehnten auch stetes gemeinsames Ringen um die Erhaltung des Friedens und – schon vor der „Wende“ – als Beitrag dazu das Bemühen um Aussöhnung zwischen den Feinden des letzten Krieges, insbesondere zwischen den Vertriebenen und den heutigen Bewohnern ihrer Herkunftsländer. So stand am Freitagvormittag ein breit angelegtes Zeitzeugengespräch zum Thema: **Die Versöhnungsprozesse des 20. Jahrhunderts in Ostmitteleuropa als Beitrag zum Frieden**, und zwar mit heutigen Bürgern und Vertriebenen aus **Polen**: Adam Krzemiński, Warschau, Redakteur der Wochenzeitschrift *Polytika* und Gerhard Nitschke, Düsseldorf, Vorsitzender des Adalbertus-Werkes, aus **Tschechien**: Dr. Miroslaw Kunštát, Prag, Dozent an der Universität und Franz Olbert, München, ehemaliger langjähriger Generalsekretär der Ackermann-Gemeinde und derzeitiger Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft der katholischen Vertriebenenorganisationen, und aus **Ungarn**: Viktória Kishegyi, Budapest, Nationalinstitut für Kultur, Abt. für intern. Angelegenheiten und Klaus J. Loderer, Backnang, Chefredakteur der Heimatzeitung der Deutschen aus Ungarn „Unsere Post“. Es moderierte Pfarrer Paul Magino, Wendlingen, Geistlicher Beirat des Adalbertus-Werkes. Die zum Teil sehr persönlichen Beiträge machten deutlich, dass es insbesondere die aus christlichem Geist schon unmittelbar nach dem Krieg einsetzenden Bemühungen waren, den Teufelskreis von Rache und Vergeltung zu durchbrechen, die wesentliche Fundamente legten für neue Brücken zwischen den Völkern im künftigen Europa.

Der Freitagnachmittag stand dann unter dem Thema: **Gefahr für Europa? Das Konfliktpotential in der Russischen Föderation**, zu dem zunächst Prof. Dr. Heinrich Vogel, Bergisch Gladbach, ein Einführungsreferat hielt und anschließend unter seiner Leitung ein Gesprächsforum stattfand mit Evgeni Bovkon, Bonn, Journalist aus Russland, Ekkehard Maaß, Berlin, Vorsitzender der Deutsch-Kaukasischen Gesellschaft, und Apti Bisultanov, Dichter aus Tschetschenien, dessen Anwesenheit im Besonderen dazu beitrug, diesen Nachmittag zu einem der eindrucksvollsten in den vielen „Gemenjahren“ zu machen. Der Referent stellte in schonungsloser Offenheit die Konflikte und Gefahren dar, so u. a. die gesellschaftliche Instabilität, die Missachtung geltenden Rechtes, die Gleichschaltung der Medien, die mangelnde sicherheitspolitische Berechenbarkeit Russlands, insbesondere jedoch das aktuelle Problem Tschetschenien. Dieses wurde dann im anschließenden Gespräch durch die Erlebnis-Schilderungen von Apti Bisultanov in einer Weise verdeutlicht, die die Zuhörer unmittelbar zutiefst berührte.

Ähnliches geschah dann auch am Samstagvormittag, als vor dem im Programm anstehenden Gesprächsforum der inzwischen eingetroffene Bischof Msgr. Dr. Franjo Ko-



10 Jahre Kirchbauverein St. Dorothea von Montau in Danzig-Nenkau

Vor 10 Jahren wurde der Kirchbauverein St. Dorothea von Montau gegründet. Das ist Anlass mit Dankbarkeit auf das Erreichte zurückzublicken und an künftige Aufgaben zu denken.

Bereits vor der Gründung des Kirchbauvereins im Jahre 1994 haben Mitglieder des Adalbertus-Werkes e.V. den im Jahr 1988 begonnenen Kirchbau mit über 40.000,00 DM unterstützt.

Seit der Gründung des Kirchbauvereins konnten wir über 240.000,00 DM an die Pfarrgemeinde St. Dorothea von Montau für den Kirchbau überweisen. Umgerechnet in Euro ergibt das insgesamt ein Spendenaufkommen von 145.000,00 Euro.

Wir danken allen Spendern aus dem Kreis des Adalbertus-Werkes e.V., der Katholischen Studentenverbindung Baltia Danzig zu Aachen im CV, sowie der „Gemeinschaft katholischer Männer und Frauen im Bund Neudeutschland“ sehr herzlich. Ebenso sei allen Spendern gedankt, die ihre Glückwünsche zu Jubiläen und runden Geburtstagen mit einer erbetenen Spende für den Kirchbauverein schmückten und in gleicher Weise jenen, die im Sinne von Trauerspenden dieser Bitte nachgekommen sind.

Mit unser aller Hilfe entstand in den letzten Jahren in Danzig-Nenkau (Gdańsk-Jasien) die Kirche zu Ehren der hl. Dorothea von Montau als ein sichtbares Zeichen der Versöhnung. Dies wird von den Mitgliedern der Pfarrgemeinde in Danzig-Nenkau genauso empfunden, wie von uns.

Diese neue Kirche bietet vielen Menschen aller Generationen eine Heimat. Besonders für die vielen jungen Menschen der Pfarrgemeinde ist die Kirche ein wichtiger Ort der Begegnung in einem sich verändernden gesellschaftlichen Leben.

Noch fehlen in der Kirche die Deckenbeleuchtung, der Steinbelag des Bodens und die Bänke sowie die Außenanlagen.

Bevor wir hier helfen können, ist das auf Beschluss des Vorstands im Jahre 1999/2000 zur Verkürzung der Bauzeit aufgenommene Darlehen von 120.000,00 DM restlos zurückzuzahlen. Die noch bis zum 30. Juni 2004 zu tilgende Summe beträgt 16.000,00 DM bzw. 8.000,00 Euro.

Die Tilgung dieses Betrages wird uns nicht leicht fallen, wir hoffen jedoch zuversichtlich auf viele spendende Helfer.

Der Vorstand des Kirchbauvereins St. Dorothea von Montau

Gerhard Nitschke
Ingrid Neudeck

Eberhard Lilienthal
Georg Drost



Jugend aus drei Ländern.

marica unter dem Thema: **Die Situation in Bosnien und Herzegowina** über die immer noch zur Verzweiflung Anlass gebende Situation in seinem durch den Balkankrieg zutiefst verletzten Land und in seinem Bistum berichtete, in dem von über 220.000 Katholiken nur noch ca. 12.000 nach dem Krieg übrig geblieben sind und in dem den rückkehrwilligen Kroaten der Weg in die Heimat versperrt bleibt.

Es folgte dann das Gesprächsforum zum Thema: **Wertewandel in Ost- und Westeuropa – Chancen für ein fruchtbares Miteinander?**, in das durch zwei Impulsreferate eingeführt wurde: aus westlicher Sicht von Dr. Johannes Oeldemann, Paderborn, Direktor am Johann-Adam-Möhler-Institut für Ökumenik, aus östlicher Sicht von Adam Krzemiński, Warschau, Redakteur der Wochenzeitschrift Polytika. Gesprächsteilnehmer waren dann außerdem Bischof Franjo Komarica, Pater Diethard Zils OP, Brüssel, Europäischer Dominikaner-Konvent in Brüssel, Dr. Ursula Rao, Dozentin an der Universität Halle, Nina Henseler, Schülerin aus Bonn. Die Gesprächsleitung hatte Gerhard Nitschke, Düsseldorf, Vorsitzender des Adalbertus-Werkes. Die Impulsreferate und das Gespräch ergaben in der Hinsicht Über-

einstimmung, dass die „Wende“ zwar einen Aufbruch zu einer erheblichen Neuorientierung in Hinblick auf Werte und Wertebewusstsein initiiert habe, dass es jedoch dennoch gelte, beim Weg in die Zukunft die genuinen aus der abendländisch-christlichen Herkunft gewachsenen Werte in das

zusammenwachsende Europa einzubringen. Europa müsse mehr werden als eine politische und wirtschaftliche Größe, nämlich eine menschliche, humane Größe. Dazu müsse es sich auf seine geistigen Wurzeln besinnen und darauf eine „Einheit in Vielfalt aufbauen“ (Papst Johannes Paul II. im Schreiben „Ecclesia in Europa“).

Wie üblich standen neben dem Hauptprogramm wieder zwei Parallelprogramme, in denen die Thematik der Tagung in altersgemäßer Weise von erfahrenen Jugendreferenten und Pädagogen mehrsprachig behandelt wurde: **Programm II** für ca. 30 Jugendliche aus drei Ländern – Deutschland, Polen, Litauen –, und **Programm III** für ca. 15 Kinder aus Deutschland und Polen. Große Begeisterung entfachte in diesem Jahr das Jugend-Programm: dort konnten die Jugendlichen unter der fachlichen Leitung zweier Mitglieder der Jury „Spiel des Jahres“ in mehreren Gruppen „**Europa-Spiele**“ entwickeln, die dann am Sonntagvormittag in der „Stunde der Gemeinschaft“ vorgestellt wurden.

Das Programm für die Kinder hatte diesmal das Thema „**Es war einmal... Märchen aus Ostmitteleuropa**“. Im Mittelpunkt stand die Gestaltung eines Schattenspiels



„Kaschubischer Chor“ aus Danzig in der „Stunde der Gemeinschaft“.



Musizierende Jugendliche aus Litauen.

zu einem polnischen Märchen, das ebenfalls am Sonntagvormittag in der „Stunde der Gemeinschaft“ in beiden Sprachen aufgeführt wurde. Zudem gab es erneut eine reiche Ausbeute von kreativen Arbeiten zum Thema, die in einer Ausstellung der Allgemeinheit in der Stunde der Gemeinschaft präsentiert wurden.

Der Sonntagvormittag begann wie stets mit dem **Festhochamt**, das Bischof Dr. Franjo Komarica gemeinsam mit sechs weiteren Priestern aus Ost- und West zelebrierte. Es erhielt in diesem Jahr einen besonderen Akzent dadurch, dass es – wegen Umbauarbeiten in der katholischen Pfarrkirche zu Gemen – durch das im Geiste der Ökumene bereitwillige Entgegenkommen der evangelischen Gemeinde – in deren barocken Kirche stattfinden konnte. Es schloss daran die „**Stunde der Gemeinschaft**“ an,

die den Gruppen Gelegenheit bot, sich einzubringen und die Ergebnisse der Tagung einander vorzustellen.

Den Schlussakzent der Tagung setzte dann am Sonntagnachmittag die „**Festliche Stunde**“ mit dem Schlussvortrag von Bischof Dr. Franjo Komarica aus Bosnien-Herzegowina zum Thema „**Gott in Europa?**“, der in seiner Mahnung gipfelte, dass es an den Christen läge, Gott in Europa den angemessenen Raum zu verschaffen. Es käme insbesondere auf uns selbst an, auf das glaubhafte Leben und Wirken der Christen in Europa.

Wie immer wurde der Tagungsablauf in Gemen unterbrochen durch Zeiten der Stille, der Besinnung, der Meditation und der Begegnung mit Gott: im Morgen- und Abendgebet, in den mittäglichen Rosenkranzmeditationen, vor allem in den täglichen, unterschiedlich gestalteten Gottesdiensten, gemeinsam zelebriert von den anwesenden Priestern und mit Gebetstexten in verschiedenen Sprachen. Neben dem Festhochamt am Sonntag war ein spiritueller Höhepunkt erneut am Samstagabend der **Ökumenische Wortgottesdienst**, diesmal unter dem Leitwort „**Wege**“, gestaltet im großen Innenhof der Burg. In Lesungen, Liedern, Gebeten und symbolischen Zeichen wurden Wege aufgezeigt zur Gestaltung des neuen Europas aus christlichem Geist, wurde Orientierung gegeben aus der Besinnung auf die Worte des Evangeliums und die gemeinsamen Traditionen des Glaubens.

Das Programm bot auch wieder kulturelle und gesellige Veranstaltungen, so am Donnerstag ein Abend mit „**Dichtung und Musik aus Litauen**“ – zu dessen Gelingen die anwesenden litauischen Jugendlichen mit Liedern aus ihrer Heimat beitrugen – am Sonntagabend ein offenes Singen unter dem Motto: „**Klingende Brücken: Lieder europäischer Völker**“, sowie am Freitagabend den traditionellen „**Geselligen Abend**“, in den sich alle drei Generationen mit Beiträgen einbrachten und der erneut die anwesenden Vertreter der verschiedenen Länder in einer großen feiernden „Familie“ vereinte.

Am Samstagnachmittag stand zum achten Mal wieder eine „**Besichtigungsfahrt für die ausländischen Gäste**“ auf dem Programm – erneut vorbereitet und geleitet von Brigitte Ordowski – die diesmal nach Wesel führte, der Stadt am Niederrhein, die in besonderer Weise Elemente verschiedener Epochen deutscher Geschichte in sich vereint.

Im Urteil der Teilnehmer war das 57. Gementreffen ein besonders inhaltsreiches, gekennzeichnet durch einen hohen Informationswert der Veranstaltungen, durch die große Kompetenz der Referenten und Gesprächsforumsteilnehmer und durch die tief beeindruckenden menschlichen Begegnungen mit dem Dichter aus Tschetschenien und dem Bischof aus Bosnien-Herzegowina. Hinzu kam ein besonders harmonischer Verlauf der Tagung, geprägt von einem sehr offenen Meinungsaustausch unter den Teilnehmern und Referenten aus den verschiedenen Nationen.

Gerhard Nitschke

Die „Wiedergeburt“ Europas

Referent: Professor
Dr. Dr. h.c. Udo Arnold, Bonn

Am Beginn seiner Ausführungen gedachte Professor Dr. Arnold des im April dieses Jahres verstorbenen Professors Dr. Ferdinand Seibt, der ursprünglich seine Zusage zu dem Eröffnungsreferat gegeben hatte. Wenn er heute an seiner Stelle spreche, sei dies zugleich ehrend und bedrückend. Da er seit vielen Jahren mit Dr. Seibt freundschaftlich verbunden gewesen sei, hoffe er, das Thema in seinem Sinne zu behandeln.

Der lange Beifall am Ende des Vortrags bewies, dass Gerhard Nitschke einen hervorragenden Referenten gewinnen konnte, den auch ich aus einer gemeinsamen Tätigkeit im Kuratorium der „Stiftung Ostpreußen“ schätzen gelernt habe. So hatte unser Vorsitzender es nicht schwer, mich als Berichterstatter anzuheuern. Im Nachhinein wurde mir allerdings etwas mulmig zumute, den großen Wurf einer Schilderung der Geschichte Europas und ihrer politischen Konsequenzen in der für das **adalbertusforum** gebotenen Kürze zusammenzufassen. Ich hoffe, Arnolds Mahnung weitergeben zu können, dass die „Wiedergeburt“ Europas sich nicht auf irgendein „Abbild“ Europas zu irgendeinem Zeitpunkt der Geschichte beziehen kann.

Der Name „Europa“ entstammt der griechischen Mythologie, wonach Zeus in Gestalt eines Stieres eine schöne Frau von Kleinasien nach Kreta entführte. So hat der Mittelmeerraum für die Entwicklung Europas von Anfang an eine bedeutende Rolle gespielt, stand jedoch für das Werden Europas im Mittelalter nicht mehr im Zentrum der Geschichte. Geografisch hat ja Europa im Norden, Westen und Süden durch



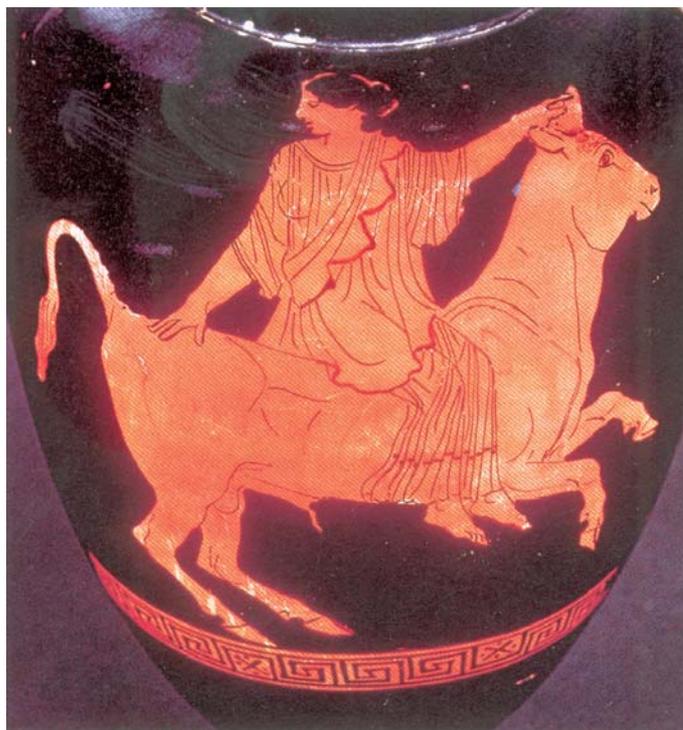
die Meere seine Begrenzung gefunden, im Osten jedoch ist die Grenze gegen Asien nicht eindeutig definierbar. Historische und kulturelle Einflüsse erbrachten keine klare Scheidelinie zwischen dem Baltikum und dem Ural.

Überschaubar sind die Wurzeln unserer Kultur in der griechischen Antike mit den jüdisch-christlichen Überlagerungen. Was dieser Wiege einst entstieg, sehen wir heute meist durch die Filter des römischen Weltreiches, das die griechische Kultur zerstörte und zugleich überlieferte. Nicht die römische Kultur fasziniert uns, sondern das römische Staatswesen mit seiner „pax romana“, das ja mit der Überschreitung der Alpen in den fränkisch-germanischen Raum bis nach England und Irland viel europäischer war als Griechenland.

Eine wichtige Identifikationshilfe für das Werden Europas war die Existenzberechtigung des Christentums auf höchster Ebene nach dem Sieg Kaiser Konstantins unter dem Zeichen des Kreuzes. Indem Konstan-

tin das Zentrum der Macht in „seiner“ Stadt Konstantinopel verlegte, entfernte er sich von Europa, ließ aber immerhin den Bischof von Rom als Oberhaupt der Christenheit zurück.

Der Zerfall des römischen Reiches – gipfelnd in dem Horror „Germanen in Rom“ – verlagerte den Schwerpunkt der Machtverhältnisse in den nordalpinen Raum. Im fränkischen Reich



Amphora mit Europa auf dem Stier, Athen 5. Jh. v. Chr.

der Merowinger ermöglichte die Annahme des Christentums durch Chlodwig I. 511 ein Zusammenwachsen der galloromanischen und der germanischen Franken. Wie schon bei Konstantin vollzog das Christentum auch hier eine Verbindung weltlicher und religiöser Macht mit gegenseitiger Unterstützung.

Diese Entwicklung gipfelte unter den Karolingern in der Krönung Karls in Rom durch den Papst zum römischen Kaiser mit dem Machtzentrum in Aachen. Unter dem Anspruch „Missionierung durch Eroberung“ schuf Karl ein Reich europäischer Dimension von den Pyrenäen bis zur Elbe, von der Nordsee bis zum Sporn des italienischen Stiefels. Dies entsprach etwa dem Raum der EWG nach dem letzten Krieg, und man feierte die Einigung als „Europa Karls des Großen“.

Solcher Vergleich definiert aber nur das räumliche Ergebnis eines mühsam erreichten politischen Prozesses, um dessen Akzeptanz in Frankreich und (West-)deutschland historisch zu untermauern. Karls Reich zerbrach ja schon unter seinen Nachfolgern im 9. Jahrhundert in drei Teile.

In der Mitte des 10. Jahrhunderts erfuhr der deutsche Teil eine Aufwertung durch die Kaiserkrönung Ottos I. 962, nachdem er den Heidensieg über die Ungarn auf dem Lechfeld vorweisen konnte und damit Schutzherr des Christentums wurde. Der Anspruch des deutschen Kaisers erreichte im Jahr 1000 mit Otto III. einen Höhepunkt, indem er sich ermächtigt fühlte, Polen und Ungarn als eigenständige christliche Staaten zu deklarieren, ohne sie aus der Bindung an seine Person zu entlassen. Reliquien des heiligen Adalbert brachte er aus Gnesen sowohl nach Aachen wie nach Rom.

Mit der „Osterweiterung“ um Polen und Ungarn war sein Reich ein anderes Europa als das Reich Karls. Seither verschoben sich die Grenzen Europas jeweils mit der Missionierung nach Osten bis zur Christianisierung Litauens 1386. Unser Begriff von Europa verschmolz damit endgültig mit dem Christentum römischer Prägung.

So gehört in unserem Bewusstsein der griechisch-orthodox missionierte Teil des Herzogtums Litauen um Kiew nicht mehr

zu Europa. Die Kreuzzüge mit ihrem tragischen Scheitern waren eine europäische Unternehmung.

Diese Definition wurde fragwürdig mit der Reformation im 16. Jahrhundert, als es zwar noch das Kaisertum, aber nicht mehr die allumfassende römische Kirche gab. Doch blieb das europäisch-christliche Bewusstsein angesichts der Bedrohung durch die Moskowiter im Osten und die moslemischen Türken auf dem Balkan ungeschwächt. Noch bis ins 18. Jahrhundert hinein bestand für die Habsburger Monarchie die türkische Gefahr. Der Balkan wurde zur „Dunkelkammer“. Gehörte er insgesamt noch zu Europa, eine schmerzliche Frage bis ins 21. Jahrhundert.

Ebenfalls im 16. Jahrhundert entstand das Problem des gewaltigen Ausgreifens euro-

peas, Europa auf einer anderen Ebene zu definieren.

Auf politischem Gebiet wurde das europäische Bewusstsein immer kurzlebiger strapaziert: Die Französische Revolution, das Ende des „Römischen Reiches Deutscher Nation“ unter Napoleon, der preußisch-österreichische Krieg und der Deutsch-Französische Krieg im 19. Jahrhundert und der Erste und Zweite Weltkrieg im 20. Jahrhundert. Jede dieser Zäsuren hatte ein anderes Europa zur Folge. Von der Hereinnahme Russlands im 19. Jahrhundert, besonders auf dem Wiener Kongress (wobei man Russland über St. Petersburg definierte, nicht sein Ausgreifen nach Sibirien und zur Krim), bis zur Ausgrenzung Ostmitteleuropas im Ostblock nach dem Zweiten Weltkrieg.



Karte von Europa, Augsburg 1720.

päischer Reiche in die „Neue Welt“ nach Entdeckung der Seewege um 1500. Man definierte die „Neue“ Welt gegen die „Alte“, das „Morgenland“ gegen das „Abendland“, aber nicht ein „Europa“ als zusammengehörige Idee. Der 100-jährige Krieg Frankreichs gegen England im 14. Jahrhundert und die gleichzeitigen Kräfteverschiebungen im ostmitteleuropäischen Raum trugen dazu bei.

Eine Rückbesinnung auf die europäischen Wurzeln brachte zwar im 16. Jahrhundert die geistig-kulturelle Bewegung der Renaissance, der Wiedergeburt der griechischen Kultur, die dem „Zerfall“ der römischen Kirche entgegengestellt wurde. Es blieb aber ein Vorgang unter Intellektuellen ohne politische Folgen, zugleich jedoch eine Mög-

Zwar gab es seit der Aufklärung den Begriff „Europa“ anstelle des lateinisch-christlichen Abendlandes, aber die Inhaltsfüllung dieses Begriffes wechselte immer häufiger. Europa wurde eine Chimäre für Gegenwarts politik. An dieser Stelle verlas Prof. Arnold ein Zitat von Prof. Seibt, das hier wörtlich wiedergegeben sei: „Wir wissen nicht so recht zu sagen, wo die Ostgrenze Europas liegt, ob und seit wann es ein europäisches Russland gibt und ein asiatisches, ob andererseits die Vereinigten Staaten und Kanada am Ende nicht doch europäisch sind. Wir können Europa nicht mehr mit dem Christentum gleichsetzen, unter anderem, weil das Christentum über die ganze Welt verbreitet ist. Dennoch ist Europa eine

historische Einheit, die innerhalb ihres Reiches mehr Selbstbezüge kennt als Fremdbezüge. Europa hat bestimmte Charakterzüge ausgeprägt wie ein Mensch auch im Laufe seines Lebens, hat besondere Fähigkeiten entwickelt, gewisse Gewohnheiten angenommen, hat seine Kultur gefunden. Diese Kultur verheißt eine rational intendierte Lebensbewältigung mit ihren eigenen Vorstellungen von Vergangenheit und Zukunft, mit ihrer Ordnung, Planung und Hoffnung, mit dem technischen Fortschrittsoptimismus und der klassischen Humanitätsidee, mit ihrem gebrochenen, aber immer noch lebendigen Christentum. Dazu noch mit einem Schuss Kulturpessimismus, wie ihn die Historiker seit je aus Hochschätzung vor dem antiken Erbe vermittelt haben.“

Spricht hieraus nun eine Zweckdefinition zugunsten eines als absolut notwendig angesehenen politischen Prozesses der Gegenwart? Ja und Nein. Ja hinsichtlich des Bekenntnisses zur Unaufschiebbarkeit einer neuen europäischen Ordnung. Nein hinsichtlich einer Hoffnung, unsere historische Vergangenheit herüberretten zu können. Prof. Seibt beschwor die Herüberrettung anderer Kontinuitäten aus der Vergangenheit in die Zukunft. Es geht um den Menschen als soziales Wesen. „Europa“ gab es für die jeweiligen Zeitgenossen nur in der verklärenden Rückschau auf Zeiten und Situationen, die man sich erneut herbeisehnte.

Ein deutlich komplexeres Bild der Vergangenheit ist zu erarbeiten, in dem der Mensch als soziale Komponente im Zentrum steht. Die Historiker sind gefordert, hier mit Gesellschaftswissenschaftlern und Pädagogen zusammenzuarbeiten. Wir müssen aus Mosaiksteinen der Vergangenheit ein neues Bild für die Gegenwart und Zukunft Europas zusammensetzen. Wenn wir unter „Wiedergeburt“ die Suche nach einem Abbild in der Vergangenheit verstehen, das unserer politischen Gegenwartsentwicklung am ehesten entspricht, werden wir ebenso scheitern wie die Renaissance. Mögen unsere politisch Verantwortlichen sich dieser Aufgabe stellen in dem Bewusstsein, dass jeder Abbildversuch zu kurz greift, weil wir die historische Uhr weder anhalten noch gar zurückdrehen können.

In der anschließenden Diskussion wurde die Frage aufgeworfen, ob unter diesen Prämissen die Türkei zu Europa gehöre. Der Referent hatte seine Zweifel, zumal in der Debatte die militärische Komponente sehr im Vordergrund stehe. Pater Zils sah dagegen durchaus menschlich-soziale Bezüge in der Integrationsfähigkeit der Türken nach seiner Erfahrung in Belgien. Eine längere Debatte entspann sich über die Frage, ob es ein Europa der Vaterländer oder nicht besser ein Europa der in Kultur und Wirtschaft zusammengehörigen Regionen geben solle. Nach Meinung des Referenten stünde dem noch die Kulturhoheit der Länder in der deutschen Verfassung im Wege. Es sei manchmal eher möglich, einen italienischen Lehrer anzustellen als einen Lehrer aus einem anderen Bundesland.

Eberhard Lilienthal

Die sozio-kulturelle Situation im Osten und Westen Europas heute

Referent: Dr. Jaroslav Sonka, Berlin

Dr. Sonka hatte mit diesem Thema keine leichte Aufgabe übernommen. Die Betrachtung der Gegenwart führte ihn immer wieder in die Darstellung der vielschichtigen Entwicklungen der Zeit nach dem Ende des II. Weltkrieges zurück.

Er ging dabei von den Eckdaten seines eigenen Lebens aus. Geboren wurde er 1949 in Prag, in dem Jahr der kommunistischen Revolution und ihrem Herrschaftsantritt in der Tschechoslowakei. 19 Jahre später, 1969, wechselte er in den Westen, nach Deutschland. Die Zeit in der CSSR erlebte er als heile Welt, nicht was die Formung und Bildung durch den Staat angeht, sondern durch die Atmosphäre und Erziehung im Elternhaus. Der Schritt auf die andere Seite des „Eisernen Vorhangs“ wirkte auf ihn wie ein Schock. So zum Beispiel die Entdeckung, dass die gleichen Daten der Weltgeschichte überraschend andere Inhalte haben. Daraus sei zu folgern, dass der Weg zu der gemeinsamen Geschichte Europas auch von der westlichen Seite neu gesucht werden müsse. Für ihn bedeutete der Wechsel auch die Veränderung seiner Studien von der Botanik zur Philosophie und „Anderem“. Dabei interessierte ihn zunehmend die Informationsvermittlung. Seit 1990 nennt er sich Journalist, lernt er das Metier. Aus Kritik an dem so seltenen Interesse der Deutschen für Tschechien wendet er sich dem internationalen Geschehen zu. Heute unterrichtet er Medien an der Karlsuniversität in Prag und wohnt in Berlin.

Dr. Sonka beschrieb dann die Situation der Menschen in der CSSR vor 1989 und bezog dabei teilweise auch die anderen so genannten sozialistischen Staaten ein. Die Bürger lebten dort in einer mehrschichtigen inneren Verfassung. Die Lehren des Staates widersprachen ziemlich radikal den eigenen inneren Vorstellungen. Das führte zur Bewusstseinspaltung. Die Kinder mussten davor bewahrt werden. Fassaden wurden aufgebaut. Man sprach verquer, weil die direkte Äußerung der eigenen Meinung zu gefährlich war. Man schrieb und versuchte zwischen den Zeilen zu lesen. Man suchte Menschen, denen man vertrauen konnte und öffnete sich dann doch den falschen. Kurz, es fehlte die Freiheit. Es blieb nur der Rückzug in die innere Reflektion.

Aus diesem Fluchtverhalten erwuchs ein hintergründiger Humor. Es war eine Blütezeit der Anekdoten, so stark, dass damit westlichen Betrachtern ein Nationalcharakter vorgaukelt wurde. Sonka sprach von einem kasperlehaftem Verhalten. Diese Zeit der inneren Zerrissenheit sei vielen Tschechen nach langen Jahren heute noch schmerzlich bewusst. Daher werden Beurteilungen, ihr Tschechen seid doch so ein humorvolles Volk und ihr habt es doch damals so schön gehabt, fast als beleidigend aufgenommen.



Die „Wende“ brachte eine Transformation mit der Aussage, dass jetzt die Zeit der Wahrheit angebrochen sei. Vaclav Havel habe viel dazu gesagt und sei damit berühmt geworden. Wie vieles müsse auch diese Aussage kritisch gesehen werden. Richtig sei, dass der Kommunismus eine verbrecherische Veranstaltung war. Bei den richtigen Aussagen zu seinem Niedergang müsse man sich aber vor zu einfachen und klaren Bildern hüten. Die Vielschichtigkeit sei verschwunden, aber bei der Betrachtung des Wandels, der Feststellung der Integration müssten wir uns fragen, ob unser Bild von den EU-Kandidatenländern der Realität entspreche. Ironischer Weise war die Gründungszeit des Kommunismus, 1948, durch Vereinfachungen gekennzeichnet.

Neben der Betonung der Wahrheit sei die Identität ein Schwerpunkt. Von den Skeptikern der EU werde von der Gefährdung der nationalen Identität durch den Zusammenschluss gesprochen. Dies sei genauso wenig der Fall wie seinerzeit der Marshallplan Amerikas Europa gefährdet habe. Er persönlich freue sich auf die europäische Identität, denn sie beseitige die anderen nicht und habe manche interessante Facetten, wozu auch das Tanzen aus der Reihe gehöre und auch die Fähigkeit zur Selbstironie.

Insgesamt gäbe es einschließlich der Beitrittskandidaten noch kein klares Bild einer europäischen Identität. Wir müssten uns zu Fragen danach und zur Suche nach Antworten bekennen. Notwendig sei mehr Wissen über den anderen. Das gelte auch für den deutsch/tschechischen Bereich und zwar für beide Seiten. Für Fortschritte bedürfe es der wohlwollenden aber nicht patronisierenden Hilfe des Westens.

Sonka kam dann noch einmal auf die Schwierigkeiten des Studiums, einer selbständigen Forschungs- und Lehrtätigkeit in den fünfziger Jahren zu sprechen. Wer durfte damals studieren und mit welchen Konzessionen wurde das erkaufte? Die Verantwortung für die Transformation des Wissens in die europäische Gemeinschaft trügen heute diejenigen, die bei der „Wende“ am Abschluss ihrer Ausbildung und 40/50 Jahre alt waren – und nicht die Dissidenten. Dieser Prozess

sei noch nicht abgeschlossen. Vorwiegend melden sich in den Medien – und besonders im Fernsehen – Leute mit dem Denken der Vergangenheit zu Wort.

Und hier gäbe es Verlierer der Transformation. Man könne mit 50 nur selten das Studium und schon gar nicht die Karriere nachholen. Man habe in der tschechischen Gesellschaft einen Generationsumbruch. Die Jungen könnten teilweise mit dem Verhalten der Väter nichts anfangen. Sonka sah in einem Film eine Parallele: dem Western-Klassiker „Das weite Land“, in dem der Gegensatz zwischen den Jungen und den Alten thematisiert wird. Doch im Film erschießen sich die alten Protagonisten gegenseitig.

Es müsse noch viel um die nationale Souveränität gerungen werden. Westliche Kommentatoren würden Verständnis zeigen, wenn über die Fehler der Wendezeit gesprochen wird. Das wolle man aber nicht, sondern Gespräche auf gleicher Augenhöhe führen. Man wolle keine Kulisse sein, sondern ernst genommen werden. Und wenn das geschehe, dann passiere Europa. Heute sei man noch in einer Übergangsperiode und die Jungen seien noch nicht dran.

Ein Trendsetter dieser Übergangsperiode sei der derzeitige Präsident, Václav Klaus, einer der großen Menschen der Transformation. Aber er habe auch seine Schwächen. Er wisse wenig und verbanne alles selbständige Denken aus seiner Umgebung. Ähnliches gelte für alle neu in die EU eintretende Länder. Die Führungskräfte seien über die Interessen ihrer Bürger nur mittelmäßig informiert, eben typisch für eine Übergangsphase. Die Interessen seien sehr heterogen, sehr verschiedenartig.

Aber die ostmitteleuropäischen Länder würden von den gleichen Problemen wie der sogenannte Westen heimgesucht: im sozialen Bereich, in der rechnerischen Basis der Umverteilung, im Verhalten der jungen Generation. Hier müsse eine Dialogpartnerschaft gefunden werden. Unterschiedlich in Ost und West sei das Verhalten der Politischen Parteien. In Deutschland suche man den Kompromiss, in Tschechien fände ein Grabenkampf statt. Hier sei der Dialog mit dem Westen gefordert. Insgesamt sei der Trend der politischen Entwicklung im Osten wie im Westen aber gleich.

Sonka schloss mit einem Wort zur Situation der Kunst ab, auch hier wieder mit einer differenzierten Aussage. Es werde oft behauptet, der kommunistische Druck habe eine besondere künstlerische Leistung bewirkt. Dem stelle er das Wort der Künstler selbst gegenüber, dass sie erst jetzt die Freiheit zur künstlerischen Entfaltung hätten. Sonka bemerkte, dass es aus der Ferne schon eine gewisse Anstrengung brauche, um die neue Entwicklung mitzubekommen. Man solle diese aber nicht scheuen. Gerade in der Literatur gäbe es Hinweise auf das neue Selbstbewusstsein und eine selbstkritische Darstellung der heutigen Entwicklungen.

Es müsse festgehalten werden: die alten ostmitteleuropäischen Länder – ein verkommener kommunistischer Bereich zum Vergleichen von amerikanischen und deutschen Touristen – die gäbe es nicht mehr.

Georg Domansky



Von links: Alvidas Nikzentaitis, Ainars Dimants, Wolfgang Nitschke und Mati Sirkel.

Seit dem ersten Mai ist es Realität – Estland, Lettland und Litauen sind Mitgliedsstaaten der EU. Das war im vergangenen Sommer – als wir über die „Auferstehung“ der Baltischen Staaten und die neuen Perspektiven mit Vertretern der drei Länder in Gemen diskutierten – aber noch nicht in trockenen Tüchern. Lettland und Estland hatten die Volksabstimmungen noch vor sich und deren positiver Ausgang war damals gar nicht so sicher, wie er dann in beiden Ländern kam.

Esten und Letten – so betonten Mati Sirkel, der Vorsitzende des Estnischen Schriftstellerverbandes und Dr. Ainars Dimants, der Vorsitzende der lettischen Europaunion in Gemen – müssten verstehen – was sie

Nun ist der Beitritt also vollzogen – alle drei Länder sind in der EU, aus ähnlichen Gründen, mit ähnlichen Hoffnungen und ähnlichen Ängsten. Doch es ist ihnen – wie wir schon beim Gementreffen 2002 von Frau Dr. Kivimäe erfahren haben – wichtig, nicht in einen baltischen Topf geschmissen zu werden. Unterschiede zwischen Litauern, Letten und Esten gibt es nämlich zahlreiche – in der Mentalität, der Geschichte, der Sprache und der Kultur.

In Gemen konnte man die Unterschiede symbolisch über die Sitzordnung und die Frage der Krawatten erkennen. Alvidas Nikzentaitis aus Litauen und Mati Sirkel aus Estland saßen außen – in der Mitte Ainars Dimants aus Lettland und ich – als

Die „Auferstehung“ der Baltischen Staaten – aus dem Joch der Knechtschaft zu neuen Perspektiven

dann ja auch taten – dass sie keine andere Wahl hätten, als der EU beizutreten. In der EU habe man gerade als kleines Land mehr Einfluss als außerhalb und alleine schaffe man es nicht. Gerade wenn es um das Verhältnis zu Russland gehe, sei eine EU-Außenpolitik sicher beeindruckender für den Nachbarn, als eine lettische oder estnische. Und natürlich hoffe man auch auf die Gelder aus der Strukturförderung, insbesondere für das Grenzgebiet zu Russland, wo auf lettischer Seite 30 % der Menschen arbeitslos sind.

Litauen hingegen hatte sich schon im Sommer 2003 für einen EU-Beitritt entschieden, aus ähnlichen Gründen, wie Prof. Dr. Alvidas Nikzentaitis vom Institut für die Geschichte Litauens erklärte. Natürlich gab es Angst, erst 1990 neu gewonnene Freiheiten nun wieder an Brüssel zu verlieren, aber das Recht in Europa mit zu bestimmen, die Union mitlenken zu können, haben die Litauer zu ihrem positiven Votum veranlasst und es sei das erste Mal in der Geschichte Litauens, dass sich die Bevölkerung selber für eine Union habe entscheiden können.

Moderator aus Deutschland. Estland – so Alvidas Nikzentaitis, sei für einen Litauer weit weg – wie es die Sitzordnung zeige, aber man habe mehr Gemeinsamkeiten mit den Esten, als mit den Letten. Das zeige sich auch schon daran, dass der Este und er keine Krawatte umgebunden hätten, der Lette jedoch schon. Der wiederum konterte – Lettland fühle sich den Deutschen eher verbunden, als Litauern und Esten – und symbolisch zeige sich das auch dadurch, dass er neben dem Deutschen sitze und beide Krawatten trügen.

Doch auch ohne Scherze und Symbole lässt sich das belegen. Riga ist eine lettische Stadt, die aber starken deutschen Einfluss in ihrer Bausubstanz erkennen lässt. Und hinzukommt, dass es in Lettland ähnliche Strukturen gibt wie in Deutschland. Einer von drei Landesteilen ist katholisch – die anderen beiden evangelisch. Ainars Dimants verglich das mit Bayern und Preußen.

Historisch jedoch können die Letten eine gewisse Verwandtschaft zu den Esten nicht leugnen, denn die Lieven – eine Volksgrup-

pe – sprachen eine dem estnischen verwandte Sprache. Lettisch hingegen ist eher der Sprachgruppe zuzuordnen, zu der auch Litauisch gehört. Lettland ist also eine Mittelregion, die zu beiden Seiten Beziehungen hat. Die Litauer hingegen – so Alvidas Nikzentaitis – seien in ihrer Mentalität den Polen näher als Letten und Esten – bedingt sicher auch durch die langjährige polnisch-litauische Union und die gemeinsame Geschichte der Stadt Wilna/Vilnius. Bleiben die Esten – die seit über 5000 Jahren im Baltikum leben, jedoch vom Ural kommen. Ein Bauernvolk, welches von Deutschen, Dänen, Schweden, Russen, Polen – dann wieder von Deutschen und wieder von Russen – beherrscht wurde. „Dass wir immer noch da sind, gibt uns Hoffnung für die Zukunft“, meinte Mati Sirkel. Und verwies darauf, dass sich die Esten eher als Skandinavier fühlen würden, denn als Balten.

Der starke Bezug zu den drei skandinavischen EU-Mitgliedern zeigt sich auch heute in der EU – neuerdings auch bei Letten und Litauern, denn schon vor dem eigentlichen Beitritt zur EU haben die sechs Ostseeländer Finnland, Schweden und Dänemark, Litauen, Lettland und Estland eine Fraktion gebildet, die in der EU gemeinsame Projekte auf den Weg bringen will – wenn möglich mit einer Stimme sprechen möchte. Die nördlichen Bundesländer in Deutschland und die polnische Ostseeregion seien in dem Projekt aber willkommen, meinte Ainars Dimants, denn Deutschland sei größter Handelspartner und Investor in Lettland und schon deshalb ein gewünschter Partner in der Ostseefraktion der EU. Auch die schon angesprochene Nähe zwischen Letten und Polen spreche für ein Mitmachen der polnischen Ostseeregionen.

Trotz aller Unterschiede zwischen Esten, Letten und Litauern, die deutlich herausgearbeitet wurden, konnten die drei Referenten der Länder aber auch Gemeinsamkeiten benennen. Insbesondere während der Zeit in der UdSSR seien die Länder durch ähnliche Probleme einig gewesen. Überall waren die KP-Funktionäre weniger moskautreuer, als in Sibirien oder in Weißrussland, überall war der Freiheitsdrang größer als in anderen Regionen der Sowjetunion. Und die drei baltischen Staaten waren dann ja auch die ersten Teilrepubliken, die sich 1990 von Moskau lossagten – trotz massiver Russifizierung. Die allerdings war in Lettland und Estland größer als in Litauen. Schon vor dem II. Weltkrieg gab es in Lettland und Estland Industrie, was diese beiden Länder für die Sowjets interessanter machte als den Agrarstaat Litauen. Russische Minderheiten oder ethnische Russen mit litauischem, estnischem oder lettischem Pass gibt es deshalb auch heute noch in der Region viele, und zahlreiche Mitglieder dieser Gruppen waren 1990 gegen die Unabhängigkeit und in den vergangenen Jahren bei den EU-Gegnern.

Die Gegenwart jedoch hat den gemeinsamen Unabhängigkeitskampf gegen die UdSSR zu Geschichte werden lassen. Estland, Lettland und Litauen sind heute doch

eher Konkurrenten um Investitionen, die Gunst der EU und den ersten Platz in der Region. Daran ändert auch die „Ostseefraktion“ nichts. Das Verhältnis der Staaten untereinander sei normal – sagt Alvidas Nikzentaitis – so, wie zwischen Ehepartnern, die inzwischen nicht mehr aus Liebe sondern aus Vernunft zusammen blieben. Mal tobt der „Schweinekrieg“ in der Landwirtschaft, mal hat der eine Bedenken gegen das Verhältnis des anderen gegenüber Russland. Gegenseitige Anekdoten, Witze und Vorurteile gibt es heute genau so viele, wie in der Geschichte. Jeder der drei Staaten glaubt, dass er Vorbild für die anderen beiden sein könne. Mati Sirkel stellt fest, dass man mehr in Gemen, Paris oder London miteinander rede, als in Wilna, Tallinn

gend identifiziere sich über die lettische Sprache. Hamburger gäbe es nicht – die Bulette im Brötchen werde lettisch benannt. Und was die Internetsprache angehe, habe man von den Japanern gelernt – die würden im Weltmarkt seit Jahren über eine große Rolle verfügen, obwohl sie alles in ihrer Landessprache und nicht im IT-Englisch abwickeln.

In Litauen ist das anders. Alvidas Nikzentaitis hat damit auch kein Problem. Sprache sei in Litauen eher Kommunikations- als Identifikationsmittel. In Wilna am Hauptbahnhof könne man in drei bis vier Sprachen Fahrkarten kaufen – eine großartige Sache sei das und wenn die Jugendlichen Englisch lernen, dann steigern das auch ihre Chancen in Europa, denn Litauisch lerne

sicher kein Briten oder Deutscher, Franzose oder Pole. Und wenn irgendwann die litauischen Traditionen durch neue, globale Entwicklungen verändert werden sollten, sei dies auch eine immer wiederkehrende Entwicklung der Geschichte. Sicher – auch Nikzentaitis will nicht auf seine Muttersprache verzichten – aber wenn die Jugend sich anders entscheide müsse man auch das akzeptieren. Dem widerspricht natürlich der estnische Literat: estnische



oder Riga. Aber wo und wann reden Belgier, Franzosen und Deutsche miteinander? Fragt er – und im Grunde hat er Recht – Deutschland ist im Verhältnis zu seinen Nachbarn sicher kein gutes Vorbild für die drei baltischen Republiken.

Blieb noch die Frage nach den Auswirkungen des EU-Beitritts auf die nationale Kultur, Sprache und Identität der drei Länder. Spricht man in Lettland in 20 Jahren noch Lettisch? Wird es Dichtung in Estnisch irgendwann nicht mehr geben und kann sich Litauisch in der Internetwelt gegenüber Englisch behaupten? Die Meinungen waren unterschiedlich. In Lettland reden auch die Handy- und Internetbegeisterten Jugendlichen lettisch, sagt Ainars Dimants, denn die Sprache sei für die Letten ein wichtigerer Faktor der Identifikation als die Religion oder die Kultur. Lettische Internetportale, die nur das allernotwendigste in Englisch ausdrücken, gibt es zahlreiche und trotz aller Anglizismen, gegen die sich auch Lettland nicht wehren kann – auch die Ju-

Dichtung gäbe es hoffentlich auch in 200 Jahren noch, auch wenn es weniger Esten gibt als Berliner oder Münchener Einwohner. Doch eine isolierte Insel will auch Estland nicht sein. Man könne nicht so vorgehen, wie die Franzosen die das Englische verbieten wollen. Estnisch habe die russische Macht überlebt – warum sollte es dann gegen das Internetenglisch kapitulieren?

All das war schon ein Ausblick auf das Gementreffen 2004. Dort werden wir die Frage der Sprache als Kommunikations- oder Identifikationsmittel vertiefen. Wieder mit Mati Sirkel. Und wir können all die Fragen der Befindlichkeiten der jungen Generation in den drei baltischen Ländern mit Jugendlichen aus Estland, Lettland und Litauen erörtern. Alle drei Nationen werden mit einer Jugendgruppe vertreten sein. Man kann sicher davon ausgehen, dass die Jugendlichen schon wenige Wochen nach der Erweiterung auch wirklich in Europa angekommen sein werden – zumindest für die Zeit in Gemen. **Wolfgang Nitschke**



Von links: Klaus Loderer, Viktória Kishegyi, Adam Krzemiński, Gerhard Nitschke, Pfarrer Paul Magino, Mirosław Kunštát und Franz Olbert.

Die Versöhnungsprozesse des 20. Jahrhunderts in Ostmitteleuropa als Beitrag zum Frieden

Zeitzeugengespräch mit heutigen Bürgern und Vertriebenen aus:

- Polen:** Adam Krzemiński, Warschau, Redakteur der Wochenzeitung „Politika“
Gerhard Nitschke, Düsseldorf, Vorsitzender des Adalbertus-Werkes
- Tschechien:** Dr. Mirosław Kunštát, Prag, Dozent an der Universität Prag
Franz Olbert, München, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft der katholischen Vertriebenenorganisationen
- Ungarn:** Viktória Kishegyi, Budapest, Leiterin der Abteilung „Internationale Angelegenheiten“ am Nationalinstitut für Kultur
Klaus Loderer, Backnang, Chefredakteur „Unsere Post“, Heimatzeitung der Deutschen aus Ungarn
- Moderation:** Pfarrer Paul Magino, Wendlingen, Geistlicher Beirat des Adalbertus-Werkes

Vorbemerkung: Der Artikel bringt die stark geraffte Zusammenfassung einer Veranstaltung von drei Stunden Dauer. Um der Lebendigkeit der persönlichen Aussagen willen wurde dennoch die wörtliche Rede beibehalten.

■ In einer ersten Runde berichten die Zeitzeugen über die Ausgangssituationen zur Zeit der Vertreibungen in ihren Ländern.

Franz Olbert: Ich muss nicht viel zu der chaotischen Situation 1945 sagen. Millionen von Flüchtlingen wurden in ein zerstörtes und geteiltes Land gepfercht; die Situation war für viele schier aussichtslos. Für mich als 11-Jährigen war die Zeit, anders als für meine Eltern, vor allem dramatisch und spannend, permanent gab es Neues zu erfahren. In der Schule allerdings waren wir als Vertriebene eine Gruppe zweiter Klasse für die Einheimischen, und es dauerte lange bis wir akzeptiert wurden.

Am 6. Januar 1946 wurde die Ackermann-Gemeinde von Priestern und Laien als christlicher und sozialer Verband für die vertriebenen Sudetendeutschen gegründet, um in der schwierigen Situation eine Chance zum Weiterleben zu geben. Die Vermittlung von Wohnraum und von Arbeit waren dabei die ersten und wichtigsten Anliegen.

Vertreter der Gemeinschaft wie Hans Schütz, Josef Stingl, Herbert Czaja engagierten sich dann auch erfolgreich in der Politik.

Von Anfang an waren zwei Überzeugungen wegweisend: Die erste von Pater Dr. Paulus Sladeck zeichnete schon den Weg der Versöhnung vor: „Ein Neuanfang ist nicht durch Schuldzuweisung, sondern nur durch Schuldeingeständnis zu machen.“ Die zweite von Hans Schütz entmaterialisierte den Heimatbegriff. „Heimat sind vor allem die Menschen“.

Mirosław Kunštát: Ich gehöre selbstverständlich nicht zur Erlebnisgeneration. Aber die Geschichte meiner Familie spiegelt sehr gut das komplizierte Geflecht des Zusammenlebens der Deutschen und Tschechen im Königreich Böhmen und Mähren – der späteren Tschechoslowakei – wider, das 1945 an einen traurigen Endpunkt gelangte. Meine Großmutter mütterlicherseits, eine Sudetendeutsche aus der Gegend von Karlsbad, heiratete einen Tschechen aus Pilsen, der zur See fuhr und sich für den Marxismus begeisterte. Er wurde zum Mitbegründer der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei. Meine Mutter kämpfte im kommunistischen Widerstand während der deutschen Besatzung ab 1940 und kam

dafür ins KZ Ravensbrück. Im Lager hatte sie unter anderem Kontakt zu deutschen Widerständlern, und es entwickelte sich im gemeinsam erlittenen Schicksal eine nationenübergreifende Lagersolidarität. Sie überlebte das Lager, war bei der Rückkehr nach Tschechien 1945 aber entsetzt, deutsche Frauen zu beobachten, die mit einem „N“ auf dem Arm Gräben ausheben mussten. Sie konnte nicht fassen, dass nun die gleichen Methoden auf der anderen Seite praktiziert wurden.

Das Beispiel zeigt, wie kompliziert die Ursachen des Auseinandergehens von Deutschen und Tschechen sind und wie groß die Zäsur ist, weil es m. E. ein viel engeres Geflecht gab als zwischen Deutschen und Polen etwa. Auch die heutige Diskussion um die Benesch-Dekrete sehe ich als Symbol für dieses komplexe Verhältnis.

Gerhard Nitschke: Bei aller Unterschiedlichkeit zwischen dem historisch bedingten deutsch-tschechischen und dem deutsch-polnischen Verhältnis, so war doch am Ende des letzten Krieges eines gleich: der Hass untereinander, und zwar sowohl von polnischer Seite auf die Nation Deutschland, die den Krieg vom Zaune gebrochen hatte, in dem sechs Millionen Polen das Leben lassen mussten – es gibt fast keine polnische Familie, in der nicht ein Opfer zu beklagen ist – als auch bei uns selbst. Die Ausgangssituation 1945 war völlig fatal und aussichtslos: ein schrecklicher Antagonismus, der sich aufgeschaukelt hatte. Es gab damals kaum ein Fünkchen Hoffnung, dass wir jemals zur Versöhnung finden könnten.

Der Antagonismus reichte bis in die Familien hinein. Als wir herauskamen, waren mein jüngerer Bruder und ich voller Hass, sogar auch auf unsere polnische Tante, die uns zwingen wollte, in eine polnische Schule zu gehen und auf einmal nicht mehr mit uns Deutsch sprach. Wir haben gesagt, wir würden unser Leben lang nicht mehr mit ihr sprechen. Im vorigen Jahr ist sie in Zoppot gestorben, und wir haben sie in den letzten Jahren geliebt, wie kaum jemand anderen in Polen. Diese fatale Ausgangssituation – sowohl für unsere beiden Völker als auch bis tief in die Familien hinein – muss man sich noch einmal vor Augen führen, um gewahr zu werden, was über die Jahre an Versöhnungsarbeit gelungen ist, eine Leistung, die in Europa viel zu wenig gesehen und anerkannt wird.

Adam Krzemiński: Ich wurde 1945 im durch die Russen von den Deutschen befreiten Ostpolen geboren, später kamen wir dann ins zerstörte Breslau. Ich bin ohne Deutschenhass aufgewachsen. Obwohl mein Onkel im Warschauer Aufstand erschossen wurde, gab es in unserer Familie keine Kultur des Hasses und der Selbstbemitleidung. Das war wunderbar für mich und die Entdeckung des Ambientes in Breslau. Mein Polen war ein „deutsches“ Polen. Ich lernte viele Polen kennen, die ein seltsames Polnisch sprachen. Und so bekam ich mit, dass in unserer Stadt früher Deutsche gelebt hatten. Die Neugier trieb mich schon Mitte der 50er Jahre, die deutsche Sprache zu lernen,

die Sprache der Menschen, die hier mal gelebt hatten.

Dass es Hass gab, habe ich erst später erfahren: durch die Schule, die Spielfilme, das Gespräch mit den Lehrern, die Propaganda, durch die uns die Ideologie von den „wiedergewonnenen Westgebieten“ einge-trichtert wurde. Dass es zu einer Versöhnung kommen könnte, habe ich nie gedacht. Vielmehr dachte ich, dass es zunächst wichtig sei, einander kennen zu lernen, miteinander sprechen zu können, zu erfahren, wie Deutsche denken, wie sie sind und wie sie leben.

Meine Eltern zogen es vor, uns vor der Vergangenheit, vor allem der persönlich erlittenen, zu schützen. Der Preis dafür war Verschwiegenheit, also keine Erzählungen, wie es im Krieg und nach dem Krieg war. Die Eltern glaubten, dass die Kinder nicht verletzt werden dürfen durch eine Erziehung zum Hass. Die Schlussfolgerung daraus ist, dass es gut sein kann, die Erinnerungen für eine gewisse Phase zu kappen. Ich halte es für richtig, sich erst zu fangen und ein neues Selbstbewusstsein zu entwickeln, bevor man sich mit dem erlittenen Schicksal auseinandersetzt. Erst wenn man älter wird, kann man dann die anderen akzeptieren und auch sich selbst.

Viktória Kishegyi: Bevor ich zum Thema „Vertreibung“ komme, möchte ich kurz einige Hintergründe bewusst machen. Das ungarische Volk hatte vor rund 1000 Jahren seinen Platz im Karpatenbecken gefunden, das Christentum angenommen und sich mit den europäischen Nachbarnationen über die Jahrhunderte arrangiert. Ein Schock war deshalb die Reduzierung des ungarischen Gebiets nach dem I. Weltkrieg auf weniger als die Hälfte, die drei Millionen Einwohner zu Exilungarn machte. Von den umstrittenen Benesch-Dekreten waren auch Ungarn betroffen. Sie kamen nach dem II. Weltkrieg aus Tschechien, der Slowakei, Rumänien und Jugoslawien ins Land.

Der Hauptgrund für die Vertreibung der Deutschen war der Platz, den man für diese Ungarn brauchte. Allerdings wurden die Aussiedlungen in allen Parteien außer den Sozialdemokraten mit ideologischen Verurteilungen gerechtfertigt, indem die Deutschen pauschal als Klassenfeinde und Faschisten gebrandmarkt wurden. Neben den Deutschen wurden aber auch andere „Klassenfeinde“, wie Adelige, Priester, Grundbesitzer enteignet, vertrieben und in Arbeitslager gezwungen. Meine eigenen Eltern wurden enteignet und mussten in ihrem Haus zur Miete wohnen.

Klaus Loderer: Um nicht die Darstellungen der Vorredner zu wiederholen, gestatten Sie, dass ich nur einige Besonderheiten bei der Vertreibung der Ungarndeutschen hervorhebe. Dazu gehört, dass Ungarn das einzige Vertreibungsland war, das im II. Weltkrieg mit dem Deutschen Reich verbündet war. Die ungarische Regierung stellte bei der Potsdamer Konferenz den Antrag, die Ungarndeutschen vertreiben zu dürfen.

Die Vertreibung begann im Januar 1946 in

den Dörfern in der Umgebung Budapests. Die Ungarndeutschen kamen also wesentlich später nach Deutschland als die anderen Vertriebenengruppen. Aufgenommen wurden die Ungarndeutschen in der amerikanischen Besatzungszone. Dabei wurde nach dem Grundsatz vorgegangen, dass die Konfession nicht der landesüblichen Konfession entsprechen sollte. So kamen evangelische Ungarndeutsche in das katholische Bayern und katholische Ungarndeutsche in das eher evangelische Nordwürttemberg. Außerdem wurden die Bewohner einzelner Ortschaften auf verschiedene Lager verstreut. Nachdem die USA die Aufnahme weiterer Vertriebenen verweigerten, gingen bis 1948 weitere Transporte in die sowjetische Besatzungszone. Dort wurden die

garn konnte der Verbleib dieser Männer überhaupt ermittelt und ihre Freilassung ab 1954 vermittelt werden. Mit politischen Schauprozessen verlängerte sich die Lagerzeit vieler Männer oft nochmals. Viele junge Männer verbrachten so mehr als zehn Jahre ihres Lebens in Gefangenenlagern.

Trotz des Vertreibungsschocks war unter den Deutschen aus Ungarn die Hoffnung vor allem unter den Älteren weit verbreitet, bald wieder nach Ungarn zurückkehren zu können. Besonders aus der sowjetischen Besatzungszone versuchten viele Ungarndeutsche wieder illegal nach Ungarn zurückzukehren.

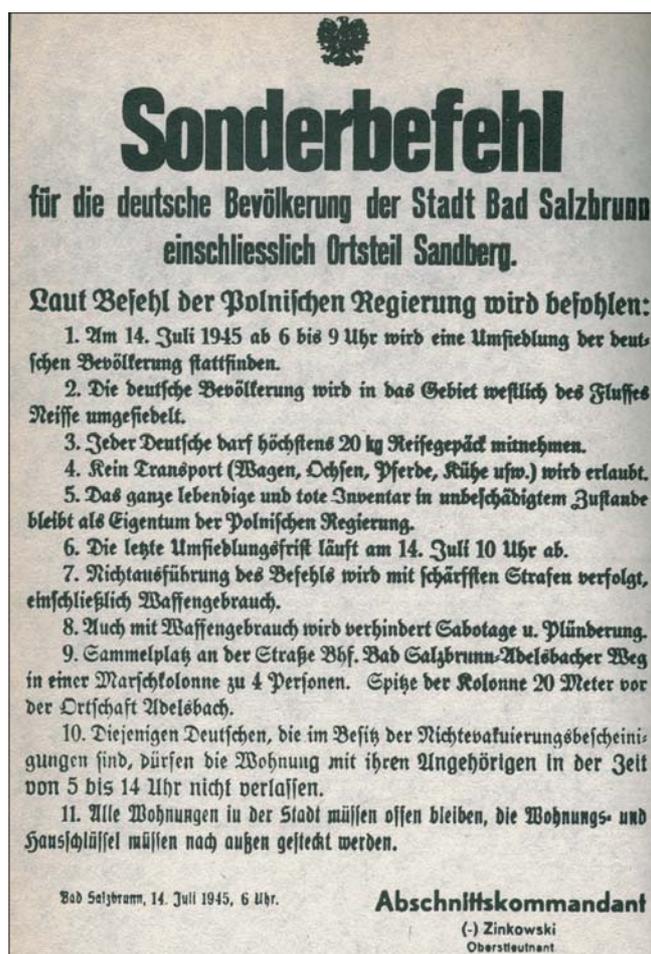
■ Eine zweite Runde ging um die Frage: Wie sahen die ersten Kontakte und die Schritte der Versöhnung aus?

Gerhard Nitschke: Zur Versöhnung gehört einerseits die Absicht, dann aber, wenn sich die Gelegenheit ergibt, dass man über die persönliche Hürde springt. Konkret wurde für mich die Frage der Versöhnung bei meinem ersten Besuch in meiner Heimatstadt Zoppot in meinem letzten Studienjahr 1958. Ich zögerte, bevor ich es wagte, an meinem Elternhaus zu klingeln, wo noch die Leute lebten, die uns nach dem Krieg herausgeworfen hatten. Doch ich wurde freundlich empfangen, und – nachdem wir am Wohnzimmer meiner Kindheit Kaffee getrunken hatten – reichten sie mir die Hand zur Versöhnung. Schließlich gaben sie mir noch einige Bücher meines Vaters wieder, die immer noch im Schrank standen.

In Gemen haben wir – angefangen mit der Er-

klärung von 1947 – versucht, Schritte der Versöhnung zu gehen, auch mit der Konsequenz, dass einige Teilnehmer nicht wiederkamen. Seit der „Wende“ bleibt es aber nicht mehr bei der Absicht. Nun wurde es Zeit, das Versprechen konkret einzulösen. Das war nicht immer leicht und hat auch zu kontroversen Diskussionen geführt. Aber wenn wir nicht weiter wussten, blieb das Gebet. So ist über die Jahre eine Gemeinschaft gewachsen im Intellektuellen, im Emotionalen und auch durch sichtbare Zeichen, wie etwa die Dorotheenkirche in Nenkau. Dass das möglich wurde, ist für mich immer noch ein Wunder.

Adam Krzemiński: Im deutschen Wort „Versöhnung“ steckt das Wort „Sohn“. Mir gefällt der Gedanke, dass man bei der Ver-



Sonderbefehl der polnischen Regierung, Juli 1945.

Vertriebenen vor allem im sächsischen Uranbergbau eingesetzt.

Ein besonders trauriges Schicksal erlitten die ungarndeutschen Kriegsgefangenen, die nach Jahren der Entbehrung voller Hoffnung aus der sowjetischen Kriegsgefangenschaft zurückkehrten. In Budapest angekommen, wurden sie von ungarischer Seite nochmals bestraft und im Schweigelager Tiszalök interniert. Sie wurden dazu herangezogen mit primitiven Mitteln ein Kraftwerk an der Theiß zu bauen, das zu den Prestigeprojekten der stalinistischen Regierung gehörte. Erst durch Vermittlung der Landsmannschaft der Deutschen aus Un-

söhnung eine Art Wahlverwandtschaft mit dem anderen eingeht. Es zeigt auch, dass Versöhnung sich vor allem auf zwischenmenschlicher Ebene ereignet. Dennoch halte ich Gesten auf staatlicher Ebene für notwendig. Zum Beispiel die gemeinsame polnisch-ukrainische Erklärung, die jüngst nach zähem Ringen verabschiedet wurde, ist ein gelungener Kompromiss.

So etwas gibt es in der deutsch-polnischen Beziehung nicht. Sie ist stark geprägt von gegenseitigem Schamgefühl. Das habe ich 1965 in der Leipziger Studentengemeinde erlebt in Folge des Briefes der polnischen Bischöfe. Dass die deutschen Bischöfe so kühl auf das Versöhnungsangebot reagierten, löste heftige Diskussionen aus und Schamgefühle. Auf polnischer Seite gibt es ebenfalls weniger Schuld- als Schamgefühle. Viele bereuen nicht die Tatsache der Ver-

treibung, weil sie selbst Vertriebene waren, sehr wohl aber die Art und Weise, wie das geschah, dass sie ihr eigenes Schicksal an den Deutschen ausließen und ihren Hass spüren ließen.

Manchmal gelingt es, diese Erfahrungen aufzubrechen; manchmal scheitert das aber auch an den komplizierten Beziehungen oder mangelnder Empathie. Auch zwischen Deutschen und Polen fehlte oft die gemeinsame Sprache um Versöhnung möglich zu machen.

Klaus Loderer: Die Beziehung zwischen vertriebenen Deutschen und Ungarn waren von Anfang an relativ entspannt. Vielleicht war mit ein Grund, dass sich die Landsmannschaft unter dem Dach der Caritas, also einem kirchlichen Träger, ansiedelte. Erleichtert hat die Beziehung, dass es nie Territorialansprüche gegeben hat. Die Landsmannschaft wurde 1956 gegründet, und eine ihrer ersten Aktionen war die Unterstützung der nach Freiheit drängenden Aufständischen in Budapest.

In der Zeit des Kalten Krieges war wenig möglich oder nur heimlich. Für den Versuch z. B., eine Städtepartnerschaft mit der Stadt Backnang einzugehen wurde 1970 der gesamte Gemeinderat der ungarischen Stadt abgesetzt. Ab 1987 war dann mehr möglich. Maßnahmen Richtung Ungarn wurden auch von deutscher Seite wohlwollend unterstützt, nicht zuletzt aus Dank für die Öffnung des Eisernen Vorhangs im Sommer 1989.

Viktória Kishegyj: Ich möchte einige Meilensteine im deutsch-ungarischen

Versöhnungsprozess der Nachkriegsgeschichte aufzählen. Schon 1950 wurden die rund 200.000 in Ungarn verbliebenen Deutschen als volle Staatsbürger anerkannt. Das war unter anderem möglich, weil es durch die vielen Auslandsungarn schon früh eine Schicksalsgemeinschaft zwischen den Völkern gab. 1955 wurde dann ein Kulturbund eingerichtet, und es konnte eine deutsche Schule gegründet werden.

Der ungarische Aufstand 1956 war geprägt von gegenseitiger Solidarität; die später ins Ausland geflohenen Aufständischen erhielten Hilfe besonders durch die Kontakte zu den Heimatvertriebenen. 1961 gab es Rück-

schritte; die Minderheitenrechte der Deutschen in Ungarn wurden zurückgenommen; Kontakte durften nur mit der DDR gepflegt werden, obwohl das überhaupt nicht den historischen und den gewachsenen Beziehungen entsprach. Nur auf kirchlicher Ebene blieb einiges, etwa deutschsprachige Gottesdienste, erhalten. 1987 kam dann der erste ungarische Staatsvertrag mit Westdeutschland und die Gründung von Kulturinstituten in Budapest und Stuttgart. Die offizielle Ermöglichung von Städtepartnerschaften zog eine Welle von über 100 Partnerschaften im ersten Jahr nach sich. Schließlich 1989 der Umbruch mit der geänderten Verfassung, in der die Minderheiten als gleichberechtigte Staatsbürger anerkannt wurden, u. a. mit dem Recht eigene Schulen zu gründen. 1990 folgte dem eine offizielle Entschuldigung für die Vertreibung und ein Entschädigungsprogramm.

Miroslaw Kunštát: Es ist sehr schade, dass von Anfang an, genauer gesagt schon 1938, keine Alternative zur „ethnischen Homogenisierung“ sowohl auf deutscher als auch auf tschechischer Seite gesehen wurde. So wurde in der Nachkriegszeit auch kaum die Tatsache der Vertreibung der Sudetendeutschen in Frage gestellt, sehr wohl aber die Art und Weise. Besonders Exiltschechen betrachteten die Politik von Benesch und anderen sehr kritisch. Zu den paradoxen Ergebnissen der Geschichte gehört dann, dass schließlich auch tschechische Ordensleute vertrieben wurden, die sich dann in deutschen Klöstern mit ihren einstigen deutschen Mitbrüdern wiederfanden.

Solche Orte wie etwa das Kloster Rohr bildeten Ausgangspunkte für die gegenseitige Verständigung. Doch bis zur „Wende“ blieb die Diskussion über die Vertreibung Intellektuellen vorbehalten. Die Bevölkerung war überrascht, als sich Vaclav Havel erstmalig öffentlich dafür entschuldigte. 1992 wurde ein gelungener Nachbarschaftsvertrag unterzeichnet, den auch nach dem Auseinanderbrechen die Nachfolgestaaten Tschechien und die Slowakei übernahmen.

Dann folgten wohlgemeinte Initiativen zur Unzeit und Rückschläge mit der unseligen, oft von mangelnder Information geprägten Diskussion über die Benesch-Dekrete. Nach zähem Ringen gelang schließlich immerhin die deutsch-tschechische Erklärung, die das Deutsch-tschechische Gesprächsforum und den Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds möglich machten. Aus diesen zwischenstaatlichen Institutionen entwickelten sich seitdem viele gemeinsame Projekte.

Versöhnung ist dabei nicht die Aufgabe von Institutionen oder Staaten, das ist Aufgabe der Gesellschaft. Da sind Schritte gemacht, aber es liegen auch noch große Aufgaben vor uns, eine gemeinsame Streitkultur, Dialogkultur, Versöhnungskultur. In der erweiterten EU haben wir dafür noch bessere Voraussetzungen.

Franz Olbert: Die Vertreibungen waren nicht das Ende aller Beziehungen. 500.000 Deutsche blieben in der Tschechoslowakei und pflegten Kontakte. Eine Schlüsselrolle



Deutsch-tschechischer Festgottesdienst im Klosterhof des altherwürdigen Zisterzienserstiftes in Tepl bei Marienbad – 1945/46 wurden die deutschen Patres mit Abt Dr. Petrus Möhler vertrieben. 1948 wurde das Kloster aufgelöst und bis zur Wende als Kaserne benutzt und verwüstet. Heute ist Stift Tepl wieder im Besitz der Zisterzienser. Die Aufbautarbeiten sind schwierig und kostspielig. Den Festgottesdienst zum 800-jährigen Bestehen feierte der Apostolische Nuntius in Prag, Erzbischof Giovanni Coppa, und der Weihbischof von Regensburg, Vinzenz Guggenberger, mit deutschen und tschechischen Pilgern.

nahm auch die Kirche ein, die in Tschechien so stark wie nur noch in Albanien verfolgt wurde. Der Kontakt zu Exil-Priestern und die Unterstützung verfolgter Geistlicher und Ordensleute waren ein wichtiger Schritt aufeinander zu.

Ende der 1960er Jahre, während des Prager Frühlings, waren dann die ersten Begegnungen möglich zwischen Studenten und Vertretern der Kirchen bis hin zum Erzbischof Tomaschek. Daran wurde erst wieder nach der Wende angeknüpft, nach der sich eine Vielfalt von Beziehungen und auch Gesten der Versöhnung entwickelte, z.B. der Wunsch, das von kommunistischer Propaganda geprägte Geschichtsbild zu revidieren. Auch öffentliche Worte der Entschuldigung hat es gegeben, etwa von Kardinal Vlk oder Vaclav Havel. Leider hat die Sudetendeutsche Landsmannschaft auf die Gesten nicht angemessen reagiert. Die offizielle Politik ist allerdings noch von Stimmungen der Ressentiments geprägt; die Hoffnung ist, dass sie sich durch eine veränderte Stimmung an der Basis wandelt.

■ Nachfragen aus der Zuhörerschaft:

Frage: Was meinen Sie mit zunehmender Nabelschau und Renationalisierung?

Adam Krzemiński: Nationale Klischees und Vorurteile lassen sich immer wieder neu beleben, wie sich aktuell zum Beispiel in der deutsch-italienischen Beziehung zeigt. Zurzeit gibt es vielleicht als Reflex auf die Modernisierungsschübe eine Art Flucht in die Vergangenheit. 1989 waren wir mehr bereit, selbstkritisch die Geschichte zu betrachten.

Frage: Sie hoben die polnisch-ukrainische Erklärung so sehr hervor. War die Begegnung zwischen Kanzler Kohl und Ministerpräsident Mazowiecki 1989 in Kreisau nicht wegweisend?

Teilnehmer der 9. Deutsch-polnischen Studientagung des Adalbertus-Werkes in Danzig (2002), vor dem Dom zu Pelplin.



Verleihung des Kulturpreises 2004 der Deutsch-ungarischen Gesellschaft an Ministerpräsident a.D. Miklós Németh (Mitte) und Ministerpräsident a. D. Lothar Späth (rechts) in Gerlingen für ihre Bemühungen um die deutsch-ungarische Freundschaft, die Reformen in Ungarn und die Öffnung des Eisernen Vorhangs vor 15 Jahren. Links: DUG-Vorsitzender Dr. Christian A. Steger.

Adam Krzemiński: Es gab viele Gesten der Versöhnung zwischen Deutschen und Polen. Der Unterschied ist, dass die polnisch-ukrainischen Erklärung das Ergebnis von Parlamentsdebatten ist. Zum deutsch-polnischen Verhältnis schweigt das polnische Parlament zurzeit, und ich habe Angst vor dieser Stummheit.

Frage: Wie unterscheidet sich die Versöhnungsbotschaft von Gemen 1947 von der Charta der Heimatvertriebenen?

Gerhard Nitschke: Die Botschaft in Gemen ist viel früher unmittelbar nach dem Erleben entstanden, aus dem Glauben heraus und emotional gefärbt. Die Charta ist ein gemeinsames, politisches Statement zur Entwicklung eines friedlichen Europas.

■ In der Abschlussrunde äußerten sich die Podiumsmitglieder zur Frage: Was ist jetzt noch zu tun in der Versöhnungsarbeit?

Klaus Loderer: Im deutsch-ungarischen Verhältnis scheinen abgesehen von Detailfragen alle größeren Probleme gelöst, auf politischer wie auf persönlicher Ebene. Die Versöhnungsarbeit wird sicherlich weitergehen und ist nicht anfällig für die Wiederbelebung von nationalen Ressentiments.

Viktória Kishegyi: Unsere größten Herausforderungen der Zukunft hängen mit dem

EU-Beitritt zusammen: Wie kann die kulturelle Eigenständigkeit erhalten bleiben? Wie entwickelt sich die Landwirtschaft? Was wird mit den verlorenen Märkten im Osten? Welche Zukunft haben Minderheiten? Die Autonomie der Deutschen in Ungarn ist ein gelungener Schritt, aber etwa bei der Frage eines eigenen Parlaments oder der breiten Schulbildung stehen noch Aufgaben an.

Adam Krzemiński: Die Politik sollte ab und zu vom Populismus abrücken und die Rahmenbedingungen für ein gutes Miteinander schaffen. Die Gesellschaft sollte sich selbstkritisch anschauen. Ich wünsche mir bei den deutschen Vertriebenen eine Abkehr von den Ressentiments, mit denen sie Druck ausüben, auf polnischer Seite eine Wiederbelebung des Teils in der Botschaft der polnischen Bischöfe: „Wir bitten um Vergebung.“

Gerhard Nitschke: Wir sind weit gekommen, aber das Eis ist dünn. Kleine Kontroversen verleiten dazu, das Kriegsbeil auszugraben, nicht zuletzt die Auseinandersetzung um eine Gedenkstätte der Vertreibung. Wir müssen weiter aufeinander zugehen und den Dialog üben, ohne Differenzen auszuklammern.

Mirosław Kunštát: Versöhnung ist eine Kategorie der wenigen verbliebenen Christen in den postmodernen Gesellschaften. Für die meisten atheistisch geprägten Menschen in Tschechien ist sie unverständlich. Sie sind gewiss für einen pragmatischen Austausch der Interessen, für den die EU einen Spielraum bietet, zu haben. Doch für Versöhnung Zeugnis abzulegen, das wird die Aufgabe der verbliebenen Christen sein.

Franz Olbert: Erstens: Bildungsarbeit ist ein Gebot der Stunde, weil informierte Menschen nur schwer manipulierbar sind. Zweitens: wären neben den schon geleisteten Worten der Gutmachung auch eine materielle Geste der tschechischen Seite gegenüber den im Land Verbliebenen und den unter psychischen Folgen leidenden Vertriebenen hilfreich und möglich. Drittens: sollten wir uns alle beim Aufbau Europas die Grundpfeiler für ein Zusammenleben der Völker aus „Pacem in terris“ zu Herzen nehmen: Frieden, Wahrheit, Gerechtigkeit und Liebe.

Adalbert Ordowski

Einführungsreferat und Gesprächsforum

Referent und Gesprächsleitung:

Prof. Dr. Heinrich Vogel,
Bergisch Gladbach

Gesprächsteilnehmer:

Evgeni Bovkon,
Bonn, Journalist aus Russland

Apti Bisultanov,
Dichter aus Tschetschenien

Ekkehard Maaß, Berlin, (als Übersetzer)
Vorsitzender der Deutsch-Kaukasischen
Gesellschaft

EINFÜHRUNGSREFERAT

Vorbemerkung

Prof. Dr. Vogel wies zunächst auf die Ambivalenz des Themas in der Betrachtung von außen hin: zum einen könne man es noch für ein Thema des „Kalten Krieges“ halten, bei dem das ewige Misstrauen gegenüber Russland, die Überheblichkeit der Europäer, zum Ausdruck komme; oder aber es reflektiere dieses Thema vielleicht Sorge, weil der Traum von einer konfliktfreien Welt, der uns am Ende des „Kalten Krieges“ überkam, nicht in Erfüllung gegangen sei. Doch sei das Rahmenthema der Tagung sicher nicht nur definiert durch Unterschiede im Lebensstandard oder durch Migrationsströme, sondern durch Unterschiede in den Herrschaftssystemen und in den gesellschaftspolitischen Traditionen.

Der weltpolitische Rahmen

Es gibt keine Geschichte ohne Konflikte, weil sich Gesellschaften von innen heraus verändern, weil sie unterschiedliche Kulturen repräsentieren und weil es Tempounterschiede in der jeweiligen Entwicklung gibt. Hinzu kommen äußere Einflüsse: die Globalisierung hat viele Entwicklungen beschleunigt, durch technologische Entwicklungen die Konflikte verschärft und sie vor allem nicht mehr regional begrenzt, sondern zu globalen Konflikten gemacht.

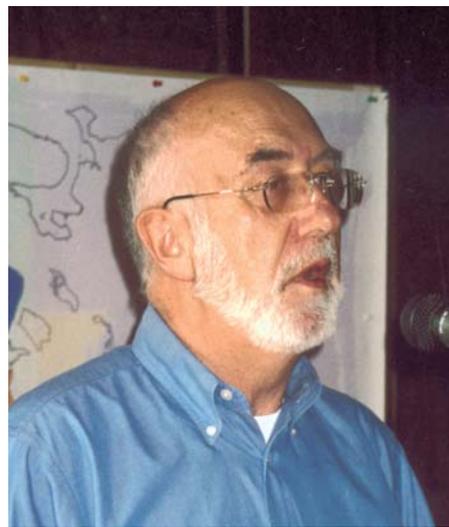
Es gibt unterschiedliche Konfliktebenen: zwischen Staaten in ihrem Dominanzstreben und ihrer Rivalität, wie auch zwischen stärkeren und schwächeren Regionen – z. B. das Gefälle zwischen der nördlichen und südlichen Halbkugel. Stets spielt Macht und auch deren Missbrauch eine große Rolle; die Kehrseite ist oft Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit, mit entsprechenden Konsequenzen für die Sicherheitslage dieser Welt. Neu ist die Verselbständigung von Gewalt, nicht neu ist, dass sich die Frage der Gerechtigkeit zwischen den Menschen und den Völkern bis heute nicht gelöst hat.

Politische Systeme haben die Aufgabe, gesellschaftliche Konflikte zu lösen, zumindest tragfähige Kompromisse herzustellen, mit denen der Ausbruch von Gewalt vermieden werden kann. Die Staaten der EU haben die Lektionen des 20. Jahrhunderts

gelernt und gehen mit der Integration in der EU einen neuen Weg: es geht hier nicht nur um Gewalt- sondern auch um Souveränitätsverzicht.

Russland

Russland ist in der Geschichte seiner inneren Orientierung um einige Jahrzehnte zurück. Es hat die Möglichkeit eines Souveränitätsverzichts noch nicht einmal andeutungsweise in den Blick genommen. Das ist auch ein Grund, weshalb bei den Europäern ein Rest an Misstrauen bleibt, nicht gemäß der Sicherheitspolitik des „Kalten Krieges“, sondern im Blick auf ungefestig-



te politische Strukturen im Sinne von Gewaltenteilung, der Chance des Machtwechsels, klar definierter und durchsetzbarer Menschen- und Bürgerrechte.

Hier enttäuscht die Entwicklung in Russland, insbesondere im Rückblick auf naive geschichtsoptimistische Hypothesen der 90er Jahre, in denen die Transformation postkommunistischer Gesellschaften als Schritt in eine eindeutig vorgegebene Richtung zu Demokratie und Marktwirtschaft, und Russland als ein Kandidat auf dem Weg in die gemeinsame transatlantische Zukunft der nördlichen Halbkugel, zumindest auf dem Weg nach Europa, angesehen wurde.

Russlands befremdliche Entwicklung

Russland ist heute Mitglied im Klub semi-autoritärer Staaten bzw. manipulierter illiberaler Formaldemokratien, in denen die Legitimität der Macht durch Wahlen zwar regelmäßig „nachgeladen“ wird, das Ergebnis der Wahlen aber alles darf, nur keinen Machtwechsel bewirken. Ihn zu verhindern, darf nach Kräften manipuliert werden, und die Weltöffentlichkeit schließt dazu die Augen. Es geht darum, die Kontrolle über die Richtung der Gesellschaftspolitik und den Zugriff auf die wirtschaftlichen Ressourcen so zu sichern, dass nie-

mand sich einmischen kann, weder von innen noch von außen. Die Legislative ebenso wie die Rechtsprechung werden dabei zu beliebig einsetzbaren Instrumenten der Macht.

Der Weg in die illiberale Demokratie

Das Ende der Herrschaft des Kommunismus in Russland hat neue Staatseliten an die Macht gebracht, die nach dem Intermezzo der Jelzin-Zeit vor allem aus dem sowjetischen Militär und Nachrichtendienst stammen. Die Führungen der in Insider-Privatisierungen entstandenen Großunternehmen kommen aus den alten Netzwerken der KP und deren Jugendorganisationen. Ihnen wurde in einer Art Gesellschaftsvertrag vom Präsidenten Putin die Amnestie für einen der unverschämtesten Raubzüge der Weltwirtschaftsgeschichte zugesichert, und zwar unter der Bedingung der „politischen Abstinenz“: Keine Kritik an der Staatsführung, keine Opposition gegen den Kreml. Wer sich daran hält, macht gute Geschäfte, wer dagegen verstößt, sollte besser emigrieren, was auch viele taten.

Die Innenpolitik in Russland wird bestimmt von rivalisierenden Clans, deren relative Macht sich durch Herrschaftswissen über die Leichen im Schrank der Konkurrenz definiert: Jeder der Teilnehmer auf der Führungsebene ist erpressbar mit Akten aus dem Archiv des FSB. Diese Truppe wird zusammengehalten von einem bemerkenswerten Korpsgeist: Kontrolle ist die Aufgabe, auch ohne Polizeistaat, sondern durch überlegene „Technologie der Macht“.

Geringe Spielräume der Politik

Die Konzentration der Berichte über Machtkämpfe verdeckt, wie gering der reale Spielraum der Politik Russlands wirklich ist, die sich auf gesellschaftspolitischen und wirtschaftspolitischen Minenfeldern bewegt. Die Infrastruktur ist alles andere als saniert. Die kalte Jahreszeit wird wegen der überalterten Energieversorgungsnetze in den Städten immer wieder mit großen Sorgen erwartet. Jederzeit können Havarien technischer Großsysteme ganze Regionen in tödliche Gefahr bringen. Die Zahl der vom zuständigen Ministerium registrierten größeren Unfälle stieg 2002 gegenüber dem Vorjahr um 26 Prozent.

Ein zweiter Aspekt ist die sich abzeichnende demographische Katastrophe. 85% aller Todesfälle betreffen Menschen, die jünger sind als 65 Jahre. Dazu kommt die unkontrollierte Zunahme ansteckender Krankheiten, vor allem von Aids. Die Demographen sprechen offen von einer Schrumpfung der russischen Bevölkerung von heute noch ca. 145 Mill. auf ca. 90 Mill. innerhalb der nächsten 20 Jahre.

Konflikte

Hieraus müssen Konflikte entstehen, offene und latente, die auch uns alle betreffen:

1. Gesellschaftspolitische Instabilität

Diese wird propagandistisch durch hohe Zustimmungsraten für den Präsidenten verdeckt. Offen bleiben jedoch Fragen wie die Verteilung des Wachstums des Sozialpro-



dukts und der Produktivvermögen, der Anteil der Militärausgaben, die Rolle der Oligarchen: 85% der 64 größten Privatunternehmen gehören 8 Oligarchen mit einem Umsatz von 62 Mrd. \$. Ein aktuelles Beispiel dafür ist das Zustandekommen des größten Erdölkonzerns Russlands Yukos, verbunden mit dem Namen Chodorovskij, 40 Jahre alt, Senkrechtstarter des russischen Kapitalismus, mit 8 Mrd. \$ Privatvermögen, zusammengetragen innerhalb von 13 Jahren nach der Wende. Nun geht die Staatsanwaltschaft gegen ihn vor. Der Präsident distanziert sich davon und erklärt seine Ohnmacht, in ein schwebendes Verfahren einzugreifen.

Die Verhaftung eines so wichtigen Mannes kann auf die klammheimliche Genugtuung der Bürger rechnen. Im Vorfeld der Duma- und Präsidentschaftswahlen sichert dies hohe Zustimmungsquoten. Dass damit jedoch gegen geltendes Recht verstoßen wird, spielt politisch keine Rolle. Der politische Hintergrund aber ist sehr plausibel: Es handelt sich um einen Warnschuss wegen der Absicht Chodorovskijs, die demokratische Opposition finanziell zu unterstützen und eine Verfassungsänderung mit Abschaffung der Präsidentschaft anzustreben.

In diesem Stil werden alternative politische Bewegungen niedergehalten oder mit wirtschaftlichen Sanktionen ausgehungert. Ohne die in den letzten drei Jahren erreichte Gleichschaltung der Medien wäre ein solches Vorgehen nicht möglich. Journalisten sollen sich „verantwortungsbewusst“ verhalten, dann hätten sie nichts zu befürchten. Hier wie auch in anderen Fällen werden die Gesetze zum Machtinstrument, die Rechtsprechung ist alles andere als unabhängig.

2. Mangelnde sicherheitspolitische Berechenbarkeit

Die mangelhafte Sicherung konventioneller und nicht-konventioneller Waffenbestände kann als Unfähigkeit, aber auch als bewusste Ambivalenz gedeutet werden. Die Militärreform mit dem Ziel der Reduzie-

rung der bewaffneten Macht und deren Umstellung auf eine moderne Berufssarmee stagniert. Das sicherheitspolitische Konzept weist Widersprüche auf, die auf Machtkämpfe im Hintergrund hindeuten. So wird das Nuklearpotential trotz ungeheurer Kosten modernisiert, Stützpunkte im nahen Ausland werden ausgebaut, und es gibt einen Kult des Militärischen, der zur offiziellen Linie gehört. Es ist eine „Ideologie der Größe“, überwölbt durch den neuen Patriotismus, der ein Klima der Erwartungen sichert an ein Wunder, das Russland wieder zu seiner früheren Größe zurückführen soll.

3. Das akute Problem: Tschetschenien

Die Zweifel am künftigen Weg Russlands werden bestärkt durch die Art des militärischen Vorgehens in Tschetschenien. Seit 2001 gibt es bei den russischen Soldaten 4.300 Tote und 14.000 Verletzte, täglich kommen mindestens drei Tote dazu; bei den Tschetschenen sind es 14.500 Tote, 3.800 Vermisste und 300.000 Flüchtlinge. Die materielle Zerstörung ist total, die

Aslan Maschadow (sitzend 2. v. l.) und Alexander Lebed (3. v. l.) unterzeichnen das Friedensabkommen, August 1996.



Kosten der Kriegsführung seit November 2001 betragen 8 Mrd. \$, monatlich weiterhin 500 Mio \$.

Tschetschenien hatte vor dem Krieg 2002 ca. 1 Mio. Einwohner, realistisch sind es heute noch zwischen 500.000 und 700.000. Die Kernforderung der Tschetschenen – ihr „Verbrechen“ – ist seit Mitte des 19. Jh. die „Innere Autonomie“, nicht unbedingt die Trennung vom Russischen Reich. Hierfür wurden sie in der Zarenzeit und unter Stalin und werden sie heute unter Putin verfolgt und geschunden.

Man sollte sich jedoch keine Illusionen machen: die tschetschenische Gesellschaft ist eine sehr traditionale, präindustrielle Gesellschaft. Staat ist ein fremder Begriff, staatliche Verwaltung und Autorität gibt es nicht und nach wie vor werden in den tschetschenischen Sagen die Banditen der Vergangenheit glorifiziert. So ist es also keine leichte Aufgabe, eine solche Bevölkerung in einen Staat mit 120 Ethnien zu integrieren.

Aber Moskaus Politik der Unterdrückung und der Ignoranz gegenüber diesen Autochthonen in den letzten 10 Jahren produzierte im Rückblick nur Anarchie, Verzweiflung und Hass. Die Gräueltaten einer schlecht ausgebildeten, außer Kontrolle geratenen und korruptierten Soldateska sind in der Erinnerung nicht rückgängig zu machen. Auf der anderen Seite steht tschetschenische Gewalt gegen Russen und Kollaborateure – ein Bürgerkrieg aller gegen alle mit den grausamsten Formen, mit Geiselnahmen, Terroranschlägen und Selbstmordattentaten, sogar von Frauen.

Andererseits sollte man nicht vergessen, dass es die Chance der Autonomie gegeben hatte, die General Lebed am Ende des ersten Krieges 1996 mit einem Abkommen aushandelte, das jedoch an den inneren Auseinandersetzungen, der Unfähigkeit und Korruption der tschetschenischen wie auch der russischen Verwaltung scheiterte. Heute geht es nur wieder um militärischen Kampf gegen angeblichen Separatismus, gegen „Banditen“, gegen islamistischen Terror.

Anfang 2003 gab es nun ein fragwürdiges Referendum mit 98 % Zustimmung – von angeblich 537.600 Wahlberechtigten – zu

einem zweifelhaften Verfassungsentwurf, sowie die Ankündigung von Wahlen zu einer weitgehend autonomen Verwaltung. Beides kommt zu spät. Der Kandidat und derzeitige Statthalter Moskaus Kadyrov (*fiel am 9. 5. 2004 einem Attentat zum Opfer, Anm. d. Red.*) ist nicht der Kandidat der Bevölkerung. Niemand ist bereit, mit den Kämpfern zu verhandeln, auch nicht mit dem 1997 noch frei gewählten Präsidenten Maschadow, der für Moskau auch als Bandit gilt. Die einzige Antwort Moskaus heißt Vernichtung. Aber dieser Krieg mit seiner Fanatisierung und seinen täglichen Opfern ist nicht mit militärischen Mitteln zu gewinnen, auch nicht bei Verdoppelung der Truppen. Und es ist zu befürchten, dass dieser Krieg auch gar nicht so schnell zu Ende gehen soll, denn viele profitieren von seiner Fortsetzung, sowohl die tschetschenischen „Banditen“, als auch die russische Verwaltung, das Militär, die Waffenhändler und auch die Islamisten.

Moskau profitiert von dem mentalen Belagerungszustand und wird dabei von außen unterstützt durch den Mythos vom Schulterchluss mit der Allianz im Kampf gegen den Terror. Dieser hebt das internationale Prestige des russischen Präsidenten und macht die westliche Politik zu Komplizen. 2001 wollte Washington noch Maschadows Untergrundregierung anerkennen, heute ist der Krieg auch für die USA eine „innere Angelegenheit“ Russlands und Teil des internationalen Kampfes gegen den Terror.

Tschetschenien ist auch ein Indikator für die wirkliche Macht des Kreml, die eben sehr beschränkt ist: dieser „allmächtige“ Präsident kann hier wie an anderen Stellen fast nichts bewirken sondern nur Zeit gewinnen und versuchen, sich so gut wie möglich darzustellen.

Schluss

Warum interessiert uns das alles so sehr? Es geht hier um Gewalteininsatz, um doppelte Standards in der Beurteilung, um die Brutalisierung der Innenpolitik eines europäischen Staates, die auch auf unsere politische Zukunft einwirken. Es gibt klare Worte des Europarats und des Europäischen Parlaments, die darauf bestehen, dass hier eine politische Lösung mit Nachdruck gesucht werden muss.

Es geht auch nicht nur um Tschetschenien, sondern um eine generelle Ambivalenz der russischen Politik. Russland ist bis heute weder ein demokratischer Rechtsstaat noch hat es eine funktionsfähige Marktwirtschaft. In dieser Bewertung kann es keine Rabatte und Sonderkonditionen geben. Dass die Verfechter demokratischer Verhältnisse nach wie vor in der Minderheit stehen, dass Islamisten an Einfluss in Tschetschenien gewinnen, muss ausgesprochen werden. Sicher gibt es keine Patentlösungen. Bloße Wirtschaftshilfe stößt ins Leere, wo es keine staatliche Ordnung gibt. Diese Ordnung im Sinne von Rechtstaatlichkeit aufzubauen wäre die Aufgabe für Moskau.

Nichts rechtfertigt jedoch die Argumentation, die die „Andersartigkeit Russlands“ als Entschuldigung anführt. Russland ist nicht

so „anders“! Russische Politik strahlt auch nach Westen aus. Sollte sich der Trend zu einem wirtschaftlich aufgeklärten aber im Inneren autoritären Modell der Politik unter der Überschrift „Stabilisierung“ verfestigen, dann haben auch wir Probleme. Die Konzentration der Macht im Kreml macht auch eine weniger kooperative Politik gegenüber dem Westen möglich. Wer unkontrolliert so viel Macht hat, kann seine Ziele ändern.

Die Antwort für westliche Politik kann nur sein: nicht mitspielen, offene Kritik des Kritikwürdigen, sowie die Förderung demokratischer Kräfte. Der deutsche Verteidigungsminister hat kürzlich erklärt, Europa werde im Hindukusch verteidigt. Das mag mit Blick auf die Verhältnisse in Afghanistan durchaus zutreffen. Aber Europa als geographischen Begriff zu verwenden, führt uns nicht weit. Europa wird verteidigt an der Grenze der Zumutbarkeit, da, wo die Standards des demokratischen Rechtsstaats verletzt werden.

GESPRÄCHSFORUM

Evgeni Bovkon: Er stimmt zunächst der Analyse von Prof. Dr. Vogel zu, möchte jedoch einige Akzente setzen. Alle Konflikte, die man heute in Russland erlebe, waren vorprogrammiert, und zwar nicht erst durch die jüngere Politik, sondern beginnend bereits 1917 mit der Politik der Bolschewiki, der Politik der gezielten Desinformation. Durch diese seien ganze Generationen von „nützlichen Idioten“ in der Sowjetunion und auch im heutigen Russland entstanden, sowie auch die Feindbilder und Vorurteile. Menschen würden heute in Russland verhaftet, nur weil sie schwarze Haare hätten und man sie deshalb für Tschetschenen halte. Die Feindbilder seien ein Hauptgrund für viele Geschehnisse in Russland.

Die heutige Lage in Russland sei alles andere als stabil. Man müsse befürchten, dass

Von links: Ekkehard Maaß, Apti Bisultanov und Evgeni Bovkon.

nach den nächsten Präsidentenwahlen die Lage noch komplizierter werde, insbesondere in Hinblick auf die Machtzunahme der früheren Sicherheitsdienste, die die gezielte Desinformation weiterhin betreiben. Im Grunde sind die Konflikte auch entstanden, weil man im Lande immer geduldig war und nie protestiert hat gegen die Desinformationspolitik.

Leider hat man vom Westen aus nur sehr wenig die demokratischen Strömungen in Russland unterstützt. Auch werde in den letzten Jahren das Thema Tschetschenien nur selten auf internationalen Konferenzen angesprochen und über der Westen nur sehr wenig Einfluss aus auf die politische Führung in Russland. Abhilfe sei nur dadurch zu schaffen, dass die internationalen Gremien mehr solche Themen ansprechen, die immer noch tabuisiert werden.

Apti Bisultanov: Es fällt ihm schwer, darüber zu sprechen, da er nicht nur Zeuge, sondern auch Teilnehmer all dessen sei, was jetzt in Tschetschenien vor sich geht. Er wolle nur einfach einige ganz persönliche Inhalte hinzufügen, um das Gesagte zu konkretisieren.

Er ist 1959 in Tschetschenien geboren als jüngstes Kind, alle seine Geschwister sind noch in der Verbannung in Kasachstan geboren. Sein Vater war Kriegsteilnehmer, kämpfte bei Leningrad, wurde mehrfach verwundet und starb an den Folgen, Apti sechs Jahre alt war.

Im März 2000 wurde das Dorf, in dem er die meiste Zeit seines Lebens verbracht und auch die meisten seiner Gedichte geschrieben hat, von den Truppen der Russischen Föderation umstellt und einen Monat lang umkämpft. Bis dahin lebten dort 5.700 Menschen, seit dem gibt es das Dorf nicht mehr, kein einziges Haus, nur noch Staub und Asche. Während der Kämpfe wurden über 1.000 Menschen aus dem Dorf getötet. Er selbst war auf der Seite der Widerstandskämpfer und hat alles miterlebt. Die Alten, Kranken, Kinder, die aus dem Dorf zu fliehen versuchten, wurden über





In den Trümmern von Grosny, 2002.

zehn Tage auf einem Schneefeld festgehalten, darunter auch seine 90-jährige Mutter. Seit Beginn der Unabhängigkeitsbewegung in Tschetschenien in den 80er Jahren war er Teilnehmer dieser Bewegung. Er kennt persönlich fast alle politischen Führer oder hat sie gekannt, da viele schon nicht mehr leben. 1996 wurde er gefangen genommen, hat Verhöre und Folter erlebt. Dass er überhaupt noch am Leben sei, verdanke er der Einmischung des PEN-Zentrums und anderer internationalen Organisationen, die seine Freilassung erreicht haben. Seit 1999 war er dann Vizepremier für Soziales unter Präsident Maschadow, zuständig für die Flüchtlingsströme seit Beginn des zweiten Tschetschenien-Krieges.

Es treffe zu, dass in Russland die Agenten des Geheimdienstes in allen Bereichen der Gesellschaft in Machtpositionen gelangt sind, so dass durch deren revanchistisches Denken der eigentlich uralte russisch-tschetschenische Konflikt diese ungeheure Verschärfung erfahren hat. Dabei muss erinnert werden, dass in Tschetschenien 1991 das erste Lenin-Denkmal von der Bevölkerung vom Sockel gestürzt und das KGB-Gebäude besetzt wurde. Der Anteil an Kommunisten und auch des KGB war in Tschetschenien stets gering. Hierfür rächt sich jetzt der Geheimdienst demonstrativ in Tschetschenien.

Die Ausführungen der beiden Vorrednern hätten deutlich gezeigt, welche Gefahr Russland darstellt, nicht nur für das Land selbst, sondern auch für die Welt, und nicht nur für die Vernichtung des tschetschenischen Volkes, sondern auch für die Entwicklung in Europa. Ihm sei im übrigen in Berlin aufgefallen, dass bei Beginn des Irakkrieges Hunderttausende auf die Straße gegangen sind, um dagegen zu protestieren. Er könne nicht verstehen, dass in den letzten zehn Jahren in keinem Lande Europas ein einziges Mal auch nur 5.000 Menschen demonstriert haben, damit das Morden in Tschetschenien aufhört.

Auch Tschetschenien sei Europa. Wenn wir uns damit einverstanden erklärten, dass die Verbrechen in Tschetschenien eine innere Angelegenheit Russlands seien, dann falle das auf Europa zurück. Man müsse sich vergegenwärtigen, dass in Tschetschenien international verbotene Massenvernichtungsmittel eingesetzt werden, in einem Land von nur 17.000 qkm ständig über 100.000 russische Soldaten eingesetzt sind, weite Teile des Landes vermint sind, man alle paar Meter Massengräber findet und 80 % der Bevölkerung Flüchtlinge und Vertriebene sind. Nur wenige haben es geschafft, bis nach Westeuropa zu kommen. Das größte Leid trägt jetzt die tschetschenische Zivilbevölkerung durch ständige Säuberungen, Folterungen und andere Erniedrigungen.

Prof. Dr. Vogel: Er verweist darauf, dass in

Wahlkampf in der vom Krieg zerstörten Tschetschenen-Hauptstadt Grosny, 1997.



Russland augenscheinlich niemand mehr an die Opfer des Stalinismus erinnert werden wolle, wohl aber an die glorreichen Erfolge der Sowjetmacht. Die Frage sei, ob wir schon resigniert sind gegenüber der Restauration des russischen Machtstaates, in unserer Haltung gegenüber Mord und Totschlag an seiner eigenen Bevölkerung. Was erwarten wir von der europäischen Öffentlichkeit? Man gewöhnt sich an den Skandal Tschetschenien. Was können wir tun?

Evgeni Bovkon: Natürlich sei der Westen noch nicht resigniert und man könne was dagegen tun. Eine Chance sieht er in der Darstellung des Vertreibungsschicksals, das heute ein weltweites Thema sei, unter anderem auch in der Idee eines europäischen Zentrums gegen Vertreibungen, durch das Feindbilder abgebaut werden könnten, aber auch ein Beitrag geleistet werden könne zur Tolleranz gegenüber Minderheiten und zur Stärkung beim Aufbau ihrer eigenen Kultur.

Apti Bisultanov: Man muss sich vorstellen, dass alles, was in Tschetschenien nach 1957 wieder aufgebaut worden war, seit 1995 wieder zerstört worden ist: alle Universitäten, Museen, Archive, Sammlungen und Bibliotheken sind vernichtet, ungeheure materielle und geistige Werte, ebenso die Denkmäler einer eigenständigen Kultur, der frühmittelalterlichen Architektur und Kunst. Auch die Vertreter der schöpferischen Intelligenz des Volkes sind dezimiert, sehr viele sind tot. Von der Möglichkeit einer Bildung oder einer kulturellen Entwicklung könne man heute überhaupt nicht sprechen. Es gibt nicht einmal eine einzige funktionierende Elementarschule. In diesem Bildungsvakuum entsteht eine neue Generation von Tschetschenen, eingeschlossen in ihrem Raum, abgeschlossen von der Entwicklung in der Welt. Und die, die also vor zehn Jahren noch Kinder waren, entwickeln sich dann zu Menschen, die z. B. das Moskauer Theater besetzt haben. Je länger dieser Krieg sich fortsetzt, umso mehr Men-

schen werden sich so entwickeln, für die keine Form eines Friedens mehr annehmbar ist, die weder zu kontrollieren noch zu lenken sind.

Prof. Dr. Vogel: Die Politik der verbrannten Erde, politisch, kulturell, menschlich moralisch, hat ein Stadium erreicht, in dem wir uns nur verzweifelt die Frage stellen können, gibt es noch eine politische Lösung, ist sie vorstellbar. Mit wem soll Putin verhandeln, mit Maschadow oder Kadyrow, gibt es Ansatzpunkte für eine Rezivilisierung dieser verbrannten Generationen oder bleibt nur Verzweiflung?

Apti Bisultanow: Es gibt seit 1992 in Tschetschenien eine Verfassung und die Gesellschaft hat zehn Jahre lang nach dieser Verfassung gelebt. In dieser Zeit hat kein Bürger an einer russischen Wahl oder einem Referendum teilgenommen. Nach dieser Verfassung ist 1997 – unter der Ägide internationaler Organisationen – der Präsident Maschadow und das Parlament legal gewählt worden. Danach haben sich die Präsidenten Russlands und Tschetscheniens getroffen und einen Friedensvertrag unterzeichnet. Der erste Punkt des Vertrages besagt, dass alle Streitfragen auf friedlichem Wege gelöst werden sollen und sich beide Parteien von gewaltsamen Lösungen distanzieren. Grundlage sollte das internationale Recht sein. Deswegen ist Präsident Maschadow bis heute ein Symbol des tschetschenischen Staates und auch des Widerstandes.

Kadyrow spiele überhaupt keine Rolle, er ist ein Mann Moskaus, der mitverantwortlich ist für das Kriegsgeschehen. Verhandlungen haben nur Sinn zwischen den Konfliktparteien. Sollte Maschadow getötet werden, wird ein anderer an seine Stelle treten. Es gibt einen Friedensplan, erarbeitet vom Außenminister Achmadow, der sich in den USA aufhält, der alle Interessen beider Seiten berücksichtigt. Ziel ist eine bedingte Autonomie unter der Ägide der UNO. Vorgesehen ist der Abzug der russischen Truppen und ihr Ersatz durch Blauhelme für die nächsten Jahre, bis wieder eine eigene Gesellschaft entsteht, die selbst für die Sicherheit sorgen kann. Hauptanliegen ist die Bewahrung der humanistischen Werte Europas. Letzlich ist jedoch nur durch eine Einmischung der internationalen Staatengemeinschaft eine Konfliktlösung möglich.

Evgeni Bovkon: Die größte Schwierigkeit besteht in den divergierenden Interessen in Russland. Es gibt keine einheitliche Gruppierung, die regiert und einheitliche russische Interessen verfolgt. Es gibt Einflüsse von der Wirtschaft, den Oligarchen, dem Militär, dem politischen Establishment und vielen anderen Gruppierungen, die alle eigene Interessen vertreten; gleiches gilt auch teilweise innerhalb Tschetscheniens. Schwierig ist, einen Konsens zu finden, so dass nur eine internationale Lösung möglich erscheint. Dabei wird es ganz wichtig sein, dass man dem tschetschenischen Volk hilft, auch materiell, vor allem den Flüchtlingen, aber auch dabei, seine eigene Kultur zu bewahren. Anders wird ein politischer Dialog nicht möglich sein, der zu einer Lösung führt.

Gerhard Nitschke

Die Situation in Bosnien und Herzegowina

*Msgr. Dr. Franjo Komarica,
Bischof von Banja Luka*

Politische Situation

Bosnien und Herzegowina ist ein in zwei fast gleich große Teile – Entitäten – geteiltes Land: *Föderation der Bosniaken und Kroaten* und *Serbische Republik* – mit eigenen Regierungen, eigenen Gesetzgebungen, eigenen Armeen. Das Abkommen von Dayton, das dem Land gute Dienste im Sinne vom Beenden der kriegerischen Auseinandersetzungen erwiesen hat, hat ausgedient. Es ist in sich problematisch, da es auch Friedensabkommen und somit als unveränderbar besonders für Amerikaner gilt und gleichzeitig eine Art Verfassung darstellt, die in jedem Land veränderbar ist. Allerdings sind bis Ende des Jahres 2003 mehr als 80 Beschlüsse aus diesem Abkommen geändert worden! – Eigentlich ist BuH ein Protektorat, in welchem der Hohe Repräsentant der internationalen Gemeinschaft viele Rechte hat aber scheinbar wenige Pflichten. Der Staat ist z. Z. nicht lebensfähig.

Verfassungsänderungen, die im Jahr 2002 vorgenommen wurden, sollten in beiden Teilen die Gleichberechtigung der drei konstitutiven Völker Bosniaken, Serben und Kroaten sowie die Rechte der Minderheiten sichern. Diese Änderungen, die im Grunde an die politischen Spielregeln aus der kommunistischen Zeit erinnern, kommen um einige Jahre zu spät und enthalten manche für die Zukunft sehr problematische Lösungen, besonders was das Wahlgesetz oder das Verhältnis der Bosniaken und Kroaten in der Entität *Föderation* betrifft. In der Entität *Serbische Republik* sind die Kroaten durch die ethnische Säuberung fast total ausgerottet.

In der Praxis haben diese Verfassungsänderungen bisher keine beachtenswerten Ergebnisse erzielt. Zum erstenmal nach dem Krieg sind die Parlamentswahlen in der eigenen Regierung abgehalten worden. Die nationalen (nationalistischen) Parteien haben sehr

Mit besonderer Berücksichtigung der Lage der Diözese Banja Luka in der Entität Serbische Republik.

gute Ergebnisse erzielt. Die Regierungen auf der Landesebene, in den Entitäten, sowie zehn Kantonalregierungen in der *Föderation* wurden mit großer Mühe und unter viel Einmischung und Druck seitens der internationalen Gemeinschaft zusammengestellt. Soviel Administration, welche 64 Prozent vom Budget verbraucht, wäre für viel reichere Länder eine unerträgliche Last. Die wichtigsten Gesetze werden fast in der Regel immer noch vom Hohen Repräsentanten Paddy Asdown aufgezwungen und dann eventuell von Entitätsparlamenten bestätigt oder nicht. Alte, aus der Kriegszeit stammende politische Ziele sind in den Köpfen vieler einheimischer Politiker weiter vorhanden.

Deswegen gilt weit größeres Interesse der Zementierung der durch Krieg, Terror und ethnische Säuberung erreichten Zustände, als der Normalisierung der Situation und Wiederherstellung des Rechtsstaates mit der in Praxis garantierten grundlegenden Menschenrechte. Die kompetenten Vertreter der internationalen Gemeinschaft zeigen unter einander nicht genügend Einheit und konsequente Haltung bei der Durchsetzung gesetzter politischer Ziele. Manche von denen – weil sie viel verdienen, benehmen sich nach dem Motto: Je schlimmer desto besser!

In den neuen eingesetzten Regierungen sitzen zwar Vertreter aller drei nationalen Gruppen, haben aber wenig Einfluss auf



die Geschehnisse. In der serbischen Entitätsregierung in Banja Luka befinden sich drei kroatische und fünf bosniakische Minister. Neben dem Präsidenten der Serbischen Republik, einem Serben, sind zwei Stellvertreter: ein Bosniake und ein Kroat. Die beiden Stellvertreter haben keine Befugnisse und können von sich aus fast nichts machen. Dies gilt besonders für den Vertreter der bosnischen Kroaten, der bis jetzt gar nichts für die Kroaten getan hat und nur als Zierde der „serbischen Demokratie“ vor den internationalen Vertretern dient.

Die Verhaftung der Personen, die als Kriegsverbrecher bekannt sind, geht kaum vorwärts. Hier werden von den meisten Menschen irgendwelche politische Vereinbarungen zwischen den einheimischen Politikern und ausländischen Diplomaten vermutet, die die Verhaftung blockieren.

Ökonomische Situation

In den vergangenen Jahren wurden von der internationalen Gemeinschaft große finanzielle Mittel eingesetzt. Die Ergebnisse sind sehr bescheiden. Sehr viel von diesem Geld ist für die Finanzierung von Tausenden ausländischen Arbeitskräften in verschiedenen politischen und humanitären Organisationen ausgegeben, die in BuH tätig sind. Ein Teil der Gelder ist, laut Bestätigung des offiziellen Vertreters von OSZE, „für die Projekte ausgegeben worden, die eigentlich keine Projekte für den Wiederaufbau gewesen waren“.

Eines der Hauptprobleme des Landes ist die weit verbreitete Korruption. Fast täglich werden neue Veruntreuungen großen Ausmaßes entdeckt, in welche in der Regel offizielle politische Strukturen verwickelt sind. Einzelne reiche und einflussreiche Personen oder die verschiedenen politischen Parteien wirtschaften in die eigene Tasche. Die Privatisierung des Staatseigentums kommt diesen zugute. Die große Masse der Bevölkerung hat nichts davon. Häufige Streiks wegen der niedrigen oder monatelang nicht ausgezahlten Gehälter sind die tägliche Erscheinung.

Auf der anderen Seite sind auf das ganze Land verteilt mehr als 50 % der arbeitsfähigen Menschen ohne Arbeit. In der Entität *Serbische Republik* reicht die Arbeitslosigkeit bei der serbischen Mehrheitsbevölkerung bis 60 % bei der bosniakischen Minderheit bis 80 %, und bei der kroatischen Minderheit bis 90 %. Verteilt auf das ganze Land leben 27 % der Bevölkerung unter der Armutsgrenze. Das Land ist, auf sich allein gestellt, nicht lebensfähig und lebt von der ausländischen Hilfe oder von Krediten. Die meisten – ca. 80 % – Jugendlichen würden das Land verlassen, wenn sie die Möglichkeit dazu hätten.

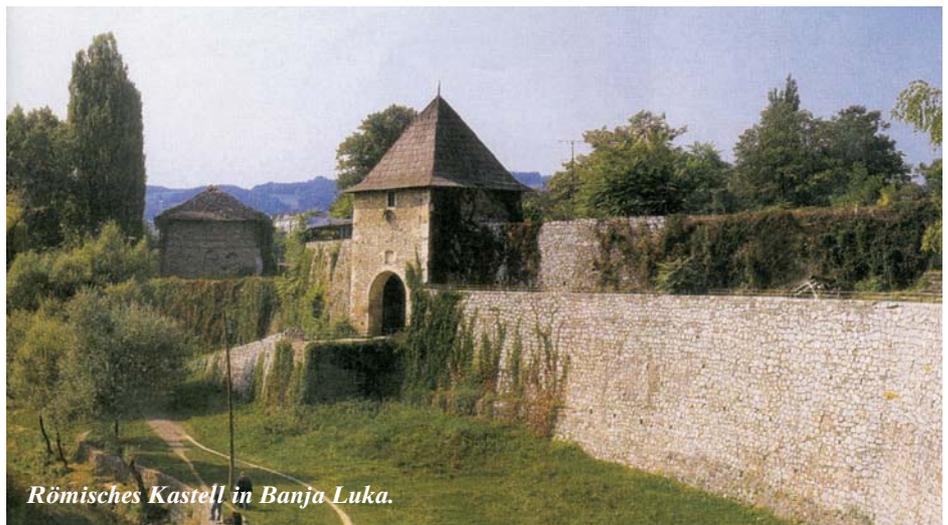
Die Rückkehr der Flüchtlinge

Das größte Problem ist nach wie vor die Rückkehr der Flüchtlinge. Noch immer sind 1,2 Millionen Flüchtlinge nicht nach Hause zurückgekehrt. Besonders schlimm ist die Situation in der *Serbischen Republik* (Banja Luka). Von den 220.000 katholischen

Kroaten, die vor dem Krieg auf dem Gebiet der heutigen serbischen Entität gelebt haben, sind es jetzt gemeinsam mit den zurückgekehrten höchstens 12.500. Von den ca. 70.000 vertriebenen Katholiken aus der Diözese Banja Luka konnten in acht Jahren höchstens 1.500 zurückkehren und bleiben.

Ein weiteres Problem, mit dem Prozess der Rückkehr engstens verbunden, ist die Rückgabe des Eigentums. In der Rechtsberatungsstelle unserer Diözesan-Caritas können wir aufgrund der eigenen Arbeit in diesem Bereich von der Rückgabe von etwa dreiviertel des gesamten besetzten Eigentums (Häuser und Wohnungen) an ihre Eigentümer (Kroaten und Bosniaken) in dieser Entität sprechen. Der Großteil der

Wohnungen für die zurückgekehrten Katholiken hat die serbische Regierung (Ministerium für Flüchtlinge) in Banja Luka erst im Jahr 2002 Material für nur 20 Häuser gegeben, sowie Stromanschluss für zwölf Häuser ermöglicht (Gemeinde Banja Luka). Gleichzeitig werden ganze Ortschaften neu gebaut für die Serben, die in diesem Gebiet, vom Bergland kommend, bleiben wollen. In der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres – nach dem Papstbesuch in Banja Luka – ist die Hilfe dieser Regierung für die Rückkehrer etwas höher, aber noch lange nicht zufriedenstellend und ihre zögernde Verwirklichung wird sicher sehr viele Katholiken und Muslime von der Rückkehr nach Hause abhalten. Das ist auch das Ziel der Politik.



Römisches Kastell in Banja Luka.

Rückgabe dieser Wohneinheiten fand erst im Jahr 2002 und 2003 statt. Die Politik erwartet, dass sich viele Menschen, wenn sie jahrelang auf die Rückgabe des Eigentums warten müssen, doch gegen die Rückkehr in die Heimat entscheiden und ihr Eigentum um irgendeinen Preis verkaufen. Diese Erwartungen haben tatsächlich Erfolg, die durch den Krieg und die Verbrechen aufgezwungene ethnische Teilung des Landes wird gefestigt. Die internationale Gemeinschaft zeigt keine Eile bei der Lösung dieser Probleme und bei der Wiederherstellung der Grundrechte der entrechteten Menschen. Die Zukunft des Landes wird auf dem Verbrechen der ethnischen Säuberung verhängnisvoll gebahnt!

Das zurückgegebene Eigentum ist in den meisten Fällen beschädigt, häufig mit Absicht, um die Rückkehr des Eigentümers zu erschweren oder unmöglich zu machen. Für den Wiederaufbau der zerstörten Häuser oder der zurückgegebenen Häuser und Wohnungen erhalten die Rückkehrer von der offiziellen Regierung keine finanziellen Mittel. Eigentlich gehören sie niemandem in der Regierung!

Die Situation der Rückkehrer in der serbischen Entität ergibt folgendes Bild:

- Die lokalen Behörden kümmern sich bis vor kurzem kaum oder überhaupt nicht um die Rückkehrer. Für den Wiederaufbau der zerstörten und beschädigten Häuser

- Es gibt keine Not- oder Unterkunftshilfe für die Rückkehrer.

- Es dauert oft über ein Jahr nach der Rückkehr bis der Rückkehrer seine Rente bekommt. Die Renten betragen zwischen 90 und 180 KM (im Durchschnitt 70 Euro). Die niedrigste Pension wurde vor kurzen Zeit auf 90 KM (ca. 45 Euro) erhöht.

- Die Krankenversicherung existiert nur auf dem Papier. In Wirklichkeit muss für alles bezahlt werden.

- Die Rückkehrer können kaum Arbeit finden.

- Von anderen Rechten, wie z. B. Recht auf die der eigenen Identität entsprechenden Ausbildung der Kinder und Jugendlichen, wird nicht einmal gesprochen.

Die Situation der katholischen Kirche

Die katholische Kirche steht mit ihrer Caritas allein für die zurückgekehrten Katholiken (Kroaten, Polen, Tschechen, Ukrainer, Italiener, Slowenen, vereinzelte Deutsche u. a.), weiter für Bosniaken, Muslime sowie für arme orthodoxe Familien da. Die Kirche ihrerseits ist arm, mit einer zerstörten pastoralen Struktur. Die meisten Kirchen und Pfarrhäuser waren oder sind immer noch zerstört. 203 kirchliche Objekte, d. h. 95 %, sind zerstört oder beschädigt, sechs Pfarrer, ein Ordensmann und eine Ordensfrau wurden umgebracht, von den Gläubigen ist in vielen Pfarreien nur ein Zehntel



Kathedrale in Banja Luka.

oder noch weniger übriggeblieben, darunter sehr viele alte und kranke Menschen, einige Pfarreien sind total ausgerottet. Der Kirche geht es um die Hilfe für diese übriggebliebenen Menschen, aber auch um die Wiederbelebung der Pfarreien. Dazu gehört unter anderem auch der Wiederaufbau von Kirchen und Pfarrhäusern. In den vergangenen Jahren ist es uns gelungen – mit Hilfe der kirchlichen Hilfsorganisationen aus dem Westen, vor allem aus Deutschland – ein Dutzend von diesen Objekten wieder für die Seelsorge benutzbar zu machen.

Die Kirche kann nur helfen, wenn sie Hilfe vom Ausland bekommt. In den vergangenen Jahren haben verschiedene Caritasverbände in diesem Gebiet gewirkt: Deutscher Caritasverband, Caritas Dänemark, Caritas Schweiz, Caritas Italiana, CRS, Caritas Essen oder katholische Organisationen wie ICMC. Es muss betont werden, dass durch dieses Wirken große Hilfe in dieses Gebiet kam. Meistens war dies die einzige Hilfe, die für die Katholiken kam, weil es sonst von anderen nicht-kirchlichen Organisationen sehr wenig Unterstützung gab. Caritas Dänemark und Deutscher Caritasverband haben inzwischen ihre Tätigkeit eingestellt. Vor kurzer Zeit tat dies auch ICMC.

Die Europäische Union hat im Wiederaufbauprogramm CARDS 2002 und CARDS 2003 die meisten Gebiete, in welche die vertriebenen Katholiken zurückkehren sollen und wollten (Region Banja Luka und Nord-Bosnien), von der Hilfe ausgeschlossen. Von der Existenzaufbauhilfe für diese Menschen wird kaum gesprochen.

Der Papstbesuch in Banja Luka am 22. Juni 2003 und die Seligsprechung des Dr. Ivan Merz – eines jungen Laien, der in Banja Luka 1896 geboren und aufgewachsen ist, als Literaturprofessor in Zagreb gewirkt hat und 1928 gestorben ist – ist sicher ein positives Ereignis. Für die wenigen übriggebliebenen einheimischen Katholiken war der

Besuch Hilfe in vieler Hinsicht. Für die vertriebenen Katholiken und Muslime war er eine Ermunterung. Viele Serben haben ihre Meinung über den Papst nach diesem Besuch im positiven Sinne geändert. Der Papst rief zur Versöhnung auf und streckte die Hand zur serbisch-orthodoxen Kirche aus. Das Treffen mit dem serbisch-orthodoxen Patriarchen Pavle aus Belgrad hätte der Papst sicher sehr gerne erlebt, aber der Synod der serbisch-orthodoxen Kirche war leider nicht dafür. Der lokale orthodoxe Bischof kam nicht zum Gottesdienst, sondern nur zu einer kurzen Audienz in der Delegation des interreligiösen Rates BuH. Kein anderer orthodoxer

Bischof war leider anwesend!

Obwohl wir Katholiken uns im Krieg friedlich verhalten haben und bereit waren im Krieg und in der Nachkriegszeit für die Versöhnung, wurden wir brutal bestraft durch die geplante Ausrottung.

Wenn wir auch zu den *reliquiae reliquiarum* der Katholiken in unserer Heimat Bosnien und Herzegowina mit Kenntnis und Zulassung der Großmächte zusammengeschrumpft sind, wollen wir Kraft des Glaubens, der Hoffnung und Liebe nach unseren Möglichkeiten qualitativ beitragen für eine bessere Zukunft dieses Landes und seiner Umgebung. Wir werden sehr dankbar sein allen edlen Menschen nah und fern, die uns bei diesem unserem Vorhaben mit-helfen wollen.



Msgr. Dr. Franjo Komarica, Bischof von Banja Luka, bei der Predigt in Gemen.

Perspektiven und Standpunkte kennen zu lernen, die sich für Menschen verschiedener Generationen in Europa in der Betrachtung der gesellschaftlichen und religiösen Werte ergeben, dies war die Intention des letzten Gesprächsforums am Samstagvormittag.

Oft, so eröffnete **Gerhard Nitschke** die Moderation, wird das Thema des „Wertewandels“ lediglich unter negativen Vorzeichen beschrieben – die Frage nach den Chancen, die aus diesem Wandel erwachsen, sollte deshalb einen kritischen und auch positiven Blick ermöglichen. Dazu waren als Gesprächspartner geladen:

Der Theologe **Dr. Johannes Oeldemann** – dessen beruflicher Schwerpunkt in Paderborn im Bereich der Ökumene der christlichen Kirchen liegt, der polnische Journalist **Adam Krzemiński**, durch seine journalistische Arbeit mit der gesellschaftlichen Situation Deutschlands ebenso vertraut, wie mit der seines Heimatlandes Polen; **Bischof Dr. Franjo Komarica** aus Banja Luka in Bosnien, **Pater Diethard Zils OP**, Mitglied des Europäischen Zentrums der Dominikaner in Brüssel sowie **Dr. Ursula Rao**, Ethnologin an der Universität Halle und **Nina Henseler**, Oberstufenschülerin eines Bonner Gymnasiums, die sich als Schulsprecherin engagiert; beide gehören auch dem Arbeitskreis von Adalbertus-Werk und Adalbertus-Jugend an.

Dr. Oeldemann und Adam Krzemiński stellten in Impulsreferaten zunächst einige Thesen vor. Die aus seiner Perspektive wesentliche Funktion und Aufgabe der Kirche in einer Zeit, in der in der bestehenden Gesellschaft in ihren vielen Facetten kein grundsätzlicher Konsens mehr gegeben ist, skizzierte Dr. Oeldemann. Bestehende Strukturen neu zu beleben und zu stärken, Werte deutlicher erkennbar und in dem ständigen Wandel erfahrbar zu machen, sah er als die zentrale Aufgabe und Herausforderung der christlichen Kirchen an.

A. Krzemiński beschrieb den gesellschaftlichen Wandel Polens, einer Gesellschaft, die in das zukünftige Europa die Erfahrungen mit dem Kommunismus ebenso einbringt, wie ein starkes christliches bzw. kirchliches Element. Das Bewusstsein, das Europa nicht ohne christliche Werte denkbar ist, das seine Wurzeln hier aber auch in jüdischem und islamischen Glauben und den damit verbundenen Traditionen liegen, ist stark verwurzelt. Die Debatte um die Präambel der zukünftigen europäischen Verfassung zeigt dies und dennoch steht daneben eine enge verkürzende und von nationalen Egoismen geprägte Sicht der Dinge, einer Defensive gegenüber dem „großen“ Europa.

Die weiteren Podiumsteilnehmer beschrieben im Anschluss zunächst ihnen wichtige Aspekte zu der Fragestellung. Pater Diethard Zils OP verwies auf unbestreitbare gemeinsame Werte wie Menschenwürde, Toleranz, Solidarität u. a., unabhängig von weltanschaulicher Bindung, zugleich aber auch auf die erwachsende Stärke, die aus der Erfahrung der Anwesenheit Gottes ent-

Wertewandel in Ost- und Westeuropa – Chancen für ein fruchtbares Miteinander?

Impulsreferate und Gesprächsforum

stehen kann, auch wenn der Gottesbezug in der europäischen Verfassung und der in ihr sich spiegelnden Gesellschaft nicht mehr empfunden wird. Frau Dr. Rao verdeutlichte, dass viele Teile unsere deutschen Gesellschaft, aber auch anderer europäischer Nationen, noch nie mit Elementen der christlichen Religion in Kontakt gekommen sind. Einer großen Zahl der Studenten, die sie unterrichtet, ist eine Kirche völlig fremd, in ihr Blickfeld gehören weder Religion noch Kirche, das persönliche Lebensfundament und der Wertekanon dieser Menschen werden nicht durch die Religion geprägt.

Wie wichtig es ist, in diesem zusammenwachsenden Europa die Herausforderung zu erkennen, die darin liegt, dass viele Menschen ihr Weltbild und ihre Lebensperspektive durch den Wandel und die Auflösung der sozialistischen Gesellschaften verloren haben oder in kein bestehendes hineinwachsen, hob Bischof Dr. Franjo Komarica hervor. Mit einem beeindruckenden Beispiel eines Polizeioffiziers, der die entsehende Leere, die das eigene Lebensfundament betraf, im Gespräch mit ihm benannte und seine Suche formulierte, mahnte er den Zuhörerkreis zur Glaubwürdigkeit im Handeln und Leben. Es gehe darum, die durch das Christentum geprägten Werte der Geschwisterlichkeit, der Friedfertigkeit, der Versöhnung und der Liebe glaubwürdig erfahrbar zu machen. Er mahnte an, „Farbe zu bekennen“ und gleichzeitig aber die eigenen Werte so zu vertreten, dass sie einer objektiven Bewertung standhalten könnten und in dieser Objektivität dann Anerkennung erführen. Als eine der wesentlichsten Fragen für die Zukunft Europas formulierte er die Frage, ob es uns gelänge, den Wert des christlichen Menschenbildes

überzeugend zu vertreten. Diese Mahnung umzusetzen sei besonders in Bezug auf die junge Generation in Europa von entscheidender Bedeutung.

Einen erfreulichen und unbefangeneren Aspekt des Austauschs und des Miteinanders stellte Nina Henseler dar. Dialog über die europäischen Grenzen hinweg in europäischen Jugendparlamenten, in Planspielen, Austauschprogrammen und Jugendbegegnungen ermöglichen eine gelebte und erfahrene Normalität. Alte Strukturen, unterschiedliche Prägungen und differierende Werte werden hier schneller und pragmatischer überwunden, der Dialog und der Kontakt erbringen aber eine positive Substanz für das eigene Leben.

Im Fortgang der Diskussion stellte Gerhard Nitschke besonders die Frage nach dem sich wandelnden Bild der Familie und dem Bestand von Bindungen in der Gesellschaft zur Diskussion.

Dr. Oeldemann betonte nochmals die Aufgabe der Kirche, in der Gemeinde einen Ort darzustellen, der Bindungen ermöglichen und somit in ökumenischer Gemeinschaft christliche Werte zur Stärkung in das geeinte Europa einbringen müsse. Die als zunehmend beschriebene Bindungsangst vieler Menschen in dieser Zeit analysierte Frau Dr. Rao als ein zutiefst von der westeuropäischen wirtschaftlich orientierten Gesellschaft geschaffenes Problem, dem eine grundsätzliche Entscheidung für den Wert „Bindung“ entgegenstehen müsse. Eine Gesellschaft, die ständig Flexibilität und Mobilität predige, müsse erkennen, dass hier keine Ermutigung zur beständigen Bindung liege, weder beruflich noch privat. Der Einzelne und ganze Familien werden durch diese gesellschaftlichen Ansprüche enormen Belastungen ausgesetzt, die nur durch eine grundsätzlich neue Definition der Bindung als positiver Wert wieder verändert werden könnte.

Adam Krzemiński beschrieb anschließend seine Hoffnung auf eine zukünftige Gesellschaft und Politik in folgender Weise: die Politik muss flexibel und tolerant sein, überkommene Werte und Familienstrukturen neben neuen nicht institutionalisierten Modellen aufzufangen. Dies erfordert eine weitgehende Liberalisierung vieler überkommener „Wertmuster“ ohne bestehende zu zerstören.

In der abschließenden Gesprächsrunde, in die auch das Publikum einbezogen war, stellte Pater Diethard Zils nochmals das Thema der gegenseitigen Wahrnehmung über die innereuropäischen Grenzen hinweg in den Mittelpunkt. In der Erlangung einer europäischen Öffentlichkeit und der Ausbildung eines wirklichen Interesses für die Vorstellungen und Werte der Anderen liegt die Überwindung der Gefahr des nationalen Denkens und eine besondere Herausforderung für die Zukunft des gewachsenen Europas.

Die Frage, ob in dem bestehenden Wertewandel eine Chance für ein fruchtbares Miteinander liege, wurde von den Diskutanten nicht eindeutig beantwortet. In der abschließenden Moderation formulierte Gerhard Nitschke die Quintessenz so: Die Verpflichtung, uns für ein Miteinander zu engagieren, ist uns durch die Erweiterung aufgegeben, und er erinnerte zugleich an die Aussage von Frau Dr. Kivimäe aus Estland, einer Referentin im Jahr 2002, die damals formulierte: Europas Gelingen hängt von den älteren Nationen ab, die in Freiheit ihren Weg gehen, viele Werte weitertragen und sie einem Wandel unterwerfen, sie müssen den neuen Nationen erlauben einzutreten, nicht um lediglich ihren Vorteil zu gewinnen, sondern sie müssen ihnen ermöglichen, sich einzubringen und so wirkliche Europäer zu werden.

Viola Nitschke-Wobbe

Von links: Adam Krzemiński, Pater Diethard Zils, Gerhard Nitschke, Bischof Franjo Komarica, Ursula Rao, Johannes Oeldemann, Nina Henseler.





Arbeitsgruppe bei der Spielentwicklung.

fach so in ein paar Tagen ein Spiel entwickeln?

Unterstützung bekamen wir von zwei Mitgliedern der Jury „Spiel des Jahres“: Tom Werneck und Chris Mewes. Die beiden Herren führten uns in die Welt des Spiele-Entwickelns ein und ließen uns in einem Brainstorming alles zusammentragen, was man dafür braucht. Es waren nämlich nicht nur die Materialien gefragt, sondern auch unsere Köpfe. Schnell hatten wir Ideen und dachten fleißig nach. Um das Ganze ein wenig produktiver zu gestalten, wurden wir in Gruppen aufgeteilt, die – jede für sich, unabhängig von den anderen – ein Spiel erarbeiten und entwickeln sollten. Dabei wurde uns ein „Gesellschaftsspielbaukasten“ zur Verfügung gestellt, in dem alles enthalten war. Es war aber gar nicht so einfach, den weißen Plan, die Blanco-Spielkarten und die Figuren zu bearbeiten. Aber wir hatten ja unsere beiden Fachmänner, die uns oft mit Rat und Tat zur Seite standen.

Schwierig war es auch, sich mit den anderen Leuten in der Gruppe zu einigen. Da mussten immer sechs bis sieben Jugendliche einer Meinung sein. Zuerst musste geklärt werden, ob es ein Würfelspiel, ein Spiel mit Karten, Chips oder einfach nur Geld werden sollte. Sollte das Spiel für Kinder sein und einfach nur Spaß machen oder auch lehrhaft sein, sollte es Jugendlichen und Erwachsenen ein Grund zum Nachdenken geben oder auch einen Kitzel geben, weil es so spannend ist? Neben diesen kreativen Problemen kam vor allem auch noch das Sprachproblem hinzu, da wir aus Deutschland, Litauen und Polen kamen. Wir versuchten es mit Händen und Füßen und mit Englisch.

Als wir es dann in den Gruppen geschafft hatten, uns auf eine Art von Spiel zu ei-



ne Spiel nicht mehr sehen konnte, wanderte meist herum, um nachzusehen, was die anderen Gruppen schon geschafft hatten oder auch um mal eine gute Idee mit zurück in seine eigene Gruppe zu bringen.

Nachdem dann zwei Tage intensiv gearbeitet und bei manchen Gruppen auch das erste mal Probe gespielt wurde, sollten wir dann am Samstag das Spiel in eine erste Version bringen, mit der auch Leute, die es nicht entwickelt hatten, einmal spielen und antesten konnten. Dafür musste natürlich der Spielplan vernünftig gezeichnet und die Schmierzettel noch mal überarbeitet werden. Ebenso war es nun an der Zeit, die Regeln, die sich nun nach und nach in den Köpfen der einzelnen Entwickler gesammelt hatten, zu Papier zu bringen und auch ja keine Kleinigkeit zu vergessen.

Als dann alles soweit fertig war, die Spiel-schachtel entworfen worden und auch ein Name für das Spiel gefunden war, trafen sich alle Gruppen wieder, um sich gegenseitig die einzelnen Spiele zu erklären. Die nächste Hürde hieß also, ist dieses Spiel überhaupt gut zu erklären und verstehen es die anderen auch? Hört es sich denn eigentlich gut und interessant an oder wirkt es eher langweilig.

Chris und Tom, die uns in der gesamten Zeit geholfen hatten, machten zu den einzelnen Spielen nun einige Verbesserungsvorschläge. Die Spiele bekamen damit noch den letzten Schliff, so dass wir sie nun auch

nigen, ging es dann richtig los: Spielkarten erstellen, einen möglichen Spielplan entwerfen oder einfach eine Europa-karte nehmen, Regeln erarbeiten und Spielfiguren auswählen. Wer gerade nichts zu tun hatte

oder das eige-

den anderen Teilnehmern des Gemen-Treffens am Sonntagvormittag präsentieren konnten.

Nach dem Gementreffen 2003 wurde dann entschieden, dass eines dieser Spiele veröffentlicht werden sollte, wobei Tom, Chris und auch Wolfgang viel Zeit und Arbeit investiert haben, um dies zu ermöglichen.

Ein Dank an die drei. So hoffen wir nun alle, bald ein eigenes Exemplar des in Gemen entwickelten Spiels zu besitzen.

Benedict Thiesen

Adalbertusjugend im Aufwind

Nachdem das Jugendprogramm in Gemen einige Jahre die einzige Aktivität der Adalbertusjugend war, scheint nun eine Generation in das Jugendalter hineinzuwachsen, die sich wieder stärker einmischte. Die Chance, sich im Rahmen unserer Arbeit mit polnischen und litauischen Jugendlichen zu begegnen und mehr zu erfahren über Lebenswelten, Kultur und Geschichte, will sie sich nicht entgehen lassen. So traten beim 57. Gementreffen – nach sechs neuen Mitgliedern 2002 – vier weitere Jugendliche in die Adalbertusjugend ein, alle zwischen 16 und 19 Jahren alt. Dass der Wunsch zur aktiven Mitarbeit besteht, zeigte sich auch darin, dass es bei den Sprecherteam-Wahlen immer mehr Kandidaten als Positionen gab. Am Ende ist Nina Henseler zur neuen Sprecherin gewählt worden; Nele Quecke und Benedict Thiesen sind die neuen Stellvertreter; alter und neuer Sprecher ist für weitere zwei Jahre Adalbert Ordowski.

Eine Initialzündung für das neu erwachte Interesse an der Ost-West-Arbeit war sicherlich die Begegnungsfahrt nach Danzig im April vorigen Jahres (siehe Bericht im *adalbertusforum* 3/03). Eine Neuauflage wird es vom 12. bis 18. April 2004 geben, ebenfalls mit den Elementen Geschichte, die heutige Stadt, Begegnung mit Jugendgruppen und ebenfalls unter Einbeziehung der Jugendlichen aus Klaipeda/Litauen. Im Herbst soll es dann – mit organisatorischer und personeller Unterstützung durch den Dachverband Aktion West-Ost – eine deutsch-polnische Studienfahrt nach Klaipeda geben.

Neue Generationen haben auch neue Gedanken. Auffällig ist, dass vier der zehn neuen Mitglieder in der „Katholischen Jugend aus Danziger Familien“ gar nicht aus „Danziger Familien“ stammen – sofern sich die anderen überhaupt noch so definieren – und zwei nicht katholisch sind. Es ist klar, dass der Vertreibungshintergrund bei der Auseinandersetzung mit Geschichte und Glauben eine Rolle spielt, aber kaum mehr als identitätsstiftend und als Grund für die Mitarbeit in unserem Verband erlebt wird. Wichtiger dagegen erscheint die Begegnung mit Kulturen, Sprachen und Jugendlichen.

Gerade deshalb ist es erfreulich, dass das Interesse an der Begegnung mit dem Osten neu erwacht und eine neue Generation von Jugendlichen bereit ist, Verantwortung zu übernehmen.

Adalbert Ordowski

Vorstellung der Spiele in der „Stunde der Gemeinschaft“.



Die „Schattenspieler“ in der „Stunde der Gemeinschaft“.

Märchen in Ost und West

Alle Jahre wieder gibt es in Gemen auch ein Kinderprogramm. Anfang 2003 musste dafür ein Team und ein Thema gefunden werden. Das Team war schnell gefunden. Elzbieta Mulas, Künstlerin und Kunstpädagogin, und die Pädagoginnen Monika Wienhold-Quecke, Regine Thiesen und Ingrid Henseler erklärten sich bereit mitzuwirken. Nach einigen Telefonaten einigte man sich auf das Thema: Märchen in Ost und West. Elzbieta fand polnische Märchen mit deutscher Übersetzung. Märchen mit ähnlicher Handlung wurden bei den Gebrüdern Grimm gefunden. Wir suchten einige Märchen aus, die in Gemen dann den Kindern vorgestellt wurden. Wir suchten außerdem nach geeigneten Darbietungen für den geselligen Abend. Das Gementreffen begann:

Am Donnerstagmorgen trafen sich dann zum ersten Mal drei polnische und sieben deutsche Kinder mit Elzbieta und mir. Das gesamte Kinderprogramm lief zweisprachig ab. Nachdem wir uns vorgestellt hatten, die meisten kannten sich schon vom letzten Jahr, lasen wir unterschiedliche Märchen in polnischer und deutscher Sprache vor. Die Kinder suchten sich das Märchen: „Die Bienenkönigin“ aus, das am Sonntag als Schattenspiel aufgeführt werden sollte. Auf Papp wurden nun die nicht menschlichen Figuren wie Ameisen und Bienen aufgezeichnet, ausgeschnitten und an einem Stock befestigt. Elzbieta und ich kürzten den Text des Märchen und schrieben ihn in polnischer und in deutscher Sprache auf. Nun wurden die verschiedenen Rollen verteilt und erste Szenen geprobt. Am Nachmittag bastelten dann die Kinder auch noch für den Vortrag am Freitagabend riesige Möwen.

Am Freitag wurden mit Elzbieta und Monika diese Szenen weiter geprobt. Lieder und Texte für die Familienmesse eingeübt, die Möwen fertig gestellt und die Texte für den geselligen Abend einstudiert. Am Abend führten die Kinder die Geschichten von der Möwe Lu und die eines Kakadus

auf. Für die Dekoration der Aula wurden Zweige mit über hundert rosafarbenen Seidenblüten geschmückt.

Am Samstagvormittag wurden die Schattenbilder der Kinder mit einem Diaprojektor an die Wand projiziert. Mit Hilfe von Elzbieta und Regine wurden anschließend die Umrandungen der Kinder auf eine Tapete gemalt. Jedes Kind durfte sich nun als Märchenfigur malen. So entstanden Rapunzel, eine Fee, ein Drache, der gestiefelte Kater, ein Teufel usw.. Diese überlebensgroßen Figuren schmückten am nächsten Tag die Aula, in der die Stunde der Gemeinschaft am Sonntag stattfand. Nachmittags fanden nun die Proben des Märchens hinter einer großen Leinwand in der Aula statt. Dieses erforderte von den Kindern einige Geduld.

Am Sonntagvormittag in der Stunde der Gemeinschaft waren die Kinder schon sehr aufgeregt. Das Schattenspiel war der letzte Programmpunkt. Elzbieta und ich lasen abschnittsweise in deutsch und polnisch das Märchen von der Bienenkönigin vor, die Kinder führten diese Szenen als Schattenspiel auf. Es klappte alles sehr gut, unsere Gruppe erntete viel Applaus. Ich denke, die Kinder hatten auch dieses Jahr wieder viel Freude bei ihrer Arbeit und sie werden nächstes Jahr wiederkommen.

Ingrid Henseler

Luisa Frings, 10 Jahre



„Die Möwe Lu“, Lied beim „Geselligen Abend“.

Endlich war es wieder so weit: Abfahrt nach Gemen!

Direkt nach der Schule sind meine Oma, Tante Christel, Juliane und ich von meiner Mutter zum Bahnhof gebracht worden und los ging es. Als wir angekommen waren, holte uns Ingrid vom Bahnhof in Borken ab und es ging direkt zur Burg, wo schon Einige angekommen waren. Es war sehr schön alle wiederzusehen. Ich hatte ein Zimmer mit Juliane und Marie-Sophie.

Am ersten Tag im Kinderprogramm haben wir ein Märchen für ein Schattenspiel ausgesucht, das wir am Sonntag vorführen wollten. Nach langem Suchen fanden wir dann das richtige Märchen. Es hieß „Die Bienenkönigin“. Dieses Märchen haben wir verkürzt und dann haben wir ihm einen anderen Namen gegeben, nämlich „Der Dummling“.

Elzbieta hat die Figuren vorgemalt und wir haben diese dann ausgeschnitten und aufgeklebt. Auch haben wir für das Schattenspiel einen Baum gebraucht, den wir am Burggraben gefunden haben, einen stabilen Ast. Bei der Generalprobe sah alles schon sehr gut aus, aber am Sonntag war dann alles noch viel besser und wir haben viel Applaus bekommen. Ich habe die Bienenkönigin gehalten, die zum Schluss dem Dummling gesagt hat, wer die jüngste Königstochter ist. Eine Ente habe ich auch gehalten, die dem Dummling den Schlüssel gegeben hat. Es hat sehr viel Spaß gemacht. Wir haben auch Möwen gebastelt für den Tanzabend am Freitag, an dem wir das Lied „Die Möwe Lu“ gesungen haben. Die Möwe konnte während des Liedes ein Auge auf und zu kniepen. Der Tanzabend war wie immer super toll!

Am Sonntagnachmittag haben wir einen Ausflug gemacht. Wir sind zu einem See gefahren, wo wir Tretboot fahren konnten. Bei der Hitze war das sehr schön und erfrischend. Ich war mit Juliane und Ingrid auf einem Tretboot. Ich fand es super, dass so viele von meiner Verwandtschaft (Posack-Zweig) da waren.

Am Montag war dann leider alles wieder so schnell vorbei und es ging zurück nach Bonn. Aber nächstes Jahr kommen wir hoffentlich ja alle wieder!

Gott in Europa?

Festvortrag in der Festlichen Stunde

Msgr. Dr. Franjo Komarica,
Bischof von Banja Luka

Sehr geehrter Vorsitzender des Adalbertus-Werkes Herr Nitschke, hochgeschätzte Festversammlung, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde!

Erlauben Sie mir, gleich am Anfang zu betonen, dass es für mich eine besondere Ehre, aber zugleich eine große Herausforderung war, diesen Vortrag im Rahmen der „Festlichen Stunde“ bei diesem Ihrem 57. Gementeffen zu halten. Ihr heutiges Treffen unter dem Motto: „Europas Wandel im Ost-West-Spannungsfeld“ spiegelt sowohl die Aktualität dieser Problematik als auch ihre Entschlossenheit wieder, sich als gläubige Menschen, als Katholiken mit ihr auseinanderzusetzen.

So wurde mir der „Sitz im Leben“ für meinen Vortrag vorgegeben, mit dem Titel: „Gott in Europa“ – mit Fragezeichen!

Es scheint also notwendig zu sein, die geistigen Richtlinien Europas auszuarbeiten, und zwar mit notwendiger Begrenzung auf die – für uns Christen, bzw. Katholiken, vorweggenommenen Fakten.

Die Krise unseres Kontinents

Um gefährliche Klippen des puren Pragmatismus zu vermeiden, welcher Europa in eine Verfassung eines Europas der Händler und der Bankiers hinführen würde, auf der einen Seite, oder der unfruchtbaren Visionen auf der anderen Seite, scheint es berechtigt, ja notwendig zu sein, die Zukunft Europas wieder aufzubauen auf *einem festen Felsen der andauernden Werte*.

Dies haben vor fünfzig Jahren, gerade Mitte des vergangenen Jahrhunderts, die Väter des modernen Europas Adenauer, Schuhmann und de Gasperi verstanden. Sie haben damals, und zwar als gläubige Menschen, als Christen, festgestellt, dass eine neue Ordnung auf unserem Kontinent unbedingt auf den christlichen Werten aufgebaut werden soll.

Leider, wie wir bezeugen können, wurden diese damals geltenden Werte, mit der Zeit vernebelt, auf die Seite geschoben. Die Angst vor dem Kommunismus, welche als eine zusammenbindende Kraft unter den Ländern von Westeuropa war, ist verschwunden. Heute stellen wir fest, dass jenes Ideal von Europa, begründet auf den edlen Werten, ernsthaft in Frage gestellt worden ist.

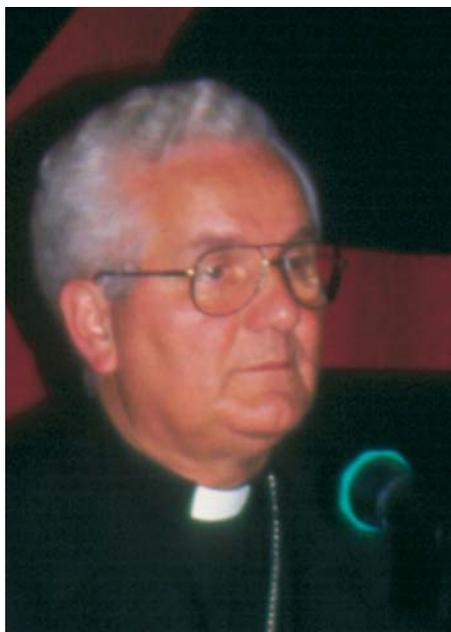
So wage ich es, bereits jetzt eine Feststellung vorzuschicken: nämlich, wir können heute über „Europas Werte in der Krise“ ohne Fragezeichen reden! Das heißt: *sie sind in der Krise!*

Diese Feststellung kann man zusätzlich bekräftigen mit den vielen und verschiedenen Veranstaltungen in den letzten Jahren, ja letzten Jahrzehnten, bei welchen über ein neues, vereinigtes Europa, ein Europa der Menschen gesprochen wurde. Immer wieder

kommt bei diesen Veranstaltungen die Sorge zum Ausdruck, die Sorge um die geistigen und ethischen Fundamente eines neuen Europas, die Sorge um ein Europa der Menschen in Freiheit, im Hinblick auf das ganze Europa vom atlantischen Ozean bis zum Ural, vom Nordpol bis zum Mittelmeer.

Sicherlich muss man sich dafür einsetzen, dass überall in der Welt der Mensch als Person und seine einmalige Würde anerkannt werde, dass man das Interesse für den menschlichen Lebensraum, für die wirtschaftlichen, sozialen, politischen, kulturellen und religiösen Verhältnisse überall in der Welt zeigt, und nicht nur in Europa, und für unsere eigenen Lebensbedingungen.

Aber wir, die Europäer, haben doch die unausweichliche Aufgabe, uns zuerst für unseren Kontinent zu interessieren, die aktuelle Lage auf diesem Kontinent kennen zu lernen, die Geschichte Europas, sowie ihre Kultur in ihrer Mannigfaltigkeit näher zu kennen und sich der gegenwärtigen Problematik im Hinblick auf die Zukunft Europas be-



wusst zu werden. Wir sollten eine möglichst umfangreiche, allseitige und unvoreingenommene Information erstreben. Es ist leider nicht selten festzustellen, ja manchmal geradezu erschreckend, wie mangelhaft das Wissen um Europa ist, besonders um die Geschichte Europas¹ – und zwar trotz Radio, Fernsehen, Zeitungen und Büchern, Tourismus und internationalen Verbindungen, Tagungen und Veranstaltungen.

Im Mittelpunkt soll der Mensch stehen

Wenn man das Geschehen der letzten Jahre, ja der letzten Jahrzehnte verfolgt, sei es auf wirtschaftlicher, politischer, kultureller oder auch auf kirchlicher Ebene, könnte man geradezu von einem historischen Kairos in den Bemühungen um ein neues Europa sprechen. Dieses neue Europa, das man je nach eigener Vorstellung und eigenem Konzept aufbauen möchte, hat verschiedene Namen. Wie bereits erwähnt, spricht man über ein vereinigtes Europa, über ein Europa der Menschen, über ein christliches, oder über ein nachchristliches Europa. Es ist jedoch festzustellen, dass allen diesen Bestrebungen vor allem drei Dinge gemeinsam sind, und zwar:

- die Überzeugung, dass *der Mensch* im Mittelpunkt aller Bemühungen stehen muss;
- die Ansicht, dass es sich um *ganz Europa* vom Atlantischen Ozean bis zum Ural, vom Nordpol bis zum Mittelmeer handelt;
- und die Meinung, dass bloß wirtschaftliche, politische oder militärische Maßnahmen für ein neues Europa *nicht genügen*. Zwar muss man der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Wirklichkeit nüchtern Rechnung tragen, aber zugleich sich umso mehr bemühen, sie zu übersteigen, und zwar aus berechtigten Gründen, worüber später noch ausführlicher die Rede sein wird.

Das Europa des letzten Jahrhunderts ist, wie allgemein bekannt, zutiefst vom tragischen Geschehen der beiden brüdermörderischen Weltkriege und ihrer verheerenden Folgen gekennzeichnet, von ideologischen, politischen, militärischen und wirtschaftlichen Gegensätzen, die leider noch immer andauern, und zwar in höchst dramatischer und zutiefst un menschlicher Weise auf dem Gebiet von Südost-Europa, in jener Region, die einmal im ehemaligen Jugoslawien künstlich zusammengeschlossen war, einem Staat, welcher im Jahre 1918 als eines der unmittelbaren Sieges- bzw. Niederlageprodukte des Ersten Weltkrieges ins Leben gerufen wurde.

Der technische Fortschritt besonders im westlichen europäischen Teil, der als seine kühnste Errungenschaft die Lösung aller Probleme zu verheißen schien, richtet sich immer bedrohlicher gegen den Menschen selbst und gefährdet sein Überleben. Säkularismus und die Auflösung sittlicher Bindungen stürzen die Menschen zunehmend in eine innere Leere und den Verlust des Lebenssinnes, in eine Orientierungslosigkeit, Existenz- und Zukunftsangst und in die Flucht vor einer verantwortlichen Lebens- und Weltgestaltung. Auch bei nicht wenigen Christen in Europa ist ein solcher Zustand festzustellen! Der Verlust des christlichen Gedächtnisses und Erbes, begleitet von einer Art praktischen Agnostizismus und religiöser Gleichgültigkeit, ist feststellbar. Deswegen zeigen sich immer aufdringlicher Versuche, dem Europa der nahen Zukunft ein Gesicht zu geben unter Ausschluss seines religiösen Erbes und speziell seiner tief christlichen Seele.

Ein um sich greifender Materialismus zwingt dem Menschen unserer Tage in den verschiedensten Formen und mit einer Aggressivität, die keinen verschont, seine Herrschaft auf. Wir erleben, dass die geheiligten Grundsätze, die sichere Führer im Verhalten des Einzelnen und der Gesellschaft waren, ausgehöhlt werden, und zwar durch falsche Vorstellungen von Freiheit, Heiligkeit des Lebens, Unauflöslichkeit der Ehe, der richtigen Einstellung gegenüber den materiellen Gütern, die uns der heutige Fortschritt bietet. In diesem Zusammenhang ist eine verbreitete Zersplitterung des Daseins festzustellen; angefangen vom Schwinden einer Konzeption der Familie überhaupt, über die Fortdauer oder das Wiederaufflammen ethischer Konflikte, über das Wiederaufleben gewisser rassistischer Verhaltensweisen und die interreligiösen Spannungen bis zur Egozentrik, welche die Einzelnen und Gruppen in sich verschließt.

Viele Leute lassen sich heute zu Hemmungslosigkeit und Konsumismus verleiten, der Wert der menschlichen Person wird nur zu

oft von dem bestimmt, was einer materiell besitzt. Wohlstand und Überfluss neigen dazu, auch wenn sie erst seit kurzer Zeit breiteren Schichten der Gesellschaft erreichbar sind, die Menschen zur Annahme zu verführen, sie hätten ein Recht auf alles, was der Wohlstand ihnen bieten kann, und das macht sie in ihren Ansprüchen immer egoistischer. Jeder wünscht volle Freiheit in allen menschlichen Beziehungen, und im Namen solcher angeblichen Freiheit werden neue Sittlichkeitsmodelle vorgestellt.

Wenn das sittliche Gefüge einer Nation geschwächt wird, wenn das persönliche Verantwortungsbewusstsein abnimmt, dann ist die Tür für die Rechtfertigung von Ungerechtigkeiten, für Gewalt jeder Art und für die Manipulation des Anderen, ja auch für die Manipulation der Mehrheit durch eine Minderheit, offen.

Die Herausforderung, vor der wir bereits stehen, ist die Versuchung als wahre Freiheit anzunehmen, was in Wirklichkeit nichts anderes ist als eine neue Form von Sklaverei. Deswegen ist es kein Wunder, dass in den Augen vieler die zunehmende Globalisierung Gefahr läuft, statt zu einer größeren Einheit der Menschheit zu führen, einer Logik zu folgen, die die Schwächsten ausgrenzt und die Zahl der Notleidenden auf unserem Kontinent und auf der ganzen Erde vermehren wird.

Kurz gesagt: Der heutige immer weiter verbreitete religiöse Agnostizismus, verbunden mit einem tiefen moralischen und rechtlichen Relativismus, welcher die moralischen Werte dämmern lässt, begünstigt eine Verbreitung jener Vorgänge, welche die Würde der menschlichen Person verletzen und die göttliche Ebenbildlichkeit des Menschen nicht wahrnehmen. Dies bedeutet ein gewichtiges Hindernis zu einer wahren humanistischen Entwicklung auf den vielen Lebensbereichen unseres Kontinentes.

Je offenkundiger und umfassender die Krise unseres europäischen Kontinentes und seiner Zivilisation zutage tritt, desto mehr Menschen empfinden die darin enthaltene geschichtliche Herausforderung und erkennen ihre Verantwortung für Europa und seine Zukunft. Jedes System aber unterliegt einem Wachstum oder einem Verfall, weil es von den Bestrebungen der Menschen abhängt, die es kontrollieren. Es ist deshalb von größter Bedeutung, dass jedermann erkennt, dass die Strukturen, die wir zu verbessern oder zu schaffen versuchen, der Freiheit und Würde der betroffenen einzelnen Menschen und auch der Völker förderlich sein müssen.

Das bedeutet, dass *sich der Mensch niemals auf ein bloßes Objekt bzw. auf eine eindimensionale Wirklichkeit als „homo oeconomicus“ oder „homo faber“ reduzieren lässt*. Und es bedeutet ebenso, dass im Mittelpunkt jeder Planung immer der Mensch stehen muss, so dass die Strukturen, die wir schaffen oder verbessern wollen, größtmöglichen Spielraum für die Freiheit und Würde jedes von einer Institution betroffenen Menschen als *einem transzendenten und transzendierenden Wesen* lassen, der sich dadurch entfaltet, dass er über sich selbst hinauswächst und seine eigenen Möglichkeiten dadurch verwirklicht, dass er gemeinsam mit seinen Brüdern und Schwestern in einer Beziehung zu Gott lebt, der unser aller Vater und die letzte Quelle

des Lebens und der Würde jedes Einzelnen ist, und nicht fälschlicherweise sich als absoluter Mittelpunkt allen Seins sieht, der also auch Gott erschafft oder selbst den Platz Gottes einnimmt!

Die Rechte aller Beteiligten berücksichtigen

Jeder Versuch, zur Errichtung einer gerechteren und brüderlichen internationalen Ordnung beizutragen, muss die tatsächliche Situation unserer heutigen Welt – hier ist die Rede von Europa – berücksichtigen. Die Herausforderungen und Probleme, von denen die Menschen mehr oder weniger in allen europäischen Staaten betroffen sind, überschreiten heutzutage die nationalen und auch die regionalen Grenzen. Staatsführer können ihre Politik nicht mehr nur im Hinblick auf ihre eigenen nationalen Interessen gestalten. Entscheidungen, die zum Wohl des Landes oder einer Region in wirtschaftlicher, sozialer und politischer Hinsicht getroffen werden, beeinträchtigen notwendigerweise andere Völker, Nationen und Regionen.

Die Erfahrung belehrt uns auch über die *großen Schwierigkeiten*, denen der sich im Gang befindliche Einigungsprozess auf den verschiedenen Ebenen begegnet, und das nicht nur innerhalb und zwischen den Ländern Westeuropas; ganz zu schweigen, wenn wir an das ganze Europa von Atlantik bis zum Ural denken. Dies darf jedoch niemanden überraschen und noch weniger entmutigen. Soll die neu zu suchende und zu verwirklichende Einheit im europäischen Kontinent und darüber hinaus wirklich lebensfähig und von Dauer sein, muss sie notwendigerweise die *legitimen Rechte aller Beteiligten berücksichtigen* und sie organisch in sich integrieren. Dieser Reifungsprozess kann natürlicherweise nur langsam erfolgen. Entscheidend ist, dass man auf dem einmal eingeschlagenen Weg, zu dem es letztlich keine sinnvolle Alternative gibt, nicht stehen bleibt, sondern beharrlich und mit Geduld – wenn auch nur in kleinen Schritten – voranschreitet.

Es ist und bleibt ein erstrebenswertes Ziel, dass Europa auch im politischen Bereich mehr und mehr eine gemeinsame Sprache spricht und zu einer einheitlichen Willensbildung in den wichtigen Lebensfragen findet. Mehr denn je ist die Stimme Europas als Ganzes zur Lösung aktueller Weltkrisen gefragt; umso größer ist dann die Enttäuschung, wenn periphere wirtschaftliche Probleme, Mangel an Zusammenarbeit oder nationale Vorbehalte scheinbar unüberwindliche Hindernisse auf türmen. Es ist an der Zeit, dass nationale Egoismen abgebaut werden, die zwar lokale Bedeutung haben mögen, aber zusammenschrumpfen, wenn man sie ehrlich mit den wahren Problemen der Menschheit vergleicht. Auf diese muss Europa baldmöglichst eine gemeinsame solidarische Antwort geben, zuerst für die Einwohner im eigenen Haus, und dann auch für die übrige Welt.

Kirche und der Einigungsprozess Europa

Obwohl es der Kirche nicht zusteht, sich zugunsten der einen oder anderen institutionellen oder verfassungsmäßigen Lösung für Europa zu äußern und sie daher gewillt ist, die berechnete Autonomie der demokratischen Ordnung zu achten², erachtet sie es doch als ihre Aufgabe, die Verantwortlichen nachdrücklich darin zu ermutigen und zu

gleich darauf hinzuweisen, dass der Einigungsprozess Europas – über die wünschenswerten technischen, militärischen und politischen Vereinbarungen hinaus – sein tragendes Fundament und seinen Nährboden in einer ebenso dringlich zu machenden geistigen und moralischen Erneuerung der abendländischen Kultur haben muss. Hier fühlt sich die Kirche selbst in einer besonderen Weise unmittelbar herausgefordert.

Warum?

Es dürfte allgemein bekannt sein, dass sowohl die europäische Geschichte als auch die Gegenwart, die europäische Kultur und die Kunst, so sehr vom Christentum geformt waren und sind, dass es ein völlig entchristlichtes oder gar atheisches Europa nicht gibt. Begriffe, wie Menschenwürde, Unantastbarkeit der Person, persönliche Verantwortung, Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Gemeinschaft sind nicht ursprünglich typisch christliche Werte und Verhaltensmaximen; es besteht auch kein christlicher Monopolananspruch auf sie, und sie können daher dem Nichtchristen wertvoll und einsichtig sein. Sie stammen als Leitbilder in ihrer Urform aus vorchristlicher Zeit: Sokrates, Plato, Aristoteles und ihre Schüler haben sie bereits im 5. und 4. vorchristlichen Jahrhundert postuliert als ethische Forderungen an den Menschen. Auch der moderne Atheist zehrt unbewusst an diesem geistigen Erbe, wie der Christ es bewusst tut.

Was das Christentum diesen Werten hinzugefügt hat, war nicht nur eine neue Motivierung ihres Gewichts, sondern die transzendente Hinwendung auf den Erlösergott, den Schöpfer allen Lebens.

Heute stehen wir hier in Europa zweifellos vor einer epochalen Wende. Hinter dem größten Teil der Europäer liegen blutige und unerhörte Tragödien, aus denen die meisten – leider nicht alle heutigen Südost-Europäer – glücklich herausgekommen sind, ohne allerdings auch schon für die Welt des Friedens, die alle normalen Menschen sich wünschen, vorbereitet zu sein. Wir erleben vielmehr einen Übergang der Geschichte Europas und der Welt, der durch absurde Konflikte gestört wird, und dies auf einer weltumspannenden Szene mit tausend Widersprüchen. Niemand von uns ist in der Lage, die Zukunft vorzusehen. Wir wissen freilich, dass die Welt so sein wird, wie wir sie wollen. Zu dieser gemeinsam übernommenen Verantwortung wollen und sollen wir Christen in Europa den Beitrag unserer gediegenen Hoffnung leisten, welche sich auf die Gewissheit gründet, dass der Mensch nicht allein ist. Denn als Christen behaupten wir, dass „Gott hat die Welt so sehr geliebt, dass er seinen eingeborenen Sohn hingegeben hat (Joh 3,16). Er ist ein Gott, der Vater und Freund ist, der trotz seines scheinbaren Schweigens zum Weggefährten des Menschen geworden ist.“

Als Voraussetzung für eine wünschenswerte Zukunft Europas, scheint mir, dass zweierlei nicht stattfinden dürfte, nämlich, die Verbanung Gottes aus dem öffentlichen Lebens Europas und die Erklärung der Autonomie des Vernunftdenkens. Selbst das Naturrecht kommt nur eine gewisse Strecke, aber nicht sehr lange, ohne Gott aus.

Der Gott, an den die meisten Europäer in West- und Ost-Europa glauben, ist der Gott

Jesu Christi, ist der Gott, zu dem sich das Christentum bekennt. Deswegen kann die Kirche mit Recht behaupten, dass sie Europa das kostbarste Gut anzubieten hat, das ihm niemand anderer zu geben vermag; eine Gabe, welche der geistigen und kulturellen Einheit der europäischen Völker zugrunde liegt, und die noch heute und in Zukunft einen wesentlichen Beitrag zu ihrer Entwicklung und Integration darstellen kann: Jesus Christus, lebendig in seiner Kirche. Und der Geist der Kirche, des Christentums, hat sein Zentrum im Kreuz Christi und seiner Auferstehung. Ohne diese Bereitschaft zum Kreuz und zum Opfer verliert Europa sein geistiges Fundament. Die Bereitschaft zum Opfer muss sich zeigen als Mut zum Einsatz auch

terialismus ist frei, die Gemeinschaft zerfällt. Wenn dann die innere Ordnung im Menschen zerfällt, wird man von außen Ordnung schaffen müssen, und dann beginnt fast in der Regel die Stunde der Gewalt. Dann schlägt leicht die Freiheit in Diktatur um. Wenn man ein geistiges Vakuum schafft, muss man damit rechnen, dass Stürme kommen, denn jedes Vakuum lockt den Sturm an. Dass dies sehr zutrifft, habe ich persönlich in den vergangenen Jahren der furchtbaren Tragödie in meiner Heimat – Bosnien und Herzegowina – unzählige Male immer wieder erleben müssen!³

Es besteht, meiner Meinung nach, eine bedrückende Gefahr, dass Europa zu einem bloß technokratischen Monstrum wird. Ich glaube, aber, dass wir in Europa weder ein bloß technokratisches noch ein totalitäres Europa wollen. Wir wollen kein totalitäres Europa, weil wir sonst unsere Seele verraten würden! Wir wollen unser Gewissen nicht preisgeben, denn eine totalitäre Macht setzt sich selber an die Stelle des Gewissens. Für sie gibt es kein Gewissen, dem man mehr gehorchen muss als dem Menschen.

Ich möchte an dieser Stelle an die engste Verbundenheit der Kirche mit der ganzen Menschenfamilie erinnern, wie sie das 2. Vatikanum ausdrücklich in der Pastoralkonstitution GS „Die Kirche in der Welt von heute“⁴ betont. Und was Europa selbst betrifft, ist es weitläufig und tief-

greifend vom Christentum durchdrungen worden.

Wie das Christentum im ersten Jahrtausend Europas das griechisch-römische Erbe und die Kultur der Germanen, Kelten, Slawen, Ungarn und Finnen, sowie die jüdische Kultur und auch teilweise die islamische Welt, integriert und einen gemeinsamen europäischen Geist Leben verliehen hat, so kann es auch heute – wenn auch leider noch immer in der eigenen schmerzlichen Spaltung – wirksam dazu beitragen, dass die verschiedenen Völker dieses Kontinentes aus ihrer großen kulturellen und nationalen Vielfalt eine neue gemeinsame europäische Zivilisation schaffen. Die Förderung einer solchen Erneuerung und Gemeinschaftsbildung hängt zu einem wesentlichen Teil von der Stärkung und Vertiefung der grundlegenden moralischen und geistigen Werte ab, jener Werte, die das Christentum selbst die Völker Europas in der Vergangenheit schätzen und leben gelehrt hat, nämlich:

- die Würde der menschlichen Person und ihre unveräußerlichen Grundrechte,

- die Unantastbarkeit des Lebens,
- Freiheit und Gerechtigkeit,
- Mitmenschlichkeit und Solidarität besonders mit den Armen und Entrechteten,
- sittliche Verantwortung für die eigene Lebensgestaltung und das Gemeinwohl,
- Einsatz für die unterentwickelten Völker,
- christliche Weltgestaltung und Pflege des kulturellen und religiösen Erbes.

Europa – demnach – kann sich wünschenswert nur dann und nur so erneuern und wieder zu sich selber finden durch die Erneuerung jener gemeinsamen Werte, denen es seine eigene Geschichte, sein wertvolles Kulturgut und seine Sendung in der Welt verdankt.

Der Papst als Mitgestalter der Zukunft Europas

Solche klare Behauptungen findet man immer wieder in den Äußerungen der jetzigen Papstes Johannes Paulus II. So sagte er in einem seiner bekanntesten Appelle⁵ an das geeinte Europa: „Europa; finde wieder zu dir selbst! Sei wieder du selbst! Besinne dich auf deinen Ursprung! Belege deine Wurzel wieder! Beginne wieder jene echten Werte zu leben, die deine Geschichte ruhmreich gemacht haben, und mach deine Gegenwart in den anderen Kontinenten segensreich! Bau deine geistige Einheit wieder auf in einer Atmosphäre voller Achtung gegenüber den anderen Religionen und den echten Freiheiten! Gib Cäsar, was des Cäsars ist, und Gott, was Gottes ist! Im Stolz auf deine Errungenschaften vergiss nicht die möglichen negativen Konsequenzen! Betrübe dich nicht über den quantitativen Verlust deiner Größe in der Welt oder wegen der dich jetzt durchziehenden sozialen und kulturellen Krisen. Noch immer kannst du Leuchtturm der Zivilisation und Anreiz zum Fortschritt für die Welt sein.“

In seiner viel beachteten Ansprache vor dem Europäischen Parlament in Straßburg⁶ gab er den Europäern folgende, prophetisch klingende Anweisungen:

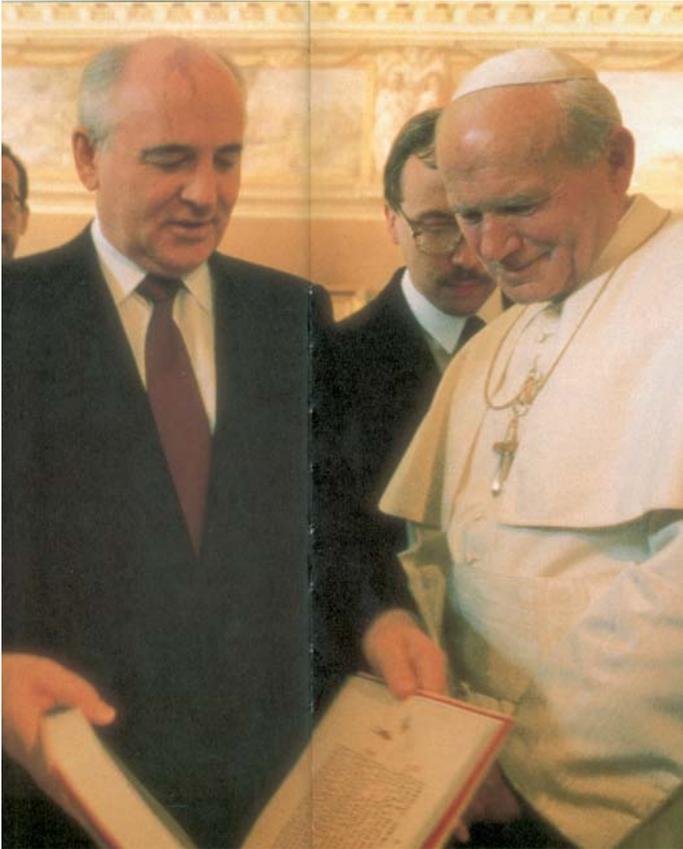
„Drei Bereiche möchte ich in Erinnerung rufen, in denen, wie mir scheint, das integrierte Europa von morgen – offen zum Osten des Kontinents hin – großzügig gegenüber der anderen Hemisphäre wieder die Funktion eines Leuchtturms in der Weltzivilisation einnehmen sollte:

- Zunächst die Versöhnung des Menschen mit der Schöpfung, indem er darauf achtet, die Unversehrtheit der Natur zu bewahren, ihre Fauna und ihre Flora, ihre Luft und ihre Flüsse, ihre subtilen Gleichgewichte, ihre begrenzten Ressourcen, ihre Schönheit, welche die Herrlichkeit des Schöpfers preist.

- Ferner die Versöhnung des Menschen mit seinesgleichen, indem die Europäer aus verschiedenen kulturellen Traditionen und geistigen Familien sich gegenseitig akzeptieren, aufgeschlossen gegenüber dem geistigen Reichtum der Völker anderer Kontinente.

- Schließlich die Versöhnung des Menschen mit sich selbst: ja, die Bemühung, eine umfassende und vollständige Sicht des Menschen und der Welt wiederherzustellen, gegen die Kulturen der Verdächtigung und der Entmenschlichung, eine Sichtweise, bei der die Wissenschaft, die technische Kapazität und die Kunst den Glauben an Gott nicht ausschließen, sondern dazu herausfordern.“

Es dürfte wahr sein, dass jetzt, nach einem halben Jahrhundert seit den Kriegskatastro-



Johannes Paul II. empfängt den sowjetischen Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow, 1. 12. 1989.

für geistige Werte und Ideale. Wenn diese Opferbereitschaft fehlt, dann wird Europa den zerstörenden Kräften überlassen sein. Die geistigen Werte des Christentums sind alle nur zu haben um den Preis des Opfers.

Wo diese Bereitschaft, dieser Mut zum Opfer fehlt, so lehrt die Erfahrung, dort übernehmen leicht die menschlichen Triebe die Herrschaft. Dort beginnt das Werk der Zerstörung, der Zersetzung, der Ichsucht und der Aggressionen. Wo das Opfer fehlt, dort beginnt der Verfall, der Zweifel, der Egoismus.

Europa braucht für seine Einigung einige wesentliche Grundsätze und Werte, die nicht im Streit stehen. Denn, „wo der Primat der geistigen Werte überhaupt fehlt, dort wird das Leben verwüstet durch die Vorherrschaft der wirtschaftlichen Interessen (Kardinal Franz König). Dann werden die Bedürfnisse künstlich aufgestachelt, der Weg in den reinen Ma-

phen und der verhängnisvollen Teilung Europa eine historische Chance geboten wird, die früheren Widersprüche zu überwinden, sich mit sich selbst zu versöhnen und sich unerschrocken für ein gemeinsames Schicksal zu engagieren.

Diesbezüglich und vor dem Hintergrund eines Europas, das durch 20 oder wie viel immer Millionen Arbeitslose und 50 Millionen Arme hart getroffen ist, ist ein Ruf, ein Appell, neben dem wirtschaftlichen Europa auch ein soziales Europa zu schaffen, berechtigt, ja erforderlich. Wenn der Mensch der Schöpfer, der Mittelpunkt und das Ziel jeglichen wirtschaftlich-sozialen Lebens ist,⁷ muss auch unsere Vision von Europa der Zukunft entsprechend sein: d. h. *unser Europa soll ein Europa der Bürger werden, in dem die Umwelt geschützt wird, eine Kulturgemeinschaft und Wertegemeinschaft, ein Raum für einen gerechten Frieden, ein Europa der Hochschätzung der Grundmenschrechte und Grundfreiheiten, ein Europa das solidarisch ist mit allen Entrechteten.*

So sehe ich auch die Aufgabe für uns Christen in Europa, uns entschlossener und über-

das Prinzip einbauen, dass der Staat im Dienst der Bürger steht und nicht umgekehrt. Aus solch einem Prinzip folgt eine Reihe von Folgerungen, wie:

- Hochachtung, Unterstützung und Verteidigung des menschlichen Lebens, der Ehe und der Familie;

- das Recht auf die Heimat, auf die eigene Identität, auf die Beschäftigung, auf die soziale Gerechtigkeit, Bewegungsfreiheit, Religionsfreiheit, Demokratisierung der Gesellschaft, Mitverantwortung aller Bürger für das gemeinsame Wohl – sowie für alle anderen Menschen – und Bürgerrechte und -Freiheiten;

- ebenso müssten in einer Verfassung Europas ihren Platz finden jene Werte, welche eine der größten moralischen Autoritäten der Gegenwart, Papst Johannes Paul II., unaufhörlich in seiner Vision eines neuen Europa betont, nämlich die Rückkehr zu den wahren Wurzeln Europas, dem humanistischen Erbe einer griechisch-römischen Zivilisation und der jüdisch-christlichen Tradition;

- auch muss Europa wieder alle seine Teile

streben. Es muss wieder sein reiches Kulturerbe wiederbeleben, und auch die neuen eigenen Wege seiner Kultur finden, wo die positiven Elemente und Modelle in der Literatur, in den Massenmedien, besonders im Fernsehen und den Filmen, wie auch im Theater zum Ausdruck gebracht werden.

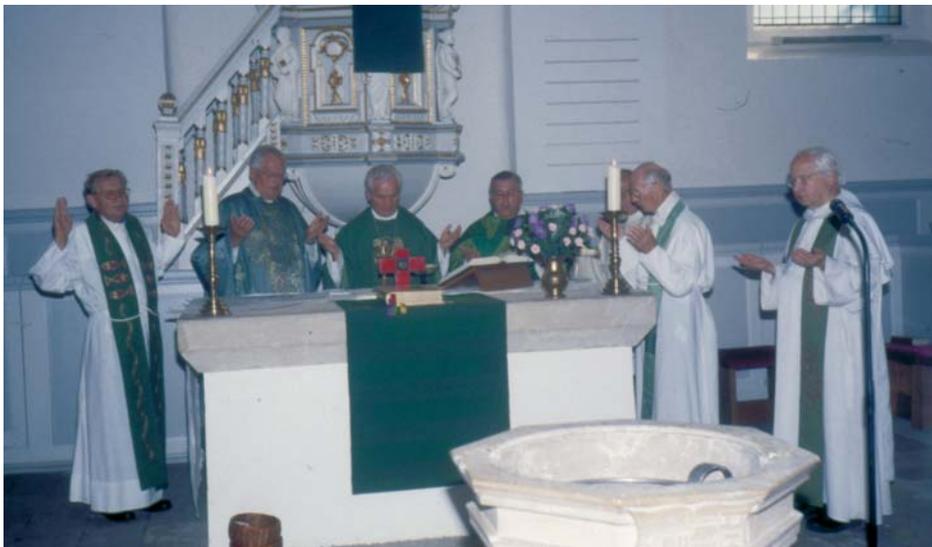
Es sei auch noch erwähnt, dass eine große Herausforderung für ein neues Europa zweifelsohne das Phänomen der Globalisation ist, wo eine Nivellierung und Homogenisierung allen kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Gegebenheiten fast notwendig wird. Kann Europa seine Identität dabei bewahren? Ich glaube, dass Europa, besonders mit seinen beiden Lungenflügeln, wieder eine führende Rolle in den Weltereignissen übernehmen könnte – in einem möglichen Prozess der Globalisierung – wo es *seine authentischen Werte* den anderen Kontinenten anbieten kann.

In dem jüngsten nachsynodalen Apostolischen Schreiben „Ecclesia in Europa“⁴⁸ hebt der Hl. Vater Johannes Paul II. u. a. hervor: *„Europa benötigt bei der Bewusstwerdung seines geistigen Erbes einen qualitativen Sprung. Dieser Impuls kann ihm nur von einem erneuerten Hören auf das Evangelium Christi zukommen... Ich wiederhole noch einmal an dich, Europa... kehre du selbst um! Sei du selbst! Entdecke wieder deine Ursprünge. Belebe deine Wurzeln!... Fürchte dich nicht! Das Evangelium ist nicht gegen dich, sondern es ist auf deiner Seite. Dies bestätigt die Feststellung, dass die christliche Offenbarung den politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Zusammenschluss in eine Form des Zusammenlebens verwandeln kann, in der sich alle Europäer zu Hause fühlen und eine Familie von Nationen bilden, von der sich andere Regionen der Welt fruchtbar inspirieren lassen können.“*

Europa muss seine echten Farben wieder vor den anderen bekennen können! Wenn Europa den anderen, der modernen Welt ein Vorbild sein will, muss es die anderen achten, muss sich für die anderen aufmachen. Es geht dabei weder um eine verschleierte kulturelle Kolonisierung, noch um einen neuen europäischen Imperialismus. Vielmehr handelt es sich dabei um eine edle Mission eines neuen Europa, durch welche es seine Fehler und Sünden aus der Vergangenheit loskaufen kann; wie z. B. die Kolonisierung in der Dritten Welt, Kriege und Eroberungen, Sklavenhandel, den starren Imperialismus intereuropäischen Kriege usw. Europa müsste ein Bienenstock einer wahren Demokratie werden, einer echten Hochachtung und Förderung der Menschenrechte, ein wertvoller Förderer einer neuen Weltordnung im Frieden, der Gerechtigkeit und der Solidarität.

Dies alles, was bis jetzt gesagt wurde, könnte wie eine Utopie aussehen, eine utopistische Vision eines Ihrer Zeitgenossen, der die furchtbaren Grausamkeiten eines modernen europäischen Krieges auf der eigenen Haut zu spüren bekommen hat, jahrelang die verhängnisvolle Zertretung der menschlichen Würde und aller Menschenrechte und Freiheiten in diesem Teil Europas ansehen musste und die bitteren Enttäuschungen von der Seite der vielen heutigen europäischen Vertreter erlebt hat, die „ex officio“ zuständig sind für die wünschenswerte Lösung dieser europäischen Krankheit.

Trotz alledem hat er den Glauben an eine



Festhochamt in Gemen – Bischof Franjo Komarica in Konzelebration mit sechs Priestern aus Belgien, Deutschland, Polen und der Schweiz.

zeugender für die soziale, aber auch für die religiöse, ethische und kulturelle Dimension des europäischen Aufbaus einzusetzen. Die Notwendigkeit aber auch die Verpflichtung zur Humanisierung der europäischen Gesellschaft im Geiste des Evangeliums macht eine Präsenz ausgebildeter und kompetenter, natürlich auch williger Christen in der verschiedenen europäischen Instanzen und Institutionen notwendig.

Wohin steuert Europa?

In dem für dieses Treffen gewählten Thema: „Europas Wandel“ haben wir am Anfang dieser Überlegungen festgestellt, dass für die Zukunft Europas wichtig sind die klar gestellten geistigen Richtlinien. Noch einmal, wollen wir, zusammenfassend, Folgendes hervorheben: Ein vereinigtes Europa in der Achtung der Verschiedenheiten seiner Mitgliedstaaten, müsste seine Verfassung auf einem prinzipiellen, fundamentalen Wert der Hochachtung der Menschenrechte ausarbeiten. Das heißt, dass auch dieser „Superstaat“ Europa im Dienst der Würde und der Rechte der menschlichen Person – und zwar des Menschen als Ebenbildes Gottes – stehen soll. Man müsste in die Verfassung Europas auch

integrieren und wieder mit beiden Lungenflügeln zu atmen beginnen.

Und noch etwas ist zu bedenken, gerade im Hinblick auf das Ost-West Spannungsfeld: Das bisherige Europa wird seine jetzige Achse verlassen müssen, welche mit dem Rhein übereinstimmt. Es wird vonnöten sein, ein neues Zentrum zu gründen, vielleicht im Mittelmeerraum (Rom?!), und dann gleichzeitig in die anderen Teile Europas auszustrahlen, sowohl das Rhein-, als auch das Donau- und das Weichseltal entlang, um so ein ganzes Europa – und nicht wie bis jetzt nur einen kleinen Teil – zu verwirklichen.

Die geistigen Grundkoordinaten für den Aufbau Europas sind wesentlich religiöser Natur und sie bringen ein transzendentes Verständnis des Menschen und seiner Geschichte mit sich. Ein neues Europa müsste neben der geographischen, wirtschaftlichen, monetären und politischen Union, auch nach einer kulturellen und religiösen Integration

Hanseatischer Reichtum und preußische Tugend

Besichtigungsfahrt für die ausländischen Gäste

Es war ein sehr warmer Sommertag, der 2. August 2003, als die 50 Gäste der Gemener Tagung mit dem Bus in die Hansestadt Wesel fahren. „Hansestadt Wesel? Ach, dann fahren wir ans Meer?“ fragten spontan einige Teilnehmer. Nein, Wesel liegt am Rhein und gehörte 262 Jahre lang seit 1407 dem

Ben hier einen Festungs- und Garnisonsstandort aufbaut. Dennoch besetzten 1805 Napoleons Truppen die Stadt. Von hier ging der Widerstand der preußischen Offiziere unter Führung des Majors Ferdinand von Schill gegen die Besatzungsmacht aus. Ein Denkmal in der Nähe der Rheinwiesen erinnert an das Scheitern



Hanse-Bund an, denn hier war die Rheinüberquerung möglich. So profitierte der Ort vom Handel zwischen Osteuropa und den niederländischen Häfen und handelte auch mit eigener Webware.

Als Zeugnis des Reichtums aus der Hansezeit ist heute noch der Willibrordi-Dom zu besichtigen, der am Anfang auf dem Programm stand. Die aktuelle spätgotische Basilika stammt aus dem Anfang des 16. Jahrhunderts.

Im 17. Jahrhundert wird Wesel preußisch. Die strategisch günstige Lage bewirkt, dass Preu-

mögliche, menschenwürdige Zukunft aller europäischen Bewohner vom Atlantik bis zum Ural nicht verloren. Vielmehr fühlt er sich auch persönlich verpflichtet, mit allen Kräften – und zwar zusammen mit ihnen allen und vielen anderen Zeitgenossen – sich in Europa für eine solche Zukunft Europas einzusetzen.

Gerade dieser letzte Krieg auf dem europäischen Boden in dem kriegreichen 20. Jahrhundert hat gezeigt, dass eine Wahrheit sich immer wiederholt, nämlich, dass materieller Wohlstand und Zivilisation rasch verfallen, wenn ihr geistiger Kern abstirbt. Wofür man zu kämpfen nicht bereit ist, verliert man. Die Folgen des Verlustes sind bitter.

Die Erfahrung zeigt, dass in dieser heutigen Zeit die geistigen Auseinandersetzungen für die Gestaltung der Zukunft unseres Kontinentes die letztlich entscheidenden sein werden. Wenn wir nicht mit den Waffen des Geistes und der sittlichen Selbstbehauptung für ein Europa der Zukunft zu kämpfen bereit sind, wenn wir nicht die Kraft unseres Glaubens und unserer sittlichen Werte in die Waagschale werfen können, wenn nicht eine vom Christentum mindestens mitgeformte

um untergebracht. Auf dem Reststück der Festungsanlage steht die Friedenskirche der heiligen Engel, eine Votivkirche der Überlebenden des letzten Kriegsangriffes. Diese Kirche beeindruckte uns mit ihren großen, farbintensiven Fenstern.

Bald stiegen wir eine Stahltreppe herab und befanden uns in Festungsgängen mit Schießscharten. Hier sahen wir die Stärke der Wehrmauern, wie sie auch in den Speiseräumen der Gemener Wasserburg zu sehen sind. Die Gemeinde hat hier ihren Taufstein aufgestellt und eine Kapelle eingerichtet. Zu un-

tergebracht. Auf dem Reststück der Festungsanlage steht die Friedenskirche der heiligen Engel, eine Votivkirche der Überlebenden des letzten Kriegsangriffes. Diese Kirche beeindruckte uns mit ihren großen, farbintensiven Fenstern.

Bald stiegen wir eine Stahltreppe herab und befanden uns in Festungsgängen mit Schießscharten. Hier sahen wir die Stärke der Wehrmauern, wie sie auch in den Speiseräumen der Gemener Wasserburg zu sehen sind. Die Gemeinde hat hier ihren Taufstein aufgestellt und eine Kapelle eingerichtet. Zu un-

Solidarität die Völker und Menschen Europas zu verbinden vermag, werden wir Europa nicht bewahren und nicht neu gewinnen können, also auch nicht in besserer Verfassung erleben können.

Ich danke Ihnen, dass ich Ihnen diese Gedanken vortragen durfte.

¹ Ein namhafter europäischer Politiker hat mir persönlich in einem Gespräch im Frühjahr 1996 zugestanden, dass er „auf Grund der verhängnisvollen Unkenntnis, die verhängnisvollen Urteile und Anordnungen gemacht hat bei dem Ausbrechen des Krieges in Kroatien und Slowenien im Jahre 1991.“

² Siehe: Johannes Paul II.: „Enzyklika Centesimus annus“ (1. Mai 1991), 47, AAS 83 (1991), 852

³ In mehreren Gesprächen während des Krieges mit den serbisch-orthodoxen Bischöfen aus Bosnien und Herzegowina sagten sie mir mit Trauer und Jammer, dass ihr „Volk deswegen so tief gesunken ist, weil ihm der Atheismus während des vergangenen kommunistischen Regimes die Seele *getötet* hat“.

⁴ „Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Menschen von heute, besonders der Armen und Bedrängten aller Art, sind auch Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Jünger Christi. Und es gibt nichts wahrhaft Menschliches, das nicht in ihren Herzen seinen Widerhall fände“ (GS 1)

⁵ Anlässlich der Europafeier in Santiago de Compostella, am 9. November 1982

⁶ Gehalten am 11. Oktober 1988.

⁷ Vgl. Das II. Vaticanum, GS 63.

⁸ Am 28. Juni 2003. – Zweite Sonderversammlung der Bischofssynode für Europa 1999. Nr. 120

serer Überraschung ging es dann noch eine Treppe hinab, wo in den breiten Gängen einst Soldaten lagerten.

Langsam fröstelten wir in den Tiefen der Festungsanlage in unserer sommerlichen Kleidung und so war es wieder angenehm warm, als wir uns vor dem Kircheneingang zum Gruppenfoto zusammenstellten. „Ich wusste nicht, dass Preußen so weit in den Westen reichte“, meinte ein Teilnehmer nach der Besichtigung der Zitadelle.

Heute wirbt Wesel mit seiner hanseatischen Vergangenheit und strebt 2007 die Grundsteinlegung für ein Rathaus an, wie es im 17. Jahrhundert, der Blütezeit der Stadt, stand. Wenn das fertig gestellt ist, kommen wir wieder nach Wesel. **Brigitte Ordowski**

ZUM GEDENKEN

■ Einen Monat vor Vollendung ihres 75. Lebensjahres starb am **1. Dezember 2003** in Berlin **Christel Mosler**, geb. Gehrmann. Der Verlust der Heimat war für die am 1. 1. 1929 in Danzig-Langfuhr geborene verbunden mit einer Leidenszeit als Zwangsarbeiterin in Kasachstan von April 1945 bis August 1947, deren Erfahrungen sie für ihr weiteres Leben prägten. In Berlin fand sie eine neue Heimat und wurde Dipl.-Sozialpädagogin, widmete sich aber nach der Heirat 1957 als Mutter von vier Kindern vor allem ihrer Familie. Die bleibende Bindung an die alte Heimat konnte man bei den Begegnungstreffen des Adalbertus-Werkes in Berlin spüren, an denen Christel Mosler bis zu ihrer schweren Erkrankung häufig teilnahm.

■ **Thekla Quinkert**, die am **10. Februar 2004** in Bochum im Alter von 98 Jahren verstarb, wurde am 16. 1. 1906 in Königsberg geboren, wuchs aber in Danzig auf. Mit ihren beiden Schwestern war sie Schülerin der Marienschule und gehörte in ihrer Jugendzeit zum Kreis der „Couleurdamen“ der Katholischen Studentenverbindung Baltia Danzig im CV. Ihr Beruf als Säuglingsschwester erhielt sie auch nach dem Umzug der Familie nach Bochum 1936 weiter jung, die Liebe zur Heimat ließ sie zu einer regelmäßigen Teilnehmerin der Gementreffen und der Bildungstagungen in Essen-Werden werden. Viel bedeutete ihr die Gemeinschaft mit ihren Schwestern, denen gleich ihr die Gnade hohen Alters geschenkt war: Gertrud (*1904) starb im März 2003, Hildegard (*1902) im Mai 2003, sie selbst nun als Jüngste nur wenige Monate später.

■ Am **10. Februar 2004** wurde auch **Pfarrer Msgr. Norbert Schütz** in Düsseldorf von Gott heimgerufen, nachdem er viele Jahre das Kreuz schwerer Krankheit tragen musste. Am 18. 7. 1928 in Danzig geboren, musste er mit seinen Eltern und drei Geschwistern 1945 die Heimat verlassen, studierte in Köln Theologie und wurde am 25. Juli 1952 von Joseph Kardinal Frings zum Priester geweiht. Dreimal stellte ihn Gott an besondere Brennpunkte der Seelsorge: zuerst 1953–1958 als Vikar in Fischenich, wo er einen kranken Pastor vertreten musste, zum zweiten 1959–1962 als Seelsorger im Heimkehrerlager Friedland und dann von 1963–1996 als Pfarrer der neugegründeten Gemeinde St. Norbert in

Düsseldorf-Garath. Dort baute er in der entstehenden Trabantenstadt eine Großpfarrei mit Pfarrkindern aus vielen Nationen und mit vier neuen Kirchen auf, von denen ich als Architekt die erste gemeinsam mit ihm planen und gestalten durfte. Von 1973–1989 war er zudem Dechant des Dekanats Düsseldorf-Benrath. Norbert Schütz war engagiertes Mitglied des Bundes Neudeutschland. Er hing auch sehr an seiner Danziger Heimat, war Teilnehmer schon des ersten Gementreffens 1947 und mancher weiterer. Sein großes Anliegen war die Ökumene. Gesprächsabend in seinem Pfarrhaus waren stets Begegnungen der Freundschaft und Erlebnisse der Glaubensstärkung, aber auch der Ermutigung zur kritischen Auseinandersetzung mit Kirche und Welt.

■ Am **18. Februar 2004** starb in Bonn **Lucia Schmitz**, geb. Hevelke, eifriges Mitglied des Adalbertus-Werkes und – so lange es ihre Gesundheit zuließ – stets Teilnehmerin der Gementreffen und vieler regionaler Bildungstagen. Geboren am 1. 12. 1932, wurde sie nach der Vertreibung aus der Heimat in Berlin Krankenschwester, ein Beruf, dem sie sich mit großem Einsatz im Dienst am Nächsten widmete. Daneben engagierte sie sich in ihrer Gemeinde und war ein treues aber auch kritisch mitdenkendes Mitglied der Kirche, was bei ihrer Mitarbeit auf den Tagen immer wieder deutlich wurde.

■ In Essen-Werden starb am **6. März 2004** Konsistorialrat Prälat Professor **Dr. Gerhard Fittkau** im Alter von 92 Jahren. Mit ihm verlor die ermländische Kirche – aber auch die gesamte Schar der katholischen Vertriebenen – einen ihrer hervorragendsten Priester, zugleich Bestseller-Autor, Zwangsarbeiter und „Bettler“. Sein Buch „*Mein 33. Jahr*“, in dem er seine Verschleppung und seine Zwangsarbeiter-Zeit im „Archipel Gulag“ beschrieb und das in acht Sprachen übersetzt wurde – nach der „Wende“ auch ins Russische und Polnische – hat weltweit eine Auflage von mehr als 100.000 Exemplaren erreicht. Wegen seiner Verdienste um die Versöhnung ernannte ihn 1989 der polnische Erzbischof Dr. Edmund Piszcz (Allenstein) zum Ehrendomherrn von Frauenburg. Bereits 1982 hatte Papst Johannes Paul II. ihn zum Apostolischen Protonotar ernannt.

■ An seinem 85. Geburtstag, am **19. März 2004**, starb in Leutesdorf bei Neuwied **Prof. Dr. h. c. Joseph Stingl**, von 1968–1984 Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, als solcher der deutschen Öffentlichkeit bekannt. Weniger im Bewusstsein ist, dass Joseph Stingl sowohl einer der bedeutendsten katholischen Vertriebenenpolitiker war – 1970–1991 Bundesvorsitzender der sudeten-deutschen Ackermann-Gemeinde, Mitglied der Arbeitsgemeinschaft der katholischen Vertriebenenorganisationen und des Katholischen Flüchtlingsrates – als auch einer der profiliertesten Sozialpolitiker im Nachkriegsdeutschland, dessen Mitwirken im Deutschen Bundestag 1953–1968 eine Reihe von richtunggebenden Gesetzen ihre Ausprägung verdanken. Viele Jahre war er Mitglied des Zentralkomitees der deutschen Katholiken,

war Initiator des *Internationalen Instituts für Nationalitätenrechts und Regionalismus (Intereg)*, wurde Ehrendoktor der Universität Speyer und Honorarprofessor der Universität Bamberg. Geboren war er im Egerland in Maria Kulm, ganz nahe der Wallfahrtskirche. Seinem Wesen war eine tiefe Frömmigkeit und außerordentliche Bescheidenheit eigen. Zugleich hatte er eine besondere dynamische und überzeugende Art, andere zum Engagement für Verständigung und Versöhnung mit den osteuropäischen Völkern zu begeistern.

Allen Verstorbenen schenke Gott Vollendung und ewigen Frieden! **G. N.**

GLÜCKWÜNSCHE

■ Am **7. März 2004** versammelte sich in der kleinen Pfarrkirche in Steinau-Marborn gemeinsam mit der Gemeinde – die er als Subsidar schon fast 20 Jahre lang betreut – auch eine kleine Abordnung des Adalbertus-Werkes, um mit **Prälat Johannes Goedeke** sein **eisernes Priesterjubiläum** zu feiern, also jenes Tages – 5. März 1939 – zu gedenken, an dem er vor 65 Jahren in der Kathedrale zu Oliva von Bischof Dr. Carl Maria Splett zum Priester geweiht wurde. Es soll hier nicht erneut das Leben und Wirken des Jubilars dargestellt werden (nachzulesen in Nr. 1/ März 1999), doch ist es „würdig und recht“, zunächst Gott und dann auch ihm selbst wieder von Herzen Dank zu sagen. Auch die vergangenen fünf Jahre seit dem diamantenen Jubiläum waren Jahre des Sich-Verschens-



kens an alle, denen er sich in seiner priesterlichen Sorge widmet, nicht zuletzt auch immer wieder den Mitgliedern und Freunden des Adalbertus-Werkes, dessen Geistlicher Beirat er 1975–1996 war und dessen Ehrenmitglied und Ehrenpräses er – der der Vollendung seines 90. Lebensjahres am 13. Juli 2004 entgegensteht – seit 1996 ist.

■ Am **21. März 2004** feierte in Essen **Johannes Schilke** im Kreise seiner großen Familie seinen **80. Geburtstag**. Er gehörte 1960 dem Gründungsvorstand des Adalbertus-Werkes als Kassenwart an und blieb es zehn Jahre lang. Der Aufbau unseres Bildungswerkes wurde wesentlich durch ihn mitgeprägt. Bis heute engagiert er sich weiter für unsere Arbeit, vor allem durch die alljährliche Organisation der Frühjahrstagung in Essen-Werden.

■ **60 Jahre** alt wurde am **27. März 2004** in Düsseldorf **Willi Wilczek**, der seit Beginn des

Erscheinens vor zehn Jahren als Verleger unsere Zeitschrift **adalbertusforum** maßgeblich mitgestaltet. Ein Zufall führte uns damals zusammen, und man darf wohl sagen, dass ohne ihn, seine Fachkenntnis und sein Engagement – und auch die intensive Mitarbeit seiner Frau Monika – die Zeitschrift nicht das heutige Gesicht hätte, vielleicht schon nicht mehr existierte.

■ Am **25. April 2004** feierte Konsistorialrat Geistl. Rat **Günter Schilke** in Düsseldorf sein **goldenes Priesterjubiläum**. Als er vor 50 Jahren in Berlin von Bischof Wilhelm Weskamm die Priesterweihe empfing, durfte ich als Mitglied der Jugendführung der Danziger Katholischen Jugend dabei sein, da Günter Schilke sich schon als Theologiestudent sehr darin engagierte, wie auch später weiter als junger Priester. Von 1964 bis 1969 war er dann ihr Jugendseelsorger und hat viele Jahre lang sowohl deren Arbeit, als auch die der „Aktion West-Ost im BDKJ“ erheblich mitgeprägt.

Allen Jubilaren sei ein herzliches AD MULTOS ANNOS IN GRATIA DEI gewünscht!

G. N.

VERANSTALTUNGEN

Bildungstreffen 2004

27. Juni	Frankfurt am Main
10. Juli	Elmshorn
29. August	Berlin
21. November	München

58. Gementreffen

28. Juli bis 2. August 2004

**EUROPA NACH DER OSTERWEITERUNG:
EINHEIT IN VIELFALT – AUSTAUSCH
DER GABEN**

Das Programm ist dem *adalbertusforum* beigefügt.

Anfragen und Anmeldungen: Adalbertus-Werk e.V. Martinstr. 47–55, 40223 Düsseldorf, Tel. (02 11) 40 04 40, Fax (02 11) 40 78 74, E-Mail: g.nitschke@adalbertuswerk.de oder kontakt@adalbertuswerk.de
Weitere Informationen im Internet unter www.adalbertuswerk.de

Termine in Kreisau

Internationale Jugendbegegnungsstätte und Europäische Akademie

Kontakt und Programm:

Intern. Jugendbegegnungsstätte Kreisau

Krzyzowa 7 **PL-58-112 Grodziszczce**

Tel. +48-74-8500300, Fax +48-74-8500305

E-Mail: mdsm@krzyzowa.org.pl

www.krzyzowa.org.pl

Termine in der Academia Baltica

Kontakt und Programm: **Academia Baltica**,

Hoghehus, Koberg 2, **23552 Lübeck**,

Tel. (04 51) 3 96 94-0, Fax (04 51) 3 96 94-25,

E-Mail: office@academiabaltica.de

www.academiabaltica.de

Änderungen bleiben vorbehalten.

**58. GEMENTREFFEN
VOM 28. JULI BIS 2. AUG. 2004**

**Adalbertus-Werk im Internet:
www.adalbertuswerk.de**